BEREIT FÜR DIE BLAUE WENDE

AfD-Regierungsprogramm zur Landtagswahl 2026

Entwurf

Inhaltsverzeichnis

Präambel: Zeit für die blaue Wende 10

Wirtschaftsland MV 12

Wirtschaftskraft entfesseln 12

Die soziale Marktwirtschaft – ein Erfolgsmodell, das es zu verteidigen gilt 12

Runder Tisch Wirtschaft für praxistaugliche Politik 13

Wirtschaft und Förderung 13

Fachkräfte gewinnen, Potenziale nutzen, Ausbildung stärken 14

Zuwanderung gezielt steuern, heimische Fachkräfte aktivieren 14

Ausbilden, qualifizieren, weiterkommen 15

Technologie als Antwort auf Arbeitskräfteengpässe 15

Leitbranchen stärken — Wertschöpfung im Land halten 15

Gesundheitswirtschaft 16

Ernährungsbranche 16

Zukunft der Werften und des Schiffbaus 16

Neue Investitionen und Zukunftstechnologien durch stabile, bezahlbare Energie 17

Familienland MV 17

Verlässliche Politik für unsere Familien 17

Starke Familien für eine starke Gesellschaft 18

Demografische Wende für unsere Zukunft 18

Baby-Begrüßungsgeld für Mecklenburg-Vorpommern 19

Kindertagesstätten sichern 19

Die zwei Geschlechter sind eine biologische Tatsache 20

Gendersprache per Verordnung unterbinden 21

- Entwurf -

Schutz ungeborener Kinder verbessern 21
Frühchenversorgung Neubrandenburg — Statistik darf nicht über Sicherheit siegen 21
Familienverträglichkeitsprüfung 22
Familiensplitting 22
Kinderschutz und Familienschutz 23
Bildungsland MV **23**
Unser Ziel: Bildungsland Nummer 1 23
Menschenbild und Absolventenbild als Grundlage der Pädagogik 24
Lehrermangel und Unterrichtsausfall entgegenwirken 24
Guter Unterricht und fachliche Bildung statt Politschulung 25
Keine Frühsexualisierung in Kitas und Schulen 26
Vorschaltklassen für Kinder ohne ausreichende Sprach- oder Sozialkompetenz 26
Grundschulen stärken – Einrichtung einer verpflichtenden Vorschule 27
Mehrgliedriges Schulsystem erhalten 27
Studier- und Berufsfähigkeit sicherstellen - Regionalschulen und Gymnasien stärken 28
Wohnortnahe Schulen erhalten, freie Schulen finanziell gleichstellen 28
Förderschulen erhalten 29
Neutralität an Schulen sicherstellen – Beutelsbacher Konsens ernstnehmen 29
Mathematik, Informatik sowie Natur- und Ingenieurwissenschaften (MINT) fördern 30
Handschrift ist Kopfarbeit – und die Grundlage für Bildung 30
Digitale Medien und KI im Unterricht sinnvoll nutzen 31
Digitalpause – handyfreie Schule 31
Gewalt- und Drogenprobleme in den Schulen endlich angehen 32
Schülerticket und Verbundsystem 32
Ökonomische Bildung 33

- Entwurf -

Sport — mehr als Freizeit 33
Erfolgsrezept duale Ausbildung 33
Meister-Bildung 34
Hochschulen in MV 34
Wiedereinführung des juristischen Staatsexamens an der Universität Rostock 35
Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer einführen 35
BAföG-Digitalisierung jetzt – keine Scheinlösungen mehr 36
Spitzensport als Standortfaktor 36
Sicherheitsland MV 37
Recht, Ordnung und innerer Frieden 37
Personalbestand der Polizei sichern, Kompetenzen ausbauen, Kräfte freimachen 37
Motivation und Zusammenhalt sichern 38
Angemessene Ausstattung und Ausbildung gewährleisten 38
Transparenz bei der Sicherheitslage schaffen 39
Beste Bedingungen für Blaulicht-Familie schaffen 39
Verfassungsschutz vor politischer Instrumentalisierung schützen 40
Waffenrecht nicht zum Gesinnungsrecht machen 41
Rechtsprechung beschleunigen 41
Bürgernahe Gerichte 42
Dreistufige Gerichtsstruktur in der ordentlichen Gerichtsbarkeit 42
Unabhängigkeit der Justiz verbessern 42
Deutsche Flaggen vor Landesbehörden 42
Konsequente Gerichtsurteile und Opferschutz 43
Kindesmissbrauch und Kinderpornografie effektiv bekämpfen 43
Nachbarrechtsgesetz einführen 44

- Entwurf -

Beschleunigte Strafverfahren ermöglichen 44
Strafmündigkeit auf 12 Jahre absenken 44
Asylaberkennung von Straftätern durch Strafurteil 45
Freiheitsland MV **45**
Demokratie, Grundwerte und Selbstverantwortung 45
Direkte Demokratie und Grundrechte 46
Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid 46
Bürgerbeteiligung vor Ort 46
NDR-Staatsvertrag und Medienstaatsvertrag kündigen – Grundfunk einführen 47
Kein Steuergeld für parteilichen Meinungskampf 47
Demokratieklausel einführen und politische Neutralität einfordern 47
Ordnungsland MV **48**
Migration steuern, Zusammenhalt bewahren 48
Illegale Migration stoppen: Aufnahmestopp als Ultima Ratio für MV 48
Grenz- und Rückführungspolizei 49
Polizeiliche Taskforce gegen ausländische Straftäter 49
Flüchtlingsaufnahmegesetz: kommunale Mitbestimmung ermöglichen 49
Rückbau der kommunalen Unterbringungsstruktur für Asylbewerber 49
Landeseigene Ausreiseeinrichtung zur Durchsetzung des Rechts 50
Landeseigene Abschiebungshaft für mehr Rückführungen 50
Sachleistungsprinzip maximal umsetzen 50
Missbrauch der Bezahlkarte beenden 50
Syrische Flüchtlinge: Remigration auf den Weg bringen 51
Neue Perspektiven schaffen 51
Unbegleitete minderjährige Ausländer 51

- Entwurf -

Sozialsysteme gegen falsche Einwanderung schützen 51

Fehlanreize illegaler Migration beenden: Sachleistungen und kommunale Arbeitspflicht für Asylbewerber 52

Fehlanreize bei Kindergeldzahlungen ins Ausland beseitigen 52

Anreize zur freiwilligen Rückkehr stärken 52

Schutz der deutschen Identität 52

Der Islam in Mecklenburg-Vorpommern 53

Zukunftsland MV **54**

Solide Finanzen, starke Investitionen 54

Steuer- und Abgabenlast senken – Arbeit muss sich wieder lohnen 54

Absenkung der Grunderwerbsteuer 55

Rettung aus der Landesschuldenkrise 55

Kassensturz und Nachtragshaushalt 55

Generalinventur der Verwaltung 56

Ehrliche Zahlen und klare Verantwortung 56

Bürokratieabbau, Steuersenkungen und Freiheit 56

Bürgerservice: Einfach, effizient und fair 57

Starke Kommunen – gelebte Heimat 57

Bargeldfreundliches Mecklenburg-Vorpommern 58

Gesundheitsland MV **58**

Erstklassige Versorgung für alle Bürger 58

Gesundheitspolitisches Leitbild für MV 59

Aufarbeitung der Coronamaßnahmen in MV 59

Neue Versorgungsmodelle — Strukturen flexibel denken 60

KI im Gesundheitswesen — Werkzeug, kein Ersatz 60

- Entwurf -

126 *Telemedizin und Datenschutz — vernetzt, aber sicher* ... 60
127 *Wohnortnahe und flächendeckende Krankenhausversorgung* ... 61
128 *Ambulante medizinische Versorgung* ... 61
129 *Kommunale MVZ — letztes Mittel, richtig eingesetzt* ... 62
130 *Sprachkompetenz im Gesundheitswesen — Patientensicherheit geht vor* ... 63
131 *Vereinskultur und Bewegung als Gesundheitsvorsorge* ... 63
132 *Alten- und Behindertenpflege* ... 63
133 *Schutz des medizinischen Personals* ... 64
134 *Flächendeckende Versorgung mit Arzneimitteln sichern* ... 64
135 *Öffentlicher Gesundheitsdienst* ... 65
136 *Gerechte Rente für ein würdevolles Leben* ... 65
137 *Unterstützung von Menschen mit Behinderungen* ... 65
138 *Selbstbedienung in Wohlfahrt und Sozialdiensten verhindern* ... 66
139 *Vereine und Ehrenamt - gesellschaftliches Engagement stärken* ... 66
140 **Flächenland MV** ... **67**
141 *Tourismus, Mobilität und Infrastruktur ausbauen* ... 67
142 *Zwölf Monate Reiseland – Winterpotenzial nutzen* ... 67
143 *Reiten, Radeln, Rudern – MV jenseits der Küste* ... 68
144 *Reittourismus — Pferdeland MV konsequent stärken* ... 68
145 *Von der Metropole bis zum Dorfbahnhof – Erreichbarkeit als Standortfaktor* ... 68
146 *Gute Gastgeber brauchen gutes Personal* ... 69
147 *Kein Hemmschuh „Tourismusgesetz“* ... 69
148 *Autofahren muss für alle **erschwinglich** bleiben* ... 70
149 *Mobilität stärken - ÖPNV verbessern* ... 70
150 *Verkehrsverbund MV weiter integrieren* ... 70

- Entwurf -

Bahnverbindungen zeitgemäß gestalten 70

Mehr Haushaltsmittel für Sanierung, Erhalt und Neubau von Straßen 71

Ortsnah und erreichbar – Mobilität im ländlichen Raum 71

Wasserwege für Tourismus, Sport und Wirtschaft nutzen 71

Sportstätten — Infrastruktur für alle 72

Zukunftsorientierte Planung für Flughafenstandorte 72

Deponie Ihlenberg - Entsorgungssicherheit, wirtschaftliche Vernunft und ökologische Verantwortung 73

Naturland MV **73**

Heimat, Landwirtschaft und generationenverbindende Kultur 73

Landwirtschaft wertschätzen 73

Integrierter Pflanzenbau als Ackerbaustrategie 74

Mehr Ehrlichkeit in der Nitratdebatte 74

Höhere Tierhaltungsstandards bei fairen Erzeugerpreisen 75

Aktive Strukturpolitik bei Bodenverkäufen und Verpachtung 75

Perspektiven für Junglandwirte 75

Neue Märkte erschließen, Rohstoffwende einleiten 75

Regionale Speisen und Produkte schützen und vermarkten 76

Landeseigene Forschungseinrichtungen erhalten 76

Insektenschutz auf wissenschaftlicher Grundlage 77

Alte Sorten bewahren 77

Kulturlandschaft pflegen, heimische Artenvielfalt erhalten 77

Landgestüt Redefin erhalten – Tradition bewahren und Zukunft gestalten 77

Imkerei fördern 78

Zukunft für die Fischerei 78

- Entwurf -

Mehr Artenvielfalt beim Waldumbau ... 78
Jagd – traditioneller Umweltschutz ... 79
Wasser – bezahlbar, sauber und als Gemeingut geschützt ... 79
Energieland MV ... **80**
Technologieoffenheit statt Windkraftwahn ... 80
Sicher – bezahlbar – technologieoffen – umweltverträglich ... 80
Marktwirtschaft statt Subventionsregime ... 81
Windkraft als Preistreiber und unsicherer Lieferant ... 81
Windkraft — Schaden an Natur und Gemeinschaft ... 82
Politischer Hebel: Windenergieflächenbedarfsgesetz stoppen ... 82
Unser Weg: Sicher, bezahlbar und naturverträglich statt ideologischer Windkraft-Offensive ... 83
Freiflächen-Photovoltaik: keine Versiegelung und kein „Solarpark-Wildwuchs“ auf Ackerland ... 83
LNG-Terminal vor Rügen: Naturschutz hat Vorrang ... 84
Nord Stream: sichere und bezahlbare Energie durch Pipelinegas ... 84
Wiedereinstieg in die Kernenergie – bewährt und zukunftsweisend ... 85
Versorgungssicherheit im Übergang – realistisch statt ideologisch ... 86
Wärme — Freiheit statt Zwang, Potenziale nutzen ... 86
Eigenverbrauch — steuer- und abgabenfrei ... 87
Subventionen — Vertrauensschutz ja, Dauerlogik nein ... 87
Digitalisierung: Anschluss sichern statt Rückstand verwalten ... 87
Heimatland MV ... **88**
Heimat bauen, Heimat bewahren ... 88
Bauen und Wohnen – Das eigene Heim ermöglichen ... 88
Schneller bauen - Baurecht vereinfachen ... 89

- Entwurf -

Bauen neu denken – Regionalität in der Architektur 89
Schutz des Eigentums vor Energiewende-Spekulation 89
Bezahlbaren Wohnraum erhalten 90
Historische Bausubstanz schützen 91
Denkmale erhalten – Heimat bewahren 91
Archäologisches Erbe wertschätzen – Museumsneubau und touristische Erschließung 91
Den Toten einen Namen geben - Krieger- und Gefallenendenkmale erhalten 92
Theater und Kultur 92
Musikschulen — kulturelles Erbe und Bildungsauftrag 92
Kleingärten und Siedlungen stärken 93

- Entwurf -

Präambel: Zeit für die blaue Wende

Liebe Bürger Mecklenburg-Vorpommerns,
am 20. September haben wir die große Chance, unser Land auf den richtigen Kurs zu bringen. 28 Jahre SPD-Regierung sind mehr als genug. Filz, Bürokratie, Schulden. Und in fast allen Politikfeldern hält MV mittlerweile die rot-rote Laterne.

Während Manuela Schwesig meint, man müsse Politik nur besser erklären, sagen wir ganz klar: **Es muss sich endlich etwas ändern**. Das ist auch der Satz, den wir in vielen Gesprächen mit Ihnen immer wieder hören. Und genauso ist es. Mecklenburg-Vorpommern braucht eine neue Regierung, wir brauchen den Neustart!

Die AfD steht dafür bereit, weil wir an unser Land glauben. Wir wollen Verantwortung übernehmen. Wir wollen MV voranbringen, das stolze Erbe unserer Vorfahren pflegen und weiterentwickeln, um es in gutem Zustand in die Hände unsere Kinder und Enkelkinder zu übergeben.

Wir werden den Optimismus in unser Land zurückbringen und dafür sorgen, dass unsere jungen Menschen in der Heimat ihre Familie gründen und Wurzeln schlagen können. Wir werden Unternehmen erstklassige Bedingungen bieten, damit sie hier vor Ort erfolgreich sind und die Arbeitsplätze der Zukunft schaffen. So können die Mecklenburger und Vorpommern endlich von höheren Löhnen profitieren.

Die aus dem Ruder geratenen Verwaltungskosten werden wir Schritt für Schritt senken. Wir werden ein Ministerium und unnötige Staatssekretärsposten einsparen. Wir schaffen finanziellen Spielraum für die Unterstützung unserer Bürger.

Ein besonderes Augenmerk gehört denen, die unserer Hilfe bedürfen. Wir werden die Krankenversorgung und die Unterstützung unserer Senioren bei der Pflege verbessern. Unsere Kinder sollen endlich die besten Bildungschancen erhalten. Wir werden für ausreichendes Lehrerpersonal sorgen und die Lehrpläne reformieren, damit Schule wieder gut für das Leben gerüstete junge Menschen heranbildet.

- Entwurf -

Und wir werden in mehr Sicherheit investieren. Gefährliche Plätze und die Angst vor nächtlichen Spaziergängen müssen der Vergangenheit angehören. Wir werden unsere Polizei modern ausstatten und ihre Präsenz auf den Straßen erhöhen. Die illegale Einwanderung werden wir eindämmen, indem wir kriminelle und vollziehbar ausreisepflichtige Migranten konsequent abschieben.

Und vor allem ist klar: Wir verteidigen Ihre Freiheit. Denn sie ist kein Privileg, sie ist Ihr Grundrecht. Wir werden wieder allen Meinungen Geltung verschaffen und dafür auch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk grundlegend reformieren. Wir werden die unverhältnismäßigen Freiheits-Einschränkungen während der Corona-Zeit aufarbeiten und die direkte Bürgerbeteiligung stärken. Wir werden die erstarrte Demokratie wieder mit Leben erfüllen.

All das aber schaffen wir nur mit Ihrer Unterstützung. Machen Sie uns so stark, dass wir allein regieren können. Zusammen werden wir konsequent anpacken und unsere Heimat in eine gute Zukunft führen. Sind Sie dabei?

Mehr Sicherheit, erstklassige Bildung, Wirtschaftsaufschwung - mit dem vorliegenden Regierungsprogramm starten wir am 20. September gemeinsam durch.

Es ist Zeit für die blaue Wende!

- Entwurf -

Wirtschaftsland MV

Wirtschaftskraft entfesseln

Wohlstand entsteht nicht durch staatliche Planung, sondern durch freie Menschen, die Initiative ergreifen, Risiken eingehen und Verantwortung übernehmen. Der Staat schafft den Rahmen, die Wirtschaft füllt ihn. Staatliche Eingriffe in unternehmerische Entscheidungen und die künstliche Subventionierung von Strukturen, die der Markt nicht mehr trägt, lehnen wir ab. Gezielte Förderung ist dort gerechtfertigt, wo Marktversagen oder besonderer gesellschaftlicher Bedarf dies erfordert. Pauschale Programme, die Mitnahmeeffekte erzeugen und den Wettbewerb verzerren, sind es nicht.

Die Wirtschaft braucht Entlastungen. Eine leistungsfreundliche Steuerpolitik, Entbürokratisierung und verlässliche Rahmenbedingungen sind die wirksamsten Beiträge für die Entfesselung unserer Wirtschaftskraft. Wir werden die Hindernisse aus dem Weg räumen, damit die Unternehmen und ihre Mitarbeiter wieder motiviert an ihrem Erfolg arbeiten können.

Die soziale Marktwirtschaft – ein Erfolgsmodell, das es zu verteidigen gilt

Die soziale Marktwirtschaft beruht auf Freiheit und Wettbewerb. Wettbewerb erzeugt Innovation, Eigenverantwortung schafft Leistungsanreize, ein verlässlicher Ordnungsrahmen gibt Investoren Planungssicherheit. Sozialer Ausgleich, idealerweise durch marktkonforme Instrumente, sichert den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das Scheitern kommunistischer Planwirtschaften ist kein historischer Zufall. Es ist der empirische Beweis dafür, dass Freiheit, Eigenverantwortung und Wettbewerb dauerhaft mehr Wohlstand erzeugen als staatliche Steuerung.

Umso beunruhigender ist es, dass die soziale Marktwirtschaft heute von innen unter Druck gerät. Milliardenschwere Subventionen für politisch bevorzugte Branchen, technologiebezogene Verbote, staatlich verordnete Energiewenden, Mietendeckel und ausufernde Bürokratie - all das widerspricht dem Geist der Freiheit. Der Staat, der nur den Rahmen setzen soll, maßt sich zunehmend an, wirtschaftliche Ergebnisse selbst zu bestimmen. Das ist kein sozialer Ausgleich, sondern rot-rot-schwarzer Dirigismus.

Wir treten deshalb für die Verankerung der sozialen Marktwirtschaft als Staatsziel in der Verfassung Mecklenburg-Vorpommerns ein.

- Entwurf -

Runder Tisch Wirtschaft für praxistaugliche Politik

Wirtschaftspolitik darf nicht am Schreibtisch entstehen. Wir werden einen regelmäßigen Runden Tisch mit Vertretern des Mittelstands, des Handwerks, der Industrie- und Handelskammern sowie der Handwerkskammern einberufen. Ziel ist ein direkter Dialog über praxistaugliche Maßnahmen zum Bürokratieabbau, zur Fachkräftesicherung und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Nur der Austausch mit denen, die tagtäglich Verantwortung für den Erfolg ihres Unternehmens und en Erhalt der Arbeitsplätze tragen, kann die Grundlage politischer Entscheidungen sein.

Wirtschaft und Förderung

Das geltende Tariftreue- und Vergabegesetz Mecklenburg-Vorpommerns ist ein Bürokratiemonster, das kleine Unternehmen und Einzelunternehmer systematisch benachteiligt. Aufträge verteuern sich zu Lasten des Steuerzahlers, Nachweis- und Dokumentationspflichten belasten den Mittelstand und es greift ohne hinreichende Rechtfertigung in die Vertragsfreiheit ein. Kleine Unternehmen werden systematisch benachteiligt, da sie in der Regel nicht die geforderten Tariflöhne zahlen können und damit von Landesaufträgen ausgeschlossen bleiben.

Wir werden das Gesetz grundlegend überarbeiten und lohnpolitische Kriterien aus dem Vergaberecht streichen. Öffentliche Aufträge müssen nach Qualität, Zuverlässigkeit und Wirtschaftlichkeit vergeben werden, denn gute Löhne entstehen durch hohe Produktivität und Wettbewerb um die besten Köpfe, nicht durch staatliche Auflagen. Die Schwellenwerte für die freihändige und vereinfachte Auftragsvergabe werden wir deutlich erhöhen, damit der Mittelstand wieder eine echte Chance auf öffentliche Aufträge bekommt. Weniger Bürokratie bedeutet auch weniger Kosten. Öffentliche Aufträge müssen dem Steuerzahler spürbare Einsparungen bringen und nicht den Verwaltungsapparat mästen. Neue Abgaben für die Wirtschaft in einem künftigen Tourismusgesetz, wie die SPD es plant, lehnen wir entschieden ab. Wir stehen für eine Liberalisierung der Ladenschlusszeiten und der Bäderverkaufsverordnung, mehr verkaufsoffene Sonntage und eine Erweiterung der touristischen Orte in der Bäderverkaufsverordnung. Die GRW-Wirtschaftsförderung des Bundes und die EU-Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds werden derzeit nicht optimal eingesetzt. Wir wollen einen großen Teil dieser Mittel umwidmen und für mehr Standortqualität, Technologisierung, Unternehmensgründungen und Selbstständigkeit

- Entwurf -

verwenden. Das bestehende Mikrodarlehenprogramm wird grundlegend überarbeitet. Die Darlehensbeträge sind nach heutigen Maßstäben zu niedrig, die Zinsen zu hoch. Wer gründen will, darf nicht an unzeitgemäßen Konditionen scheitern.

Erhalt

Fachkräfte gewinnen, Potenziale nutzen, Ausbildung stärken

In mehreren Branchen Mecklenburg-Vorpommerns herrscht ein spürbarer Fachkräftemangel. Wir wollen ihm mit einem klaren ordnungspolitischen Ansatz, nicht durch staatliche Lenkung und pauschale Förderprogramme begegnen. Vielmehr werden wir Fehlanreize abbauen, die Ausbildung stärken und gezielt in Zukunftstechnologien investieren.

Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass das Grundsicherungssystem konsequent auf Arbeitsanreize ausgerichtet wird. Wer arbeitet, muss spürbar besser dastehen als jemand, der es nicht tut. Dazu gehört auch eine Reform der Hinzuverdienstgrenzen sowie eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit. Starre Regelungen, die Arbeitnehmern und Arbeitgebern gleichermaßen schaden, müssen abgebaut werden. Gerade in saisonabhängigen Branchen wie dem Tourismus brauchen Betriebe und ihre Beschäftigten mehr Spielraum bei der Arbeitszeitgestaltung – etwa durch Jahresarbeitszeitkonten oder flexible Wochenmodelle, die auf den tatsächlichen Bedarf zugeschnitten sind.

Zuwanderung gezielt steuern, heimische Fachkräfte aktivieren

Viele gut ausgebildete Leistungsträger haben unser Land wegen zu hoher Steuern, überbordender Bürokratie und mangelnder Perspektiven verlassen. Mit gezielten Rückgewinnungsprogrammen wollen wir sie ansprechen und für Mecklenburg-Vorpommern zurückgewinnen. Das setzt voraus, dass wir die Rahmenbedingungen tatsächlich verbessern.

Arbeitsmigration ist kein Ersatz für die Aktivierung inländischen Potenzials. Fachkräfteeinwanderung kann dort ein sinnvolles Instrument sein, wo alle anderen Maßnahmen ausgeschöpft sind und ein konkreter Bedarf nachgewiesen wird. Qualifikationen müssen dem deutschen Abschluss nachweislich vollständig gleichwertig sein. Wer zu uns kommt, um zu arbeiten, darf nicht in das soziale Sicherungssystem fallen. Inländische Arbeitskräfte dürfen nicht durch billigere Konkurrenz verdrängt werden. Länder wie Kanada und Australien zeigen, wie ein bedarfsorientiertes Steuerungssystem funktioniert.

- Entwurf -

Ausbilden, qualifizieren, weiterkommen

Fachkräfte entstehen nicht über Nacht – sie müssen ausgebildet werden. Wir setzen auf eine Stärkung der dualen Ausbildung und eine gezielte Qualifizierung vorhandener Arbeitskräfte. Eine engere Verzahnung von Schule, Berufsausbildung und Betrieb sowie gezielte Nachqualifizierungsangebote für Geringqualifizierte sollen dazu beitragen, vorhandene Arbeitskräfte passgenauer auf Berufe mit Engpässen vorzubereiten. Weiterbildungsangebote und Sprachkurse ergänzen diesen Ansatz und helfen, dass sich Menschen, die bereits im Arbeitsmarkt sind, gezielt weiterentwickeln können.

Ein besonderes Augenmerk legen wir auf die Meisterausbildung als Rückgrat des Handwerks. Wir stellen sicher, dass die Gesamtförderung 90 % der Kosten abdeckt. Darüber hinaus wollen wir prüfen, ob die Förderhöhe künftig stärker am konkreten Fachkräftebedarf im jeweiligen Berufsfeld ausgerichtet werden kann – um dort besondere Anreize zu setzen, wo der Bedarf am dringendsten ist.

Technologie als Antwort auf Arbeitskräfteengpässe

Wo Arbeitskräfte fehlen, kann Technologie einen Teil der Lücke schließen. Wir unterstützen deshalb Unternehmen dabei, durch den Einsatz von Robotik, Automatisierung, moderner Software und Künstlicher Intelligenz ihre Prozesse effizienter zu gestalten und die Produktivität zu erhöhen. Ziel ist nicht der Ersatz von Menschen, sondern die Entlastung von repetitiven, körperlich belastenden oder bürokratischen Tätigkeiten – damit qualifizierte Fachkräfte dort eingesetzt werden können, wo sie wirklich gebraucht werden. Dies gilt ausdrücklich auch für den öffentlichen Dienst, wo Digitalisierung und Prozessoptimierung erhebliche Kapazitäten freisetzen können. Steuerliche Anreize für entsprechende Investitionen – etwa durch Sofortabschreibungen oder Forschungsprämien – sollen diesen Prozess beschleunigen.

Leitbranchen stärken — Wertschöpfung im Land halten

Gesundheitswirtschaft, Ernährungsbranche und Tourismus sind tragende Säulen der Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns. Alle drei haben eines gemeinsam. Sie sind standortgebunden, sie schaffen Arbeitsplätze im ländlichen Raum und sie werden von der Landespolitik bisher nicht mit der Konsequenz gefördert, wie es notwendig wäre.

- Entwurf -

Gesundheitswirtschaft

Mecklenburg-Vorpommern hat mit zwei Universitätskliniken, einer leistungsfähigen Rehabilitationslandschaft und einer Naturkulisse, die Prävention und Erholung begünstigt, eine einzigartige Ausgangsposition im Gesundheitssektor. Diese Stärke wollen wir auch in handfeste Wertschöpfung übersetzen. Wir werden eine „Life Sciences"-Wachstumsoffensive starten und dazu den Technologietransfer aus den Universitäten Greifswald und Rostock in marktfähige Produkte systematisch beschleunigen. Die Forschungs- und Entwicklungsquote in Mecklenburg-Vorpommern liegt bei nur 1,7 Prozent, in Sachsen sind es 3,2 Prozent. Das muss sich ändern. Wir werden eine Technologie-Transfer-Stelle einrichten und Industriestipendien für Naturwissenschaftler auflegen, die Forschungsergebnisse in Unternehmensausgründungen überführen. Gezielt werden wir die Ansiedlung von Unternehmen der Medizintechnik und der Pharmaindustrie sowie den Ausbau von BioCon Valley als Brücke zwischen Wissenschaft und Markt fördern. Gesundheitswirtschaft ist mehr als Klinikbetrieb, sie ist Innovationsmotor und Exportchance zugleich.

Ernährungsbranche

Die Ernährungs- und Nahrungsmittelindustrie ist einer der größten Arbeitgeber im Land und wird in der öffentlichen Wahrnehmung unterschätzt. Wir wollen regionale Wertschöpfungsketten stärken. Wer in MV produziert, soll in MV verarbeiten und vermarkten können. Dazu braucht es Investitionsförderung für moderne Produktionsanlagen, Unterstützung bei Digitalisierung und Automatisierung sowie eine konsequente Vermarktung regionaler Produkte im Land, aber auch weit darüber hinaus. Kleine und mittelständische Betriebe stehen dabei im Mittelpunkt, nicht Konzernstrukturen.

Zukunft der Werften und des Schiffbaus

Die Werften in unserem Land sollen ein unverzichtbarer Bestandteil industrieller Wertschöpfung, technologischer Kompetenz und regionaler Beschäftigung bleiben. Wir werden sie auch künftig gezielt unterstützen und ihre Zukunft langfristig sichern. Unser Schwerpunkt liegt dabei auf dem Spezialschiffbau sowie auf Schiffen für öffentliche Zwecke, etwa für Marine, Munitionsbergung, Küstenschutz, Forschung, Behörden, Rettungsdienste und Infrastrukturaufgaben. In diesen Bereichen verfügt unser Land über besondere Stärken, Innovationskraft und internationale Wettbewerbsfähigkeit.

- Entwurf -

Gleichzeitig ziehen wir klare Lehren aus der Vergangenheit. Das Bürgschafts- und Förderversagen der Schwesig-Regierung und ihrer Vorgänger hat Mecklenburg-Vorpommern hunderte Millionen Euro gekostet.
Extreme Risiken für den Steuerzahler, mangelnde Kontrolle und fehlende finanzielle Nachhaltigkeit dürfen sich nicht wiederholen. Deshalb darf es Schiffsbürgschaften und weitere Förderinstrumente nur nach strengster Risikoprüfung geben.

Neue Investitionen und Zukunftstechnologien durch stabile, bezahlbare Energie

Wir wollen moderne Industrie und die KI-Rechenzentren der Zukunft nach MV holen. Wir haben Platz, eine gute Kühlung durch viel Ostseewind, aber es fehlt eine stabile, bezahlbare Stromversorgung. Wir werden deshalb daran arbeiten, grundlastfähige Gaskraftwerke nach Mecklenburg-Vorpommern zu holen, die insbesondere in Verbindung mit einer Wiedereröffnung von Nord Stream unschlagbare Argumente für Investitionen in MV liefern können. Zusätzlich mit der Option eines Wiedereinstiegs in die Kernenergie könnte so zum Beispiel im Bereich Lubmin, inklusive der nahen Universität Greifswald und Forschungseinrichtungen wie des Max-Planck-Instituts, ein modernes Industrie-Cluster entstehen, das uns neue, hochwertschöpfende Arbeitsplätze bringt. Das Verschenken des vorhandenen Gaskraftwerks Lubmin an die Ukraine, den Staat, der mutmaßlich für das Sprengen der dort ankommenden Nord-Stream-Leitungen verantwortlich zu machen ist, lehnen wir entschieden ab.

Familienland MV

Verlässliche Politik für unsere Familien

Familien bilden den Kern unserer Gesellschaft. Hier werden Kinder großgezogen, Werte weitergegeben, Krisen gemeinsam bewältigt. Doch der Staat hat Familien in den vergangenen Jahrzehnten nicht gestärkt, sondern belastet - durch finanzielle, bürokratische und durch ideologische Eingriffe, die das familiäre Leben zunehmend als Experimentierfeld betrachten.
Wir wollen das umkehren. Unser Leitbild ist die selbstbestimmte Familie, die der Staat nicht bevormundet, sondern unterstützt. Für uns bedeutet das konkret eine finanzielle Entlastung von

- Entwurf -

Familien, Wahlfreiheit bei Betreuung und Erwerbsarbeit, und ein Umfeld, in dem Kinder als Bereicherung erlebt werden, nicht als Risiko.

Mecklenburg-Vorpommern hat eine der niedrigsten Geburtenraten Deutschlands. Das ist das Ergebnis einer Politik, die Familienarbeit abwertet, Kinderkosten ignoriert und junge Eltern mit bürokratischen Hürden überzieht. Wir begegnen dieser Entwicklung mit konkreten Maßnahmen. Vom Baby-Begrüßungsgeld über bessere Kita-Betreuungsschlüssel bis hin zum Schutz von Kindern vor Gewalt und ideologischer Einflussnahme. Familie ist Zukunft – und eine gute Zukunft braucht gute Rahmenbedingungen.

Starke Familien für eine starke Gesellschaft

Familien stehen heute unter massivem Druck. Hausarbeit und Erziehungsleistung werden gesellschaftlich abgewertet, während Mütter und Väter oft nur dann Anerkennung erfahren, wenn sie frühestmöglich wieder erwerbstätig sind und ihre Kinder in staatliche Betreuung geben. Ideologische Einflüsse, die unter dem Deckmantel von Aufklärung und Kinderrechten in Familien hineinwirken, gefährden deren inneren Zusammenhalt. Familie soll ein sicherer Hafen sein und kein Experimentierfeld.

Familien müssen wirtschaftlich und sozial wieder ins Zentrum unserer Gesellschaft rücken. Der Staat hat nicht die Aufgabe, in Familien hineinzuregieren, sondern gute Bedingungen zu schaffen, damit Familien selbstbestimmt und stabil leben können. Kinder sollen für einen stabilen Lebensweg auch in der Schule auf Ehe, Partnerschaft und Familienzusammenhalt vorbereitet werden. Den generationenübergreifenden Zusammenhalt, der Großeltern und Urgroßeltern einschließt, wollen wir gezielt stärken. Wir wissen, dass viele junge Menschen ihren Kinderwunsch aus Unsicherheit nicht erfüllen. Deshalb werden wir bewährte Beratungs- und Unterstützungsangebote für Familien in persönlichen und beruflichen Krisensituationen ausreichend ausstatten und niedrigschwellig zugänglich, auch im ländlichen Raum anbieten.

Demografische Wende für unsere Zukunft

Die Geburtenrate liegt in Deutschland, besonders in Mecklenburg-Vorpommern, auf einem historischen Tief. Sie bleibt deutlich unter dem Niveau, das für den Erhalt des Status Quo nötig wäre. Das bedroht nicht nur unsere kulturelle Kontinuität, sondern langfristig auch die Stabilität unserer Sozialversicherungen.

Die Gründe sind vielfältig. Seit der Rentenreform von 1957 wurde die Altersvorsorge von der Kinderzahl entkoppelt. Viele junge Menschen verschieben ihren Kinderwunsch zugunsten von

- Entwurf -

Karriere, Einkommen oder Selbstverwirklichung. Eltern, die Familienarbeit ganz oder teilweise zu Hause leisten, werden gesellschaftlich abgewertet. Gerade für doppelt berufstätige Eltern ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oft kaum zu bewältigen.

Hinzu kommen die erheblichen Mehrkosten von Familien mit Kindern, durch größeren Wohnraum, Versorgung und Ausbildung, was im Steuer- und Abgabensystem nur unzureichend berücksichtigt wird. Besonders Familien aus der mittleren Einkommensschicht sind dadurch stark belastet. Das führt zu kleineren Familien oder bewusst gewählter Kinderlosigkeit.

Wir begegnen dieser Entwicklung mit einem positiven Familienbild und einer aktivierenden Familienpolitik. Umfragen zeigen uns, dass viele junge Eltern sich weniger Mehrfachbelastung und mehr Zeit für ihre Kinder wünschen. Auch viele Jugendliche streben eine stabile Ehe und mehrere Kinder an. Wir wollen ein Umfeld schaffen, in dem Paare diesen Wunsch ohne existenzielle Einschränkungen erfüllen können.

Neben finanzieller Förderung streben wir eine zeitliche Entlastung der Eltern an. Länder und Kommunen sollen Mehrgenerationen-Konzepte stärken. Arbeitgeber sollen durch Telearbeit, flexible Arbeitszeiten und Betriebskindergärten ein familienfreundliches Umfeld ermöglichen. Dort, wo Eltern es wünschen.

Baby-Begrüßungsgeld für Mecklenburg-Vorpommern

Wir werden ein Baby-Begrüßungsgeld in Höhe von 3.000 Euro einführen. Damit erleichtern wir jungen Menschen die Entscheidung für den Schritt ins Elternsein.

Das Begrüßungsgeld erhalten Staatsbürger mit Hauptwohnsitz in Mecklenburg-Vorpommern. Die Auszahlung erfolgt in drei Raten. Die erste zur Geburt, eine weitere zum vollendeten dritten Lebensjahr und zum sechsten Lebensjahr des Kindes die letzte Rate.

Kindertagesstätten sichern

Wir stehen zur beitragsfreien Kita als wichtige Familienentlastung, wir haben kostenfreie Kindergärten bereits 2016 als zentrale familienpolitische Maßnahme gefordert. Beitragsfreiheit allein reicht jedoch nicht, denn die Landesregierung hat 2020 sämtliche Bundesmittel aus dem Gute-Kita-Gesetz ausschließlich in die Beitragsfreiheit investiert und Qualitätsverbesserungen sträflich vernachlässigt. Das Ergebnis ist, dass Mecklenburg-Vorpommern bundesweit den schlechtesten Betreuungsschlüssel hat. Unsere Erzieher arbeiten am Limit. Wir werden daher

- Entwurf -

die deutliche Verbesserung der Betreuungsquote auf 1:4 in der Krippe, 1:10 im Kindergarten und 1:17 im Hort durchsetzen.

Damit dies gelingt, brauchen wir gut bezahlte Erzieher. Sie müssen ein Arbeitsumfeld vorfinden, in dem eine an den TVöD angelehnte Vergütung garantiert ist und sie nicht mit ausufernden Dokumentationspflichten konfrontiert sind. Anders sieht es auf der Seite der Kita-Träger aus. Die vollständige Beitragsfreiheit hat Fehlanreize erzeugt, weil Landkreise und Kommunen die tatsächliche Inanspruchnahme nicht mehr überprüfen konnten. Hier müssen klare Kontroll- und Prüfrechte gegenüber den Kita-Trägern gelten sowie eine stärkere Gegenfinanzierung aus dem Landeshaushalt sichergestellt sein.

Ebenso gilt, Kitas müssen Orte der positiven Entwicklung sein, frei von ideologischer Indoktrination und mit Deutsch als verpflichtender Sprache, um die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund zu sichern. Unsere Kinder haben das Recht, ihre Identität ungestört zu entwickeln, bis sie in der Familie gefestigt und alt genug sind, sich den Herausforderungen der Welt zu stellen.

Die zwei Geschlechter sind eine biologische Tatsache

Geschlecht ist keine soziale Konstruktion, sondern biologische Realität. Das Selbstbestimmungsgesetz, das seit November 2024 die formale Änderung des Geschlechtseintrags einmal jährlich ermöglicht, widerspricht dieser Realität. Wir werden die Aufhebung des Gesetzes über den Bundesrat beantragen. Die Benennung biologischer Tatsachen darf nicht strafbewehrt sein.

Kinder und Jugendliche werden durch Schule, Medien und soziales Umfeld zunehmend mit Genderideologie konfrontiert. Vorschnelle Diagnosen führen zur Verabreichung von Pubertätsblockern und anderen Hormonen, die erhebliche und teils irreversible gesundheitliche Risiken bergen. Wir sehen darin eine Gefährdung des Kindeswohls und fordern ein Verbot von Pubertätsblockern zur Einleitung einer Geschlechtsumwandlung. Behandlungen im Zusammenhang mit Geschlechtsumwandlungen dürfen generell erst ab Volljährigkeit und nur unter strenger ärztlicher sowie psychologischer Begleitung erfolgen. Jegliche staatliche Förderung von Genderideologie und Frühsexualisierung in Kitas und Schulen ist einzustellen.

Weiblichkeit und Männlichkeit sind mit ihren jeweiligen Potenzialen etwas Positives. Frauen und Männer können sich ergänzen.

- Entwurf -

Gendersprache per Verordnung unterbinden

Die deutsche Sprache ist ein zentrales Identitätsmerkmal unserer Kultur. Sprachliche Verunstaltungen durch Gendersternchen, Doppelpunkte, Binnen-I oder andere ideologisch motivierte Schreibweisen haben in der amtlichen Kommunikation, in Schulen und an Hochschulen nichts verloren. Wer Sprache ideologisch umbauen will, betreibt keine Gleichstellung, sondern kulturelle Bevormundung. Wir werden per Verordnung durchsetzen, dass im gesamten amtlichen Sprachgebrauch des Landes Mecklenburg-Vorpommern sowie in allen öffentlichen Bildungseinrichtungen die Regeln des Rates für deutsche Rechtschreibung verbindlich gelten.

Schutz ungeborener Kinder verbessern

Das Recht auf Leben ist ein fundamentales Menschenrecht – ohne es kann kein anderes Menschenrecht in Anspruch genommen werden. Bei jährlich etwa 100.000 gemeldeten Abtreibungen in Deutschland ist das Lebensrecht ungeborener Kinder nicht ausreichend geschützt. Gleichzeitig kann nicht davon ausgegangen werden, dass Schwangere hinreichend über mögliche Folgen und bestehende Hilfsangebote aufgeklärt werden. Die Schwangerschaftskonfliktberatung ist in vielen Fällen zum bloßen Verwaltungsakt geworden. Angst, Überforderung und Zukunftssorgen veranlassen viele Frauen zu diesem Schritt, oft ohne das Wissen um konkrete Alternativen.

Wir halten an der bewährten Fristenregelung fest und lehnen jede Bestrebung ab, Abtreibungen ohne Beratung, ohne medizinische Notwendigkeit und ohne Frist bis unmittelbar vor der Geburt zu legalisieren.

Stattdessen wollen wir das Unterstützungsnetzwerk für Schwangere in Not gezielt ausbauen. Dazu gehören umfangreiche Hilfen in Schwangerschaft und nach der Geburt, besonders in schwierigen Lebenslagen, die Möglichkeit, in der Beratung auf Wunsch Ultraschallaufnahmen zu sehen, der Ausbau vertraulicher und anonymer Geburt sowie die gesicherte Verfügbarkeit von Babyklappen. Erleichterte Adoptionen sollen zusätzliche Perspektiven eröffnen. Unser Ziel ist es, werdenden Müttern eine positive Lebensperspektive aufzuzeigen, damit sich mehr Frauen für ihr Kind entscheiden können.

Frühchenversorgung Neubrandenburg — Statistik darf nicht über Sicherheit siegen

Über 100.000 Menschen haben mit ihrer Unterschrift klar Position für den Erhalt der Extremfrühchenversorgung am Dietrich-Bonhoeffer-Klinikum bezogen. Der Gemeinsame

- Entwurf -

Bundesausschuss setzt trotzdem stur auf starre Mindestmenge. 25 Fälle pro Jahr als Voraussetzung für ein Perinatalzentrum Level 1. Eine Regelung, für die es keinen Beleg gibt, dass sie die Versorgungsqualität tatsächlich verbessert. Was als Qualitätssicherung verkauft wird, ist in Wahrheit ein Rückzug aus der Fläche.

Für ein Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern bedeutet dies, Risikoschwangere und Frühgeborene müssen künftig nach Berlin, Rostock oder Schwerin transportiert werden. Weite Wege, die ein ganz konkretes medizinisches Risiko darstellen und betroffene Familien in einer ohnehin extremen Ausnahmesituation zusätzlich belasten. Dass auch Greifswald mittelfristig von derselben Regelung betroffen ist, verschärft die Lage weiter. Versorgungssicherheit darf nicht allein an Fallzahlen gemessen werden. Wer so entscheidet, stellt Statistik über Sicherheit und ignoriert die Realität im ländlichen Raum. Wir werden uns auf allen politischen Ebenen für eine Ausnahmeregelung einsetzen, die regionalen Besonderheiten Rechnung trägt.

Familienverträglichkeitsprüfung

Gesetze und Verordnungen haben Folgen, auch für Familien. Oft werden diese Folgen erst sichtbar, wenn das Gesetz längst in Kraft ist. Das wollen wir ändern. Wir werden für alle Landesgesetze und Landesverordnungen eine verbindliche Familienverträglichkeitsprüfung einführen. Bevor ein Gesetz beschlossen wird, muss geprüft sein, was es für Familien bedeutet. Diese Prüfung umfasst die finanzielle Wirkung auf das verfügbare Einkommen von Familien, den bürokratischen Aufwand, den das Gesetz erzeugt oder abbaut, die Auswirkungen auf Wohnraum, Infrastruktur und die Erreichbarkeit von Schulen, Ärzten und Betreuungseinrichtungen sowie die Frage, ob Eltern in ihrer Wahlfreiheit und Eigenverantwortung gestärkt oder eingeschränkt werden.

Wer Familie ernst nimmt, denkt sie vom Beginn des Gesetzgebungsverfahrens mit, nicht als Nachgedanken.

Familiensplitting

Wir setzen uns auf Bundesebene für das Familiensplitting ein. Das Familieneinkommen wird dabei zusammengezählt und anschließend auf alle Familienmitglieder aufgeteilt – nicht nur auf die Eheleute. Kindererziehung als gesellschaftsfördernde Leistung wird so endlich steuerlich berücksichtigt und führt zu einer spürbaren Entlastung.

- Entwurf -

Kinderschutz und Familienschutz

Den Erhalt und Ausbau der „Childhood-Häuser“ werden wir aktiv unterstützen. Diese interdisziplinären Anlaufstellen bringen Medizin, Psychologie, Polizei, Justiz und Jugendamt zum Schutz von Kindern, die sexualisierte oder körperliche Gewalt erlebt haben, und zur Vermeidung von Retraumatisierungen durch Mehrfachbefragungen unter einem Dach zusammen. Der Schutz von Kindern vor sexueller Gewalt duldet keinen Kompromiss. Wir werden uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass die angekündigte Bundesförderung konsequent und mit ausreichenden Mitteln umgesetzt wird. Auf Landesebene werden wir prüfen, ob und wo in Mecklenburg-Vorpommern ein eigenes „Childhood-Haus“ entstehen kann.

Schutz beginnt nicht erst nach einer Tat, sondern oft schon in der Krise davor. Mutter-Kind-Einrichtungen bieten jungen Müttern und Vätern in schwierigen Lebenssituationen einen sicheren Ort nach häuslicher Gewalt, bei drohender Wohnungslosigkeit oder sozialer Isolation. Sie sind ein unverzichtbares Instrument der Kinder- und Jugendhilfe, das wir in seiner Existenz sichern und in seiner Finanzierung stabilisieren wollen. Die Tagesentgelte, die das Jugendamt als Kostenträger zahlt, müssen die tatsächlichen Kosten der Einrichtungen decken. Sonst werden Plätze abgebaut, die niemand ersetzen kann.

Kinderschutz beginnt zudem weit früher als jede Krisenintervention. Wir werden Präventionsangebote in Schulen und Kindertageseinrichtungen stärken und Fachkräfte in Jugendämtern, Schulen und Kitas regelmäßig für Anzeichen von Kindeswohlgefährdung schulen. Früherkennung schützt.

Bildungsland MV

Unser Ziel: Bildungsland Nummer 1

Bildung entscheidet über die Zukunft eines Landes – und über die Chancen jedes einzelnen Menschen. In Mecklenburg-Vorpommern hat eine jahrzehntelange Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners, geprägt von ideologischen Experimenten, vernachlässigten pädagogischen Grundlagen, Unterrichtsausfall, sinkenden Leistungen, überforderten Lehrkräften und Schulabgängern, die weder ausbildungs- noch studierfähig sind, sichtbare Schäden hinterlassen. Im bundesweiten Bildungsmonitor steht Mecklenburg-Vorpommern nur noch im Mittelfeld.

- Entwurf -

Wir stehen für eine Bildungspolitik, die Kinder als Individuen mit unterschiedlichen Begabungen ernst nimmt – nicht als formbare Masse für gesellschaftliche Experimente. Unser Ziel ist der junge Mensch, der denken kann, Verantwortung übernimmt und seinen Weg in der Werkstatt oder im Hörsaal findet. Dafür braucht es Schulen, in denen klare Regeln gelten und Lehrer ihre Aufgabe wahrnehmen können, Berufsschulen, die handwerkliche Exzellenz fördern und Hochschulen, die Qualität vor Quantität stellen.

Bildung ist kein Sozialprogramm und kein Haltungsturnen. Sie ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben und für den Wohlstand unseres Landes.

Menschenbild und Absolventenbild als Grundlage der Pädagogik

Jede Bildungspolitik folgt – oft unausgesprochen – einem bestimmten Menschenbild und einer Vorstellung davon, welche Eigenschaften den Absolventen am Ende seiner Schulzeit kennzeichnen und welche Haltung ihn bestimmen soll. Über Jahre herrschte ein Bild vor, wonach der Mensch bei passenden Rahmenbedingungen nahezu grenzenlos formbar sei und sich Leistungsunterschiede weitgehend durch Methoden, Programme und Interventionen ausgleichen ließen. Daraus erwuchs der Anspruch, mit immer neuen Reformen ein Maximum an Gleichheit zu erzwingen.

Die Realität des Schulalltags widerspricht dem. Kinder sind verschieden begabt, verschieden belastbar und unterschiedlich willensstark. Sie brauchen Förderung, aber auch klare Führung und realistische Anforderungen. Bildungspolitik, die diese Unterschiede leugnet, produziert Enttäuschungen, Überforderungen und am Ende ein Niveau, das ständig an die Schwächsten angepasst wird.

Unterschiede in Eignung und Begabung sind anzuerkennen und nicht wegzuideologisieren.

Unser Absolventenbild sieht am Ende der Schulzeit junge Menschen, die fachlich solide, charakterlich gefestigt, gemeinschaftsfähig und verantwortungsbereit sind. Sie sollen denken und differenziert urteilen können, statt nur Lösungsvorschläge anzukreuzen, und sie sollen gerüstet sein, sich im späteren Leben zu beweisen.

Lehrermangel und Unterrichtsausfall entgegenwirken

Lehrkräfte sollen unterrichten und erziehen können – nicht im Verwaltungsaufwand untergehen. Wir werden die Last administrativer Aufgaben durch Schulverwaltungsassistenten und klarere Prozesse spürbar senken. Darüber hinaus werden wir die rund 400 Lehrerstellen, die derzeit ins Bildungsministerium, in die staatlichen Schulämter und ins IQ-MV abgeordnet

- Entwurf -

sind, wieder zurück in die Schulen überführen. Gut ausgebildete Lehrkräfte gehören in die Klassen, nicht auf Schreibtischposten in Behörden. Homogenere Klassen sollen dazu beitragen, dass Erziehung und Wissensvermittlung wieder handhabbar werden. Gewalt- und Drogenprobleme werden wir durch konsequentes Handeln unterbinden; Schulsozialarbeit wird als Landesaufgabe etabliert und die Zahl der Schulpsychologen dem gestiegenen Bedarf angepasst. Digitale Lehrplattformen setzen wir gezielt und maßvoll ein – erprobt, stabil und für alle Beteiligten verständlich.

Dem sich verschärfenden Lehrermangel kann kurzfristig mit geeigneten Seiteneinsteigern begegnet werden. Mittel- und langfristig setzen wir darauf, dass alle Lehrkräfte einen regulären Vorbereitungsdienst mit Zweiter Staatsprüfung absolvieren. Zur strukturellen Stärkung der Lehrerausbildung setzen wir uns für den Aufbau einer Pädagogischen Hochschule im Land ein, an der Praxisnähe kein Schlagwort, sondern Leitprinzip ist. Lehramtsstudenten werden dort frühzeitig mit dem realen Schulalltag konfrontiert und gezielt darauf vorbereitet. Die Ausbildung soll vergütet werden und mit einer sicheren Übernahmeperspektive verbunden sein – nach dem Vorbild der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege.

Guter Unterricht und fachliche Bildung statt Politschulung

Die Lage an den Regionalschulen ist alarmierend. Über 80 Prozent der Ausbildungsbetriebe melden gravierende Defizite bei Schulabgängern – im Lesen, Schreiben und Rechnen, aber auch in grundlegender Belastbarkeit und Arbeitshaltung. Viele Jugendliche verlassen die Schule ohne jene Basis, die früher selbstverständlich war. Es galt solides Wissen, anwendungsbereite Kenntnisse, Disziplin und die Fähigkeit zu besitzen und Verantwortung für das eigene Lernen zu übernehmen.

Gleichzeitig betreibt die Landespolitik ein fatales Ablenkungsmanöver. Statt fachliche Kompetenzen zu stärken, wird politische Bildung immer mehr und immer früher forciert. Die Lehrer sind gemäß Schulgesetz angehalten, sich aktiv für die „richtige“ politische Meinung einzusetzen. Die Anmutung von tendenziöser „Staatsbürgerkunde“ ist unübersehbar. Von Relevanz soll einzig weniger Denken, mehr Bekennen, weniger Urteilskraft, mehr Haltung sein. Anwendungsbereites Fachwissen bleibt dabei zwangsläufig auf der Strecke. Wir werden den Fokus wieder klarer auf Mathematik, Naturwissenschaften und praxisorientierten Unterricht legen. Der Sozialkundeunterricht wird wieder mit der achten Klasse beginnen.

Korrespondierend mit einem allzu reduzierten und häufig ausfallenden Fachunterricht werden Prüfungen in unseren Schulen immer weiter entschärft. Die Mittlere Reife, einst verlässlicher

- Entwurf -

Nachweis beruflicher Befähigung, verkommt vielerorts zum statistischen Feigenblatt. Mathematikprüfungen verlangen oft nur minimales Grundwissen; im Fach Deutsch ermöglicht das Multiple-Choice-Verfahren kaum noch eine gründliche Bewertung sprachlicher Kompetenz. So entstehen Zeugnisse, die zwar gut aussehen, aber ungedeckte Schecks für die Zukunft ausstellen.

Wir werden eine klare Wende einleiten. Zurück zu Wissen, Leistung und echter Persönlichkeitsbildung, um endlich wieder unseren Platz als weltweit anerkannte Wissenschafts- und Industrienation einnehmen zu können. Schulen müssen dafür wieder das vermitteln, was junge Menschen für Ausbildung und Beruf wirklich brauchen – solide fachliche Grundlagen sowie Tugenden wie Fleiß, Ausdauer und Selbstüberwindung. Qualitativ hochwertiger Unterricht, motivierend und sinnstiftend, muss Vorrang haben vor pädagogischen Moden, Projekten und politisierten Programmen.

Keine Frühsexualisierung in Kitas und Schulen

Der Sexualkundeunterricht muss sich an der körperlichen und seelischen Entwicklung der Kinder orientieren. Vorgaben, bereits Zehnjährige mit sexuellen Themen, mit „Familienvielfalt“ oder ständig wechselnden Rollenbildern zu konfrontieren, die vielfach im Widerspruch zu den Vorstellungen der Eltern stehen, lehnen wir ab.

Wir akzeptieren die unterschiedlichen Formen des Zusammenlebens, bestehen aber darauf, dass sich Lehrinhalte vorrangig an der Lebenswirklichkeit der Mehrheit orientieren und ein lebensbejahendes, verantwortungsvolles Familienbild vermitteln.

Gesellschaftspolitische Umerziehungsprogramme unter dem Etikett „Gender Mainstreaming“ haben an Schulen nichts verloren. Schüler sollen Orientierung und Maßstäbe erhalten und nicht frühzeitig in ideologische Rollen- und Identitätsdebatten gedrängt werden.

Vorschaltklassen für Kinder ohne ausreichende Sprach- oder Sozialkompetenz

Die Beschulung von Kindern ohne hinreichende Deutschkenntnisse und mit fehlender soziokultureller Prägung stellt immer mehr Schulen und Lehrkräfte vor enorme Herausforderungen. Der reguläre Unterricht ist nicht der richtige Ort, um die erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache zu erwerben. Wir setzen uns deshalb konsequent für Vorschaltklassen ein, in denen Kindern mit Migrationshintergrund gezielt Sprachkompetenz und grundlegendes Sozialverhalten vermittelt werden.

- Entwurf -

Nur wer sprachlich und sozial dem Unterricht folgen kann, soll anschließend in einer regulären Schulklasse oder Berufsschule unterrichtet werden. Kinder ohne ausreichende Sprachkenntnisse dürfen nicht vorschnell aus Vor- und Sprachklassen in Regelklassen wechseln; sonst überfordert man sie und beeinträchtigt gleichzeitig das Lernklima der gesamten Klasse.

Grundschulen stärken – Einrichtung einer verpflichtenden Vorschule

Die Schuleingangsuntersuchungen ergeben, dass mittlerweile jedes vierte Kind enorme sprachliche Defizite aufweist. Im letzten Kindergartenjahr werden wir daher eine Vorschule mit allgemeinverbindlichem Lehrplan einschließlich einheitlicher Bildungsstandards einführen, um unsere Kinder gezielt zu fördern und auf eine erfolgreiche Schullaufbahn vorzubereiten. Eine Ausweitung der Schulpflicht erfolgt dadurch nicht.

Den Umfang des bis zum Ende der Jahrgangsstufe 4 zu vermittelnden Grundwortschatzes werden wir von derzeit 800 Wörtern auf mindestens 900 Wörter erhöhen, um die Rechtschreibkenntnisse und die sprachliche Ausdrucksfähigkeit unserer Kinder zu verbessern.

Mehrgliedriges Schulsystem erhalten

Wir bekennen uns ausdrücklich zu einem nach Begabungen ausgerichtetem mehrgliedrigen Schulsystem, das dem unterschiedlichen Leistungsvermögen der Schüler gerecht wird. Damit nehmen wir die Verschiedenheit von Anlagen ernst und schützen sowohl leistungsstarke als auch leistungsschwächere Schüler vor Unter- wie Überforderung. Der Wechsel zwischen dem Gymnasium, der Regional- oder der Förderschule muss jederzeit möglich sein, soll aber aufgrund von guten Noten und Leistungsnachweisen und nicht ausschließlich kraft Elternwillen erfolgen. Dabei streben wir z.B. die Aufnahme in das Gymnasium bei einer Note von schlechter als 2,5 über einen zusätzlichen Eignungstest an, der mehrfach wiederholt werden kann und transparent das Leistungsvermögen des Schülers abbildet. Eine räumliche Zusammenlegung der verschiedenen Schulformen z.B. in Form eines gemeinsamen Schul-Campus begrüßen wir ausdrücklich, deshalb erkennen wir auch die unterschiedlichen Organisationsformen der Gesamtschulen in MV als erhaltenswert an.

Die gemeinsame Orientierungsstufe in der 5. und 6. Klasse hat sich aus unserer Sicht nicht bewährt, weil sie für viele junge Schüler einen zweifachen Schulwechsel mit sich bringt. Wir prüfen, ob der Beginn der weiterführenden Schule ab Klasse 5 wieder sinnvoll ist, damit die Schüler früher auf dem für sie angemessenen Bildungsweg gefördert werden können.

- Entwurf -

Hochbegabungen sind besonders zu unterstützen; dafür werden wir die veranschlagten Haushaltsmittel deutlich aufstocken.

Studier- und Berufsfähigkeit sicherstellen - Regionalschulen und Gymnasien stärken

Unternehmer und Hochschullehrer beklagen seit Jahren die abnehmende Ausbildungs- und Studierfähigkeit vieler Schulabgänger. Lehrkräfte sollen immer mehr erziehen, integrieren und inkludieren, verlieren aber zugleich Zeit und Kraft für ihre Kernaufgabe, die Wissensvermittlung. Zugleich wird das Gymnasium zunehmend zur Masseninstitution, was den Anspruch auf eine hohe wissenschaftsvorbereitende Bildung untergräbt.

Wir werden dafür sorgen, dass das Abitur wieder verlässlicher Ausweis realer Studierfähigkeit ist und nicht nur ein aufgewerteter Schulabschluss, der formal zum Studium berechtigt. Regionale Schulen sind so zu stärken, dass sie durch ihren Praxisbezug gezielt zur qualifizierten Berufsausbildung befähigen. Die dort zu vermittelnde Berufsreife muss durch entsprechende Rahmenpläne eine belastbare und nachhaltige Grundlage für die berufliche Zukunft im Handwerk und anderen Ausbildungsberufen werden.

Wir holen eine alte Selbstverständlichkeit zurück. Nicht jeder muss studieren, aber jeder soll seine Begabung entfalten können, sei es in akademischen, handwerklichen oder in technischen Berufen. Eine ehrliche Bildungspolitik nimmt diese Vielfalt ernst und wertet keine der Laufbahnen ab.

Die gesicherte Perspektive der traditionsreichen Volkshochschulen ist für unsere Bildungslandschaft von besonderem Wert, da diese Einrichtungen u. a. nachzuholende Schulabschlüsse von der Berufsreife bis zur Mittleren Reife ermöglichen und damit einen immensen Beitrag zur Verbesserung der Fachkräftesituation in unserem Land leisten. Die Landesförderung der Volkshochschulen gemäß Weiterbildungsförderungsgesetz werden wir demnach deutlich anheben.

Wohnortnahe Schulen erhalten, freie Schulen finanziell gleichstellen

Wir werden uns weiter für ein wohnortnahes Grundschulangebot einsetzen. Besonders dem ländlichen Raum kommt dies zugute. Grundschulen können dabei, ähnlich einer Dorfschule, als Abteilungen größerer Schulverbünde geführt werden. Für unsere Kinder sind kurze Wege und ein vertrautes Umfeld von besonderer Bedeutung; lange Anfahrtswege in überfüllten Bussen werden der Vergangenheit angehören.

- Entwurf -

Schulen sind Lern- und Lebensorte. Damit sich Schüler dort wohlfühlen und konzentriert lernen können, brauchen sie gepflegte Gebäude und eine zeitgemäße Ausstattung.

Schulen in freier Trägerschaft bereichern Qualität und Vielfalt unserer Bildungslandschaft. Wir bekennen uns ausdrücklich zu freien Schulen als Teil einer vielfältigen Schullandschaft und eines produktiven Wettbewerbs. Ziel ist eine faire, verlässliche Finanzierung, die diese Vielfalt stärkt, statt sie zu behindern.

Förderschulen erhalten

Inklusion darf nicht zu Lasten unserer Schüler gehen – weder der besonders Förderbedürftigen noch der Leistungsstarken. Wir wollen, dass jedes Kind mit Behinderung oder besonderen Lernschwierigkeiten eine angemessene, seinen Bedürfnissen entsprechende Förderung erhält.

Die von SPD und CDU politisch verordnete pauschale Inklusion, die auf eine Abschaffung der Förderschulen hinausläuft, hat in vielen Fällen sowohl die Chancen der zu fördernden Kinder als auch der übrigen Schüler verschlechtert und zugleich die Kosten und Herausforderungen für die Kommunen massiv erhöht.

Die nötigen Voraussetzungen für die Inklusion – speziell ausgebildetes sonderpädagogisches Fachpersonal, kleine Klassen und auf Berufsorientierung ausgerichteter Unterricht – sind in Förderschulen vorhanden. Diese Schulen wollen und werden wir deshalb dauerhaft erhalten und weiterentwickeln. Alle anderen Regelschulen sind so auszustatten, dass körperlich behinderte Kinder dort problemlos unterrichtet werden können.

Neutralität an Schulen sicherstellen – Beutelsbacher Konsens ernstnehmen

Die weltanschauliche und politische Neutralität der Schulen ist Ausdruck einer demokratischen Kultur, die von Meinungspluralismus lebt. Wir lehnen Indoktrination und Beeinflussung der Schüler durch das Über- und Unterordnungsverhältnis Lehrer–Schüler ab. Politisch motivierte Programme, die sich einseitig gegen bestimmte Anschauungen und Parteien richten, widersprechen dem Erziehungsauftrag der Schule.

Wir bekräftigen die Grundsätze des Beutelsbacher Konsens: keine Überwältigung der Schüler, Darstellung kontroverser Themen auch im Unterricht als kontrovers und Stärkung der Fähigkeit zur eigenständigen Urteilsbildung. Schule ist kein Ort für politische Propaganda, Lehrer dürfen daher nicht zur Wahl einzelner Parteien oder zur Teilnahme an Demonstrationen aufrufen. Viel zu viel Geld versickert in Projekten dubioser Kooperationspartner, die sich an unseren Schulen tummeln. Eine von uns geführte Landesregierung wird den Lehrer wieder in den Mittelpunkt

- Entwurf -

der Schularbeit stellen, der gemeinsam mit seinen Schülern in sanierten Schulen und mit neuester Technik arbeiten kann.

Mathematik, Informatik sowie Natur- und Ingenieurwissenschaften (MINT) fördern

Solide Kompetenzen in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik sind keine akademische Spezialität, sie sind Grundlage für Innovationskraft, Wettbewerbsfähigkeit und handwerkliche Exzellenz gleichermaßen. Wer dieses Fundament stärken will, darf nicht erst an der Hochschule ansetzen. MINT-Begeisterung entsteht in der Grundschule, im Schülerlabor, beim Betriebspraktikum.

Wir werden deshalb auf mehreren Ebenen handeln. In den Schulen wollen wir das Zertifizierungsmodell der MINT-freundlichen Schule ausbauen und mit konkreten Ressourcen hinterlegen. Es bedarf moderner Ausstattung, qualifizierter Lehrkräfte und des Abbaus von Unterrichtsausfall in naturwissenschaftlichen Fächern. Schülerwettbewerbe wie „Jugend forscht“ fördern wir als Instrument der Talenterkennung und Leistungskultur. Praktika in Unternehmen, Werften, Forschungseinrichtungen und Handwerksbetrieben werden wir bereits ab der Sekundarstufe I systematisch verankern. Nicht als Pflichtveranstaltung, sondern als echten Einblick in reale Berufswelten.

Auf Landesebene werden wir in Kooperation mit IHK, HWK und den Hochschulen regionale MINT-Cluster aufbauen, die Schülerlabore, Unternehmen, Museen und Hochschulen vor Ort vernetzen und auf die spezifischen Stärken MVs ausgerichtet sind: maritime Wirtschaft, Luft- und Raumfahrt, Landwirtschaftstechnik, Gesundheitswirtschaft. Mit den Hochschulen des Landes vereinbaren wir über Ziel- und Leistungsvereinbarungen ausreichende Studienplatzkapazitäten und eine moderne Institutsausstattung. Duale Studiengänge, die Ausbildung und Hochschulstudium verbinden, werden wir als gleichwertigen Bildungsweg aktiv stärken, denn technische Exzellenz braucht keine Unterscheidung zwischen Hörsaal und Werkstatt.

Handschrift ist Kopfarbeit – und die Grundlage für Bildung

Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass sich das Erlernen einer individuellen, flüssigen und lesbaren Handschrift auf andere basale Fähigkeiten wie die Fein- und Grobmotorik, das sinnentnehmende Lesen und überhaupt die Denk- und Lernleistung auswirkt. Daher werden wir die Kulturtechnik des Handschreibens in Kindergärten und Schulen fördern, indem wir, analog

- Entwurf -

zum Leseband, verbindliche Zeitrichtwerte zum Erlernen einer flüssig verbundenen und ermüdungsarmen Handschrift bis zum Ende der vierten Klasse sichern und das Erlernen der verbundenen Handschrift im Sinne der Schulausgangsschrift ab der ersten Klasse verbindlich einführen. Wir wollen zudem wieder stärker auf handschriftlich verfasste Diktate und umfassendere Schreibübungen setzen.

Digitale Medien und KI im Unterricht sinnvoll nutzen

Digitalisierung prägt das 21. Jahrhundert. Hard- und Software begleiten unseren Alltag, auch jenen der Schüler. Dennoch bleiben der Lehrer als persönlich ansprechbare Autorität und der Präsenzunterricht die Herzstücke von Bildung.

Die zunehmende Digitalisierung, auch in Form der neu gegründeten Digitalen Landesschule, darf den Präsenzunterricht nicht ersetzen. Bildung ist zuallererst Beziehungsarbeit, deshalb brauchen wir Lehrerpersönlichkeiten, zu denen die Schüler aufschauen und von denen sie basale Fähigkeiten vermittelt bekommen. Etwas, das mit immer mehr Bildschirmzeit mit Online-Lehrern nicht funktioniert.

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass funktionierende Breitbandanbindungen, zuverlässige Technik und gute Softwarelösungen für den digitalen Unterricht der höheren Klassen unverzichtbar sind. Wir werden uns vor allem für den weiteren Ausbau leistungsfähiger Lernplattformen einsetzen, um digitale Wissensvermittlung ab Klasse 5 harmonisch mit klassischen Unterrichtsmaterialien zu verbinden.

Künstliche Intelligenz kann – verantwortungsvoll eingesetzt – eine Bereicherung für den Unterricht sein. Wir wünschen uns jedoch den selbstständig denkenden Menschen, der die KI lediglich als Hilfsmittel ansieht und den Mut hat, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen.

Um Lehrkräfte bei Bereitstellung und Wartung digitaler Einheiten zu entlasten, sollen sie durch schuleigene oder kommunale IT-Dienstleister noch besser unterstützt werden. So bleibt der technische Aufwand überschaubar, und der Fokus bleibt auf Unterricht und Erziehung gerichtet.

Digitalpause – handyfreie Schule

Die private Handynutzung im Schulalltag werden wir auf dem Verordnungswege bis einschließlich der 7. Klasse konsequent unterbinden, allenfalls bei Notfällen oder nach Rücksprache mit dem Lehrer soll das Handy genutzt werden dürfen. Ab Klasse 8 müssen die

- Entwurf -

Schulkonferenzen eigenständige und verbindliche Regelungen zur Handynutzung auf dem Schulgelände erarbeiten.

Gewalt- und Drogenprobleme in den Schulen endlich angehen

Die Anzahl der Polizeieinsätze in unseren Schulen hat sich innerhalb von fünf Jahren fast vervierfacht. Auch wenn manch aktionistischer Polizeieinsatz, wie im Loretta-Fall am Richard-Wossidlo-Gymnasium in Ribnitz-Damgarten, im Nachhinein gerichtlich gekippt wurde, beruhen die meisten dieser Einsätze auf erstzunehmenden Straftaten wie Sachbeschädigungen, Beleidigungen, Bedrohungen und Körperverletzungen - und das sogar gegenüber Lehrern.
So hat sich die Anzahl gemeldeter Vorkommnisse im Zusammenhang mit Gewalt von Schülern gegenüber Lehrern in den letzten fünf Jahren von 138 auf 321 mehr als verdoppelt. Wir sehen darin eine dramatische Zunahme einer fehlgeleiteten Schul- und Gesellschaftspolitik, die die Autorität von Lehrern untergräbt und die Sanktionsmöglichkeiten gemäß Schulgesetz immer mehr einschränkt. Die dramatisch angestiegene Zahl von Polizeieinsätzen in unseren Schulen ist ein Armutszeugnis für die rot-rote Bildungspolitik.
Wir wollen nicht mehr Polizei auf unseren Schulhöfen, wir wollen Schulen, die keine Polizeieinsätze brauchen, weil Lehrer und Erzieher wieder die Autorität haben, Grenzen klar zu setzen und nötige Konsequenzen zu ziehen. Dafür werden wir die Sanktionsmöglichkeiten der Lehrkräfte gesetzlich stärken und bei Gewalt- und Drogendelikten deutlich schneller von Schulverweisen Gebrauch machen. Die große Mehrzahl der motivierten Schüler darf nicht von einigen Wenigen terrorisiert werden.

Schülerticket und Verbundsystem

Eine kostenlose Schülerbeförderung, die auch den Besuch der örtlich nicht zuständigen Schule umfassen kann, ist für uns selbstverständlich. Im Schülerverkehr sind überfüllte Busse zu vermeiden, Abfahrts- und Ankunftszeiten kindgerecht und familienfreundlich zu gestalten und möglichst kurze Transportwege sicherzustellen.
Zu diesem Zweck werden wir mit den Kreisen, kreisfreien Städten und lokalen Akteuren im öffentlichen Nahverkehr darauf hinwirken, ein landesweites Verkehrsverbundsystem einzuführen, das unseren Kindern einen verlässlichen und unkomplizierten Schulweg ermöglicht.

- Entwurf -

Ökonomische Bildung

Ökonomische Bildung ist eine zentrale Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Junge Menschen treffen früh Entscheidungen über Konsum, Verträge, Kredite oder Altersvorsorge – oft ohne das nötige Wissen über wirtschaftliche Zusammenhänge. Wer Preise, Zinsen oder staatliche Abgaben nicht versteht, ist im Alltag benachteiligt und läuft Gefahr, Opfer falscher Versprechungen und Erzählungen zu werden. Zugleich prägen wirtschaftliche Fragen unsere Gesellschaft. Inflation, Energiepreise, Fachkräftemangel oder staatliche Haushalte betreffen jeden Bürger unmittelbar. Ohne grundlegendes Verständnis wirtschaftlicher Zusammenhänge bleibt politische Teilhabe oberflächlich und der Bürger unmündig. Schule sollte daher lebensnah vermitteln, wie unsere Wirtschaft funktioniert. Der Unterricht im Bereich ökonomische Bildung wird die Urteilskraft stärken, vor Fehlentscheidungen schützen und Verantwortungsbewusstsein fördern.

Sport — mehr als Freizeit

Sport ist Gesundheitsvorsorge, gesellschaftlicher Kitt und Standortfaktor zugleich. Über 300.000 Menschen sind in den Sportvereinen Mecklenburg-Vorpommerns organisiert — das ist kein Nischenphänomen, das ist das Rückgrat unserer Gemeinschaft. Sport verbindet Generationen, schafft Identität und hält Menschen gesund. Diese Kraft wollen wir nicht verwalten, wir wollen sie stärken. Die Autonomie des Sports gegenüber staatlicher Einflussnahme und ideologischen Auflagen ist für uns nicht verhandelbar. Vereine sind keine Erfüllungsgehilfen linker Ideologie. Sie sind eigenständige Orte des Miteinanders.

Erfolgsrezept duale Ausbildung

Die duale Berufsausbildung in Deutschland genießt weltweit immer noch hohes Ansehen. Mit Sorge beobachten wir jedoch die immer schlechtere schulische Vorbildung vieler Auszubildender und erzieherische Defizite, die zu abnehmender Leistungsbereitschaft und höchsten Abbrecherquoten deutschlandweit führen. So verlassen 10,4 % aller Schüler in MV die Schule ohne jeglichen Schulabschluss, in der Berufsausbildung scheitert sogar fast jeder fünfte Berufsschüler an den Prüfungen und bleibt ohne einen anerkannten Berufsabschluss.
Der durch die Landesregierung zu verantwortende massive Unterrichtsausfall ist einer der Gründe dafür und muss schnellstmöglich transparent offengelegt und beseitigt werden. Zusätzlich müssen Regionale Schulen, die gezielt auf eine qualifizierte Berufsausbildung vorbereiten, unbedingt gestärkt werden.

- Entwurf -

Naturwissenschaftliche und praktische Unterrichtsinhalte sind auszubauen, berufsvorbereitende Praktika zu verbreitern. Schüler sollen früh Einblicke in das reale Arbeitsleben gewinnen und ein realistisches Bild von verschiedenen Berufen erhalten. So können sie sich bewusster für ihren zukünftigen Beruf entscheiden. Deshalb werden wir an der bewährten Praktikumsprämie im Handwerk festhalten und eine Ausweitung auf andere Berufe prüfen.

Wir werden über Förderprogramme die Ausbildung in Mangelberufen stärken. Dies umfasst etwa technische Berufe bis hin zu kulturprägenden Handwerksberufen wie Segelmacher, Reetdachdecker oder Kirchenmaler.

Neben einem landesweiten Azubi-Ticket und einem attraktiven öffentlichen Nahverkehr für Lehrlinge ist die Berufsschuldichte in Mecklenburg-Vorpommern wieder zu erhöhen. Berufliche Bildung muss wohnortnah erreichbar bleiben. Deshalb werden wir die Mindestschülerzahlen für Berufsschulklassen deutlich absenken, um die Anzahl der Berufsschulstandorte insbesondere im Osten des Landes wieder zu erhöhen.

Digitale Unterrichtseinheiten schätzen wir als sinnvolle Ergänzungsmaßnahmen zum Präsenzunterricht in der beruflichen Bildung, insbesondere in Landesfachklassen und in den technischen Fächern. Hier werden wir die Koordination zwischen der Fachaufsicht, den Arbeitgebern und den Berufsschulen deutlich verbessern, um solche Formate alltagstauglich zu machen.

Meister-Bildung

Um den hohen Unterrichtsausfall in den Berufsschulen zu kompensieren und dem Lehrermangel entgegenzuwirken, wollen wir Handwerks- und Industriemeister verstärkt für eine Tätigkeit an Berufsschulen gewinnen. Ihr Praxiswissen ist für angehende Facharbeiter von unschätzbarem Wert. Berufserfahrung, motivierte Arbeitshaltung und das Verständnis für reale Abläufe lassen sich nicht aus Lehrbüchern vermitteln. Durch die Absenkung der Lehrerwochenstunden im fachpraktischen Unterricht werden wir diesen Beruf wieder attraktiver machen.

Hochschulen in MV

Die Altparteien haben in den vergangenen Jahrzehnten den Eindruck erzeugt, ein erfülltes Berufsleben setze nahezu zwangsläufig Hochschulreife und Studium voraus. Während es in Deutschland bis zu 350 anerkannte duale Ausbildungsberufe gibt, ist die Anzahl der möglichen

- Entwurf -

Studiengänge auf über 22.000 angewachsen. Begleitet von einem ideologischen Gleichheitsversprechen stieg der Anteil der Abiturienten auf über 40 Prozent der Schulabgänger; die Immatrikulationszahlen bleiben unvermindert hoch. Hochschulen wurden gezwungen, diese Entwicklung mitzutragen, indem ihre Mittelzuweisung an die Zahl der Absolventen gekoppelt wurde.

Wir wollen die Entwicklung wieder an Qualitätsmaßstäben ausrichten. Bildung darf nicht mit Zertifikatsproduktion verwechselt werden. Wir geben einem klassischen, ganzheitlichen Bildungsverständnis den Vorzug gegenüber einem verschulten Bologna-System, das Studiengänge in Module zerstückelt und den Blick für die Gesamtbildung verstellt. Bildung soll der allseitigen Persönlichkeitsentwicklung dienen, nicht lediglich der schnellen Verwertbarkeit.

Über fächerweite Eignungsfeststellungsprüfungen ist nachzudenken, damit Hochschulen ihren wissenschaftlichen Nachwuchs gezielter auswählen können. Unser Ziel ist ein Absolventenbild, das Fachkompetenz und charakterliche Reife verbindet.

Damit die Hochschulen ihren Auftrag erfüllen können, wollen wir ihre Grundfinanzierung verbessern. Drittmittel sollen exzellente Leistungen zusätzlich fördern, nicht landesseitig erzeugte Lücken stopfen.

Wiedereinführung des juristischen Staatsexamens an der Universität Rostock

Die juristische Fakultät in Rostock bietet seit 2008 kein Studium der Rechtswissenschaften zum Staatsexamensjuristen mehr an. Dabei besteht ein akuter Mangel an qualifiziertem Nachwuchs für die regulierten juristischen Berufe, insbesondere in der Justiz und der Anwaltschaft. Dieser Mangel wird sich in naher Zukunft weiter verschärfen. Der bestehende und sich noch verschärfende Mangel muss dringend behoben und die hierfür erforderlichen politischen Entscheidungen getroffen werden.

Der berufsqualifizierende Abschluss des 1. Juristischen Examens, welcher von vielen Unternehmen und Behörden nachgefragt wird, würde das bestehende Angebot an der Universität Rostock erheblich aufwerten.

Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer einführen

Derzeit studieren ausländische Staatsangehörige aus Nicht-EU-Staaten in Mecklenburg-Vorpommern kostenfrei. Ihre Studienabbruchquote ist jedoch im Vergleich zu anderen Studierenden deutlich erhöht, und viele gehen nach dem Studium in ihre Heimat zurück.

- Entwurf -

Deshalb ist es angemessen, diese Studenten auch an den Studienkosten zu beteiligen. Wir werden fachabhängige Studiengebühren ab 1.500 Euro pro Semester einführen. Eine finanzielle Eigenbeteiligung schafft Verbindlichkeit und erhöht die Motivation, das Studium erfolgreich abzuschließen.

BAföG-Digitalisierung jetzt – keine Scheinlösungen mehr

Mehr als 8.000 Studenten in Mecklenburg-Vorpommern stellen jährlich BAföG-Anträge und stoßen dabei auf eine absurde Bürokratierealität. Digital eingereichte Unterlagen werden mangels E-Aktensystem von den Studentenwerken weiterhin ausgedruckt und händisch abgeheftet. Eine Lösung ist zwar in Sicht, aber erst bis Ende 2029 geplant. Das ist inakzeptabel. Wer BAföG-Anträge digital einreichen kann, darf nicht erleben, dass die Ämter sie trotzdem ausdrucken. Wir werden die Studentenwerke daher dabei unterstützen, durch gezielte Arbeitsgruppen aus IT-Fachleuten und Sachbearbeitern das neue Fachverfahren mit echter E-Akte spätestens zum Sommersemester 2027 einzuführen.

Spitzensport als Standortfaktor

Mecklenburg-Vorpommern verfügt über eine leistungsfähige Spitzensportinfrastruktur, die in ihrer Dichte bemerkenswert ist. Der Olympiastützpunkt betreut Bundeskaderathleten in zehn olympischen Sportarten an drei Standorten. In Rostock trainieren Ruderer, Wasserspringer, Short-Track-Athleten und Segler. Schwerin ist Heimat von Boxern, Volleyballern und bald mit neuer Halle von Bahnradsportlern. Neubrandenburg ist mit Leichtathletik, Kanu-Rennsport und Triathlon einer der national und international erfolgreichsten Spitzensportstandorte Deutschlands. Olympiasiege, Welt- und Europameistertiteln sind der Beleg. Die Gymnasien in Neubrandenburg und Schwerin sowie die Christophorus-Schule in Rostock sind als Eliteschulen des Sports anerkannt und ermöglichen jungen Athleten die Verbindung von sportlicher und schulischer Spitzenleistung.

Diese Infrastruktur ist nicht selbstverständlich. Die Bundesstützpunkte für Kanurennsport und Triathlon in Neubrandenburg sowie Segeln in Rostock standen in der Vergangenheit mehrfach akut auf der Kippe und sind derzeit nur bis 2028 gesichert. Wir werden uns auf Landes- und Bundesebene dafür einsetzen, dass diese Standorte dauerhaft erhalten und ausgebaut werden, —weil sie nachweislich Weltklasseleistungen hervorbringen. Duale Karrieremodelle, die Spitzensport mit Schule, Ausbildung oder Bundeswehr verbinden, werden wir ausdrücklich stärken.

- Entwurf -

Sicherheitsland MV

Recht, Ordnung und innerer Frieden

Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit. Sie ist das Ergebnis unermüdlicher Arbeit unserer Polizisten, Richter, Feuerwehrleute, Rettungskräfte. Ein Staat, der diese Menschen nicht ausreichend ausstattet, nicht ausreichend schützt und nicht ausreichend wertschätzt, versagt an seiner wichtigsten Aufgabe.

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es Defizite auf beiden Seiten dieser Gleichung. Auf der einen Seite stehen Altersabgänge, die den Personalbestand gefährden, Gerichte mit überlangen Verfahren, Feuerwehren mit Sanierungsstau. Auf der anderen Seite eine Politik, die Verfassungsschutz zur Gesinnungskontrolle nutzt, das Waffenrecht gegen rechtstreue Bürger wendet und Polizisten pauschal unter Rassismusverdacht stellt.

Wir stehen für einen Staat, der seine Bürger schützt – konsequent, rechtsstaatlich und ohne doppelte Standards. Der Polizisten führt statt gängelt. Der Gerichte entlastet statt verstopft. Und der Opferschutz ernst nimmt, nicht als Randthema, sondern als Maßstab für den Wert einer Rechtsordnung.

Personalbestand der Polizei sichern, Kompetenzen ausbauen, Kräfte freimachen

Wir halten am Ziel von 6200 Beamten der Landespolizei fest. Die Fachhochschule Güstrow muss fortlaufend genügend gut ausgebildete und motivierte Polizeiabsolventen hervorbringen. Dafür braucht es eine weiter ausgebaute Infrastruktur und bessere Bedingungen für Dozenten und Ausbilder. Zusätzlich eine ständige, zeitgemäße Ansprache junger Deutscher, um ihr Interesse am Polizeiberuf zu wecken.

Auf bestimmten Feldern muss die Leistungsfähigkeit der Polizei durch gezielten Personalaufbau gesteigert werden. So muss die Cybercrime-Kompetenz des Landeskriminalamts durch zusätzliche Experten erhöht werden.

Polizeivollzugsbeamte sollen sich auf die eigentliche Polizeiarbeit konzentrieren können. Wir wollen sie deshalb durch Prozessoptimierung, Digitalisierung und den Einsatz von nichtpolizeilichem Personal von Verwaltungsarbeit entlasten. Zusätzlich prüfen wir die Einführung freiwilliger Sicherheitshelfer nach dem Vorbild anderer Bundesländer, um Polizei und kommunale Ordnungsdienste zu entlasten.

- Entwurf -

Motivation und Zusammenhalt sichern

Der Polizeidienst ist mit besonderen Härten und Gefahren verbunden. Wer das ein Berufsleben lang im Dienst der Gesellschaft durchhalten soll, braucht den Rückhalt von Kollegen und Vorgesetzten und verdient die Wertschätzung der Öffentlichkeit. Polizisten im Einsatz sollen darauf vertrauen können, dass sie von Polizisten mit Einsatzerfahrung geführt und beurteilt werden. Deshalb beschränken wir die Anzahl von Quereinsteigern ohne polizeiliche Berufserfahrung in Führungspositionen auf das unumgängliche Minimum. Wir unterstützen Polizisten darin, sich zu echten Führungspersönlichkeiten zu entwickeln, die Vertrauen und Loyalität wecken und verdienen. Nicht Gesinnung und Parteiloyalität, sondern allein Charakter und Leistung sollen Karrieretreiber sein.

Wir straffen Disziplinarverfahren durch verbesserte Prozesse und mehr Personaleinsatz. Tatsächliche Dienstvergehen müssen schnell geahndet, unberechtigte Vorwürfe schnell ausgeräumt werden. Durch regelmäßige, anonyme Mitarbeiterbefragungen innerhalb der Polizei geben wir Gelegenheit, Lob auszusprechen, konstruktiv Kritik zu üben und Verbesserungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Wir treten unwahren Behauptungen und Unterstellungen wie z.B. pauschalen Rassismusvorwürfen in Richtung der Polizei öffentlich entgegen und werden die durch Rot-Rot beschlossenen Dokumentationspflichten im SOG in Regierungsverantwortung sofort zurücknehmen. Wo möglich und geboten, gehen wir dagegen rechtlich vor und unterstützen Polizisten dabei, sich gegen ungerechtfertigte Vorwürfe zu verteidigen. Wir beenden die finanzielle Förderung von Vereinen, die der Polizei immer wieder pauschal und unbelegt Rassismus und gewalttätige Übergriffe unterstellen. Wir unterstützen auch keine Aktivitäten, die unter dem Anschein wissenschaftlicher Forschung Gesinnungsschnüffelei betreiben und Vorurteile gegen die Polizei schüren.

Angemessene Ausstattung und Ausbildung gewährleisten

Wir treten für eine den aktuellen Einsatzanforderungen entsprechend ausgerüstete und ausgebildete Polizei ein. Dazu gehört auch die flächendeckende Einführung von Distanz-Elektroimpulsgeräten. Wir prüfen, inwieweit die Ausstattung mit Körperkameras erhöht und Fahrzeugkameras eingeführt werden sollen und der rechtliche Rahmen zu ihrem Einsatz angepasst werden muss.

Die beste technische Ausstattung ist von geringem Wert, wenn die Polizei nicht ausreichend in ihrem Gebrauch geschult ist. Neben dem in der Ausbildung erworbenen Können sind

- Entwurf -

fortlaufend Auffrischungs- und Vertiefungstrainings erforderlich. Dafür muss genügend Zeit eingeräumt werden und die erforderliche Infrastruktur bereitstehen. Dies gilt insbesondere für die Schießausbildung. Wir aktualisieren das vorhandene Schießstättenkonzept und setzen es mit Hochdruck um.

Transparenz bei der Sicherheitslage schaffen

Wer für Sicherheit sorgen will, braucht ein klares Lagebild. Wir erhöhen die Aussagekraft der Polizeilichen Kriminalstatistik, indem wir mehr Informationen zur Ausländerkriminalität auch auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte veröffentlichen. Darüber hinaus informieren wir über die Kriminalitätsbelastung von Deutschen mit Mehrfach-Staatsangehörigkeiten, wie dies bereits Nordrhein-Westfalen angekündigt hat. Auch in Presseinformationen der Polizei werden wir auf doppelte Staatsangehörigkeiten von Tatverdächtigen und Opfern hinweisen. Außerdem streben wir die Veröffentlichung eines LKA-Lagebilds „Kriminalität im Kontext von Zuwanderung“ an. Dieses soll insbesondere Täter-Opfer-Verhältnisse, Herkunftsstaaten der und aufenthaltsrechtliche Maßnahmen in Bezug auf die Tatverdächtigen darstellen.
Wir führen regelmäßig landesweite Dunkelfeldbefragungen durch, in denen die Bürger über selbst erfahrene Kriminalität und eigene, aus Furcht vor Kriminalität veranlasste Verhaltensweisen wie z.B. das Meiden öffentlicher Plätze berichten. Damit gewinnen wir über die angezeigten Straftaten hinaus ein Bild der von den Bürgern erlebten Sicherheitslage und können passgenaue Maßnahmen zur Verbesserung veranlassen.

Beste Bedingungen für Blaulicht-Familie schaffen

Feuerwehr und Hilfsorganisationen sind im Brand- und Katastrophenfall unentbehrlich. Damit sie ihre Aufgaben im Ernstfall bestens erfüllen können, schaffen wir ihnen beste Bedingungen. Wir streben die Helfergleichstellung an. Ehrenamtliche Einsatzkräfte von Hilfsorganisationen sollen bei Freistellung, Ersatzleistungen und sozialer Absicherung der Feuerwehr weitgehend gleichgestellt werden. Regelungen zur Aufwandsentschädigung aktualisieren wir alle fünf Jahre, um die allgemeine Lohn- und Preisentwicklung zu berücksichtigen. Wir fördern den Führerscheinerwerb durch Kameraden der Feuerwehr für Einsatzzwecke, investieren in Aus- und Fortbildung und verstetigen die Sanierung und den Neubau von Feuerwehrgerätehäusern.
Gut ausgerüstete Feuerwehren kosten Geld, aber schlechte Beschaffung kostet mehr. Durch zentrale Sammelbestellungen sind signifikante Einsparungen realistisch. Geld, das direkt den Kommunen zugutekommt. Wir werden die zentrale Beschaffungsstelle für Feuerwehrfahrzeuge

- Entwurf -

und -ausrüstung in MV ausbauen und den Kommunen als freiwillige, kostensparende Alternative zur Eigenausschreibung anbieten ohne ihre Entscheidungsfreiheit einzuschränken. Wer jahrzehntelang Dienst in der Freiwilligen Feuerwehr leistet, soll dafür nicht nur Dankbarkeit ernten. Wir setzen uns für eine Feuerwehrrente auf Landesebene ein. Der an das Versicherungsunternehmen zu zahlende Betrag wird vom Land übernommen, da kommunale Finanzkraft zu unterschiedlich ist, um diese Anerkennung auf dieser Ebene verlässlich zu gewährleisten.

Leider nehmen Angriffe auf Einsatzkräfte seit Jahren zu. Das ist ein Angriff auf alle, die für uns da sind, wenn es darauf ankommt. Wir setzen uns im Bundesrat für einen besseren strafrechtlichen Schutz ein und werben in der Öffentlichkeit nachhaltig für mehr Respekt gegenüber Feuerwehr, Rettungsdienst und Polizei. Wer Einsatzkräfte angreift, muss die volle Härte des Gesetzes spüren. Die bestehenden Strafrahmen sind konsequent auszuschöpfen.

Mecklenburg-Vorpommern als Küstenland und Transitraum steht vor besonderen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Geprägt durch kritische Infrastruktur in der Ostsee, exponierte Häfen, dünn besiedelte Fläche mit langen Reaktionswegen. Das Sirenennetz bauen wir konsequent wieder auf. Die zivil-militärische Zusammenarbeit mit der Bundeswehr werden wir durch gemeinsame Übungen, klare Schnittstellen, kurze Entscheidungswege im Ernstfall vertiefen. Angesichts einer grundlegend veränderten Sicherheitslage in Europa ist die enge Vernetzung von Bundeswehr, THW, Feuerwehr und Hilfsorganisationen zur Pflicht geworden.

Verfassungsschutz vor politischer Instrumentalisierung schützen

Der Verfassungsschutz hat in seinen zentralen Tätigkeitsbereichen systematisch versagt. Der Terrorakt auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt, die Anschläge der sogenannten Vulkangruppe in Berlin-Brandenburg oder das prominenteste Versagen auf ganzer Linie beim NSU-Komplex stehen beispielhaft für ein tiefgreifendes institutionelles Scheitern. Die letzten Jahrzehnte waren geprägt von unzureichender Prävention, mangelnder Kommunikation zwischen den Verfassungsschutzbehörden und der Polizei sowie gravierender Dysfunktionalität in der Gefahrenabwehr. Diese strukturellen Defizite haben offenbart, dass der Verfassungsschutz seine eigentliche Aufgabe, die Sicherheit und die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu schützen, in wesentlichen Punkten verfehlt hat. Zugleich ist eine politisch selektive Schwerpunktsetzung festzustellen, bei der regierungskritische Meinungen und demokratisch legitime Positionen diskreditiert werden. Ein solcher Umgang erzeugt den Eindruck politischer Einflussnahme und unterminiert das Vertrauen der Bürger in die

- Entwurf -

Unabhängigkeit staatlicher Institutionen. Eine Demokratie lebt von einer lebendigen Debattenkultur und darf auf staatlicher Seite nicht unter Verdacht geraten, mit zusammenhangslosen Unterstellungen oder nicht belegten Vorwürfen zu arbeiten. In Regierungsverantwortung streben wir daher eine grundlegende Reform des Verfassungsschutzes in Mecklenburg-Vorpommern an. Ziel ist eine verhältnismäßige Ausrichtung der Behörde auf neue Schwerpunkte. In der Arbeit der Landesbehörde sollen zukünftig die Bereiche Cybercrime, Spionageabwehr und Abwehr politischer Militanz priorisiert werden. Am Ende dieses Prozesses soll eine Sicherheitsarchitektur stehen, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung vor Extremisten schützt und den Schutz unserer Bürger verbessert. Dabei darf auch eine vollständige Reorganisation der Verfassungsschutzbehörde kein Tabu sein.

Waffenrecht nicht zum Gesinnungsrecht machen

Die Altparteien empfinden ein tiefes Misstrauen gegenüber dem Bürger. Sie sehen in ihm nicht den Souverän und ihren eigentlichen Dienstherren, sondern ihren Untertanen, den sie bevormunden und gängeln. Nirgendwo zeigt sich das so deutlich wie im Waffenrecht. Seit Jahrzehnten wird hier immer nur verschärft, um den legalen Waffenbesitz für rechtstreue Bürger zu erschweren. Die jüngste Eskalationsstufe besteht darin, ansonsten rechtstreuen Bürgern wegen regierungskritischer oder anderweitig missliebiger Meinungsäußerung die waffenrechtliche Zuverlässigkeit abzusprechen und ihre Waffen einzuziehen. Im Gegensatz zu den Altparteien vertrauen wir den Bürgern und sind ihnen verpflichtet. Wir halten an Zuverlässigkeit, persönlicher Eignung und Sachkunde als bewährten Voraussetzungen für legalen Waffenbesitz fest. Wir beenden den Missbrauch des Vollzugs des Waffenrechts zur Gesinnungskontrolle.

Rechtsprechung beschleunigen

Der Rechtsstaat muss sich nicht nur in der Theorie, sondern auch im Alltag bewähren. Er lebt vom Vertrauen der Bürger in einen funktionierenden Rechtsstaat. Wenn sich das Recht als dysfunktional erweist oder seine Durchsetzung wegen überlanger Verfahrensdauer erschwert wird, wird dieses Vertrauen beschädigt. Die Verfahrensdauer von Gerichtsprozessen muss deshalb deutlich verringert werden, hier vor allem in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und in Verwaltungsverfahren. Verfahren von besonderer Bedeutung und einer Signalwirkung für die Durchsetzung des Rechts müssen bei starker Belastung der Justiz vorgezogen werden.

- Entwurf -

Bürgernahe Gerichte

Gerichte müssen sich in für die Bürger zumutbaren Entfernungen befinden. Durch die Gerichtsstrukturreform ist die Zahl der Amtsgerichte drastisch reduziert und teilweise durch Zweigstellen ersetzt worden. Diese decken aber nicht alle für eine Bürgernähe relevanten Sachgebiete ab. Wir werden deshalb die bürgerfreundliche Revision der Strukturreform prüfen.

Dreistufige Gerichtsstruktur in der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Weiterhin befürworten wir eine Neustrukturierung der Zivil- und Strafgerichtsbarkeit im Sinne einer klar gegliederten Dreistufigkeit, wie sie nach der Wiedervereinigung bereits angedacht war. Diese besteht auf Landesebene in einem einheitlichen Eingangsgericht und einem Überprüfungsgericht sowie dem obersten Revisionsgericht auf Bundesebene. Damit würden die in sich nicht mehr stimmigen Zuständigkeitsregeln und Instanzenzüge – aufbauend auf wechselnde Streitwertgrenzen und nur historisch begründete Sachgebiete - durch ein klar gegliedertes System der Zuständigkeiten und Instanzen ersetzt.

Unabhängigkeit der Justiz verbessern

Derzeit werden Richter in Mecklenburg-Vorpommern durch den Ministerpräsidenten oder den Justizminister ernannt. Es besteht die Gefahr, dass bei Richterernennungen persönliche oder parteipolitische Motive das Auswahlverfahren beeinflussen könnten. Allein schon die Möglichkeit einer solchen Einflussnahme untergräbt das Vertrauen der Bürger in die Unabhängigkeit und Überparteilichkeit der Justiz. Wir werden deshalb einen unabhängigen Richterwahlausschuss errichten.

Deutsche Flaggen vor Landesbehörden

Staatliche Neutralität zeigt sich auch in der Beflaggung öffentlicher Gebäude. Vor Landesbehörden, Gerichten und Schulen sollen ausschließlich und dauerhaft die Bundes- und die Landesflagge, gegebenenfalls auch die kommunale Fahne wehen. Das Hissen von nicht hoheitlichen Flaggen, wie Regenbogenflaggen vor öffentlichen Einrichtungen widerspricht der Neutralitätspflicht des Staates und wird untersagt. Wir unterstützen die wachsende Zahl kommunaler Beschlüsse, die eine klare und würdige hoheitliche Beflaggung einfordern, und werden die landesrechtlichen Grundlagen entsprechend anpassen.

- Entwurf -

Konsequente Gerichtsurteile und Opferschutz

Wir setzen uns dafür ein, dass die Staatsanwaltschaften und Gerichte das Strafrecht konsequent anwenden und dabei jeder Eindruck einer politisch motivierten Gewichtung vermieden wird. Das Sonderrecht für Politikerbeleidigungen ist wieder abzuschaffen. Mit Steuern finanzierte Anschwärzportale, die die Staatsanwaltschaften mit Anzeigen überfrachten, lehnen wir ab.

Wir werden in der Landesjustizministerkonferenz eine bessere länderübergreifende Vernetzung der Staatsanwaltschaften besprechen, um vor allem bei Wiederholungstätern auch über andere laufende Verfahren informiert zu werden. Des Weiteren ist bei ausländischen Straftätern aus der EU das Europäische Strafregisterinformationssystem konsequent zu nutzen, um Informationen über im Heimatland gespeicherte Vorstrafen zu erhalten.

Dem Opferschutz ist ein höherer Stellenwert zuzumessen. Mehrfachvernehmungen sind tunlichst durch eine erleichterte Verwertung früherer Vernehmungen zu erleichtern.

Kindesmissbrauch und Kinderpornografie effektiv bekämpfen

Wir sagen pädophilen Tätern konsequent den Kampf an. Der sexuelle Missbrauch von Kindern und die Verbreitung entsprechenden Materials sind Verbrechen, die wir mit allen rechtsstaatlich zulässigen Mitteln verfolgen werden. Ohne Ausnahme und ohne falsche Rücksichten.

Die anlasslose Vorratsdatenspeicherung lehnen wir grundsätzlich ab. Sie greift in die Grundrechte unbescholtener Bürger ein und ist kein geeignetes Mittel, um den Rechtsstaat zu stärken. Wirksame Strafverfolgung braucht keine Massenüberwachung, sie braucht präzise Instrumente. Das Quick-Freeze-Verfahren ermöglicht die gezielte Sicherung von Verbindungsdaten bei konkretem Tatverdacht auf richterliche Anordnung hin. Es ist verfassungskonform, zielgenau und schützt gleichzeitig die Bürgerrechte. Dieses Instrument wollen wir konsequent stärken. Ergänzend setzen wir auf den Einsatz von KI-gestützter Auswertung sichergestellter Datenmengen, um Ermittler zu entlasten und Täternetzwerke schneller aufzudecken.

Unsere Beamten, die täglich mit diesem psychisch schwer belastenden Material arbeiten, verdienen nicht nur die bestmögliche technische Unterstützung, sondern auch institutionelle Fürsorge. Wir werden Konzepte zur psychologischen Begleitung dieser Einsatzkräfte fördern.

- Entwurf -

Nachbarrechtsgesetz einführen

Mecklenburg-Vorpommern ist neben Hamburg und Bremen das einzige Bundesland, das kein Nachbarrechtsgesetz hat. Die Erfahrungen in den anderen Ländern zeigen, dass Nachbarrechtsgesetze mit ihren klaren Regelungen dazu beitragen, dass Streitigkeiten vermieden oder Kompromisslösungen gefunden werden. In der Gerichtspraxis wird bereits häufig das Nachbarrechtsgesetz aus Schleswig-Holstein entsprechend angewandt. Ein eigenes auf die hiesigen Verhältnisse zugeschnittenes Nachbarrechtsgesetz ist aber die bessere und verlässlichere Lösung.

Beschleunigte Strafverfahren ermöglichen

Wir ermutigen die Staatsanwaltschaften, in einfach gelagerten Fällen von der Möglichkeit des beschleunigten Verfahrens mehr Gebrauch zu machen. Durch die zeitliche Straffung kann der Strafzweck eher erreicht werden. In Jugendsachen soll entsprechend das vereinfachte Verfahren angewandt werden. Hier ist es für die erzieherische Wirkung noch wichtiger, dass das Strafverfahren zeitnahe zu der Verfehlung stattfindet.

Strafmündigkeit auf 12 Jahre absenken

Wir werden in den Bundesrat die Initiative einbringen, die Strafmündigkeit von derzeit 14 auf 12 Jahre abzusenken. Es geht nicht darum, Kinder ins Gefängnis zu stecken. Es geht darum, dass sich die Verhältnisse in Deutschland dramatisch verändert haben und Kinder immer mehr Gewalttaten verüben. Die jetzige Regelung kann zu extrem ungerechten Ergebnissen führen. So in einem Fall aus dem Jahr 2022, wo zwei Jungen im Alter von 13 und 14 Jahren ein 15jähriges Mädchen ermordet haben. Der 14-Jährige wurde zu einer mehrjährigen Jugendstrafe verurteilt, der 13-Jährige konnte unabhängig von seiner Reife nicht zur Verantwortung gezogen werden, obwohl er der Haupttäter war. Es gibt Orte, wo kriminelle Kinder- und Jugendbanden andere Jugendliche terrorisieren. Mit den Mitteln des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, die sich gegen den Willen der Erziehungsberechtigten nur schwer durchsetzen lassen, ist in solchen Fällen wenig anzufangen. Das Jugendstrafrecht wird vom Erziehungsgedanken beherrscht und bietet ganz andere Möglichkeiten. In jedem Fall wird unabhängig vom Alter die Verantwortungsreife des Jugendlichen bzw. Kindes geprüft. Jugendstrafe wird nur verhängt, wenn mildere Maßnahmen nicht ausreichen. Die Absenkung der Strafmündigkeit ist deshalb zum Schutz der Gesellschaft und insbesondere zum Schutz anderer Kinder und Jugendlicher eine bittere Notwendigkeit.

- Entwurf -

Asylaberkennung von Straftätern durch Strafurteil

Dem Missbrauch des Asylrechts durch kriminelle Ausländer und den ewig langen Verwaltungsverfahren, bevor es zu einer Abschiebung kommt, muss ein Riegel vorgeschoben werden. Dies geschieht am besten bereits im Strafverfahren, wo sich das Gericht mit der Persönlichkeit des Betroffenen auseinandersetzen muss. Nach dänischem Vorbild sollte bei erheblichen katalogisierten Straftaten und einer Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr der Aufenthaltstitel automatisch entfallen und die Abschiebung angeordnet und durchgeführt werden, und zwar mit einem dauerhaften Einreiseverbot. Eine solche Regelung liegt nicht nur im Interesse der deutschen Bevölkerung, sondern auch im Interesse der gut integrierten und sich straffrei führenden Migranten, deren Ruf durch die Straffälligkeit migrantischer Intensiv- und Wiederholungstäter leidet.

Freiheitsland MV

Demokratie, Grundwerte und Selbstverantwortung

Demokratie ist kein Ergebnis guter Politik – sie ist ihre Voraussetzung. Wer Familien stärken, Schulen verbessern, Wirtschaft entfesseln und Sicherheit gewährleisten will, braucht dafür eine Gesellschaft, die Bürger ernst nimmt, Macht kontrolliert und Meinungsfreiheit schützt. Eine solche wirklich offene Gesellschaft ist nicht selbstverständlich, sie muss verteidigt, gepflegt und – wo sie von innen ausgehöhlt wird – wiederhergestellt werden.

Wir stehen für eine Demokratie, die ihren Namen verdient, eine, in der das Volk nicht nur alle fünf Jahre wählt, sondern jederzeit mitbestimmen kann. Eine, in der der Staat seine Bürger nicht bevormundet, sondern ihnen vertraut. Eine, in der die Steuergelder nicht dazu missbraucht werden, den politischen Meinungskampf einseitig zu beeinflussen.

Diese Grundüberzeugung ist keine abstrakte Programmatik. Sie ist der Rahmen, in dem alles Folgende zu lesen ist. Starke Familien brauchen einen Staat, der ihre Entscheidungen respektiert. Gute Bildung braucht Freiheit vom ideologischen Zugriff. Eine gesunde Wirtschaft braucht Rechtssicherheit und klare Regeln. Sicherheit braucht einen Rechtsstaat, der seine eigenen Prinzipien ernst nimmt. Heimat braucht eine Gemeinschaft, die zusammenhält – und

- Entwurf -

eine Politik, die nicht spaltet. All das ist nur möglich, wo Demokratie nicht Fassade ist, sondern gelebte Wirklichkeit.

Mecklenburg-Vorpommern soll ein Land sein, in dem Bürger gehört werden.

Direkte Demokratie und Grundrechte

Wir setzen uns für eine starke direkte Demokratie ein, in der das Volk durch verbindliche Volksentscheide über Gesetzesänderungen, große Finanzausgaben sowie Beitritte oder Austritte zu supranationalen Organisationen unmittelbar mitentscheidet. Gemäß der Volkssouveränität (Art. 20 Abs. 2 GG) müssen gewählte Politiker dem Volkswillen dienen; das Volk braucht daher rechtsstaatliche Instrumente, um selbst Gesetze zu initiieren oder korrigierend einzugreifen, wenn Regierungen auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene Grundrechte oder Bürgerinteressen verletzen (Art. 20 Abs. 4 GG). Vorbild ist die Schweiz.

Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid

Wir wollen die direkte Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern durch verringerte Quoren stärken. Sobald 5 % der Wahlberechtigten in der betroffenen Region (Land, Landkreis oder Kommune) für ein Volksbegehren unterschrieben haben, kommt es zum Volksentscheid – mit einer von den Initiatoren formulierten Fragestellung. Ein Volksentscheid ist bei einfachen Gesetzen mit mehr als 50 % Zustimmung, bei Verfassungsänderungen mit mehr als zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erfolgreich. Ein Beteiligungsquorum für Volksentscheide lehnen wir ab, um Boykottversuche durch Nichtteilnahme zu verhindern und den wahren Volkswillen uneingeschränkt zur Geltung zu bringen.

Bürgerbeteiligung vor Ort

Dieselben Grundsätze gelten für die kommunale Ebene. Das Bürgerbegehren nach § 20 der Kommunalverfassung gibt den Einwohnern das Recht, in wichtigen Angelegenheiten ihrer Gemeinde oder ihres Landkreises einen Bürgerentscheid herbeizuführen. Wir wollen das Unterschriftenquorum auf fünf Prozent der Stimmberechtigten senken, die Zulässigkeitsprüfung vor den Beginn der Unterschriftensammlung verlegen und die Gemeinde zu einer verbindlichen Kostenberatung verpflichten. Auch auf kommunaler Ebene lehnen wir ein Zustimmungsquorum ab und wollen die Themenausschlüsse deutlich einschränken, damit das Bürgerbegehren als verlässliches Instrument demokratischer Selbstbestimmung vor Ort wirken kann.

- Entwurf -

NDR-Staatsvertrag und Medienstaatsvertrag kündigen – Grundfunk einführen

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in seiner heutigen Form ist zu teuer, zu aufgebläht und zu weit von seinem ursprünglichen Auftrag entfernt. Mit einem Jahresbudget von über acht Milliarden Euro leistet sich Deutschland das teuerste öffentlich-rechtliche Rundfunksystem der Welt, ohne dass die Qualität der Information dem Aufwand entspricht. Wir werden den NDR-Staatsvertrag sowie den Medienstaatsvertrag kündigen und uns für einen grundlegenden Umbau des Systems einsetzen. Weg vom zwangsfinanzierten Vollprogramm, hin zu einem schlanken Grundfunk, der sich auf objektive Information, Bildung, Kultur und regionale Berichterstattung beschränkt. Der Rundfunkbeitrag wird abgeschafft. Aktive Politiker im Rundfunkrat wie derzeit unter der Regierung Schwesig werden wir nicht mehr zulassen. Was der Grundfunk nicht mehr benötigt, wird in einen Abwicklungsfonds überführt, der Pensionslasten und den sozialverträglichen Personalabbau finanziert.

Kein Steuergeld für parteilichen Meinungskampf

Die Altparteien fördern seit Jahrzehnten unter Schlagworten wie Demokratie und Toleranz ein Milieu linker Vereine und Initiativen. Mit Millionen an Steuergeld im Rücken greift dieses Milieu massiv in den öffentlichen Meinungskampf ein, linke Ideen werden propagiert, nichtlinke, regierungs- oder migrationskritische Standpunkte hingegen angegriffen und verächtlich gemacht. Besonders perfide ist dabei die Gleichsetzung von nahezu jeder Art von Regierungs- und Migrationskritik mit Demokratiefeindlichkeit und Rassismus.

Wir beenden jede finanzielle Förderung des Landes für diese linksradikalen Netzwerke. Wo dessen Handeln die Schwelle der Strafbarkeit überschreitet, werden wir mit der vollen Härte des Rechtsstaates dagegen vorgehen.

Demokratieklausel einführen und politische Neutralität einfordern

Steuergelder dürfen ausschließlich an Organisationen fließen, die sich strikt politisch neutral verhalten und zweifelsfrei auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen. Wir führen eine Demokratieklausel als verbindliche Voraussetzung für jede Landesförderung ein. Jeder Zuwendungsempfänger muss sich schriftlich zur Verfassungstreue und politischen Neutralität verpflichten. Die Finanzierung von Vorfeldorganisationen politischer Parteien, asylpolitischen Lobbygruppen oder die Unterstützung extremistischer Strukturen durch Landesmittel wird unverzüglich beendet.

- Entwurf -

Ordnungsland MV

Migration steuern, Zusammenhalt bewahren

Die Identität unseres Volkes ist ein Schutzgut des Grundgesetzes. Der Vertrag der Europäischen Union zielt darauf, die Vielfalt der Kulturen und Traditionen der Völker Europas zu wahren. Vor diesem Hintergrund streiten wir für den Erhalt der nationalen und regionalen Identität der Bürger Mecklenburg-Vorpommerns.

Die rot-rote Landesregierung hat eine Migrationspolitik betrieben, die den artikulierten Willen unserer Bürger komplett ignorierte. Die Menschen in unserem Land mussten eine stark wachsende Ausländerkriminalität, die mangelhafte Durchsetzung des geltenden Rechts sowie eine immense Belastung des Sozialstaats erdulden. Dieses volksferne Auftreten von SPD und Linke werden wir beenden.

Eine zeitgemäße Hilfe für echte Flüchtlinge toleriert nicht das menschenfeindliche Geschäft von Schleppern, sondern orientiert sich an individueller Not. Jeder Euro, der für humanitäre Hilfe nahe den Konfliktregionen ausgegeben wird, hilft bis zu hundert Mal effektiver als Ausgaben im Inland. Mittel für Kriminelle, Integrationsverweigerer und Wirtschaftsmigranten sind Fehlanreize zur illegalen Migration und schaden denjenigen, die echten Schutz benötigen.

In Regierungsverantwortung werden wir eine Migrationspolitik vorantreiben, die den Schutz unserer Heimat als primäre Aufgabe versteht. Bürgerinteressen ernst nehmen, kommunale Mitbestimmung ermöglichen und vorhandene Probleme konsequent lösen. Unsere Migrationswende verspricht Zukunft statt Identitätsverlust.

Illegale Migration stoppen: Aufnahmestopp als Ultima Ratio für MV

Die schwarz-rote Bundesregierung hat die illegale Migration nach Deutschland entgegen vollmundiger Ankündigungen nicht gestoppt. Die Systemkrise, die ursächlich auf europäischer und nationaler Ebene zu verantworten ist, setzt sich fort. In Regierungsverantwortung werden wir alle rechtlichen und politischen Mittel ausschöpfen, um den Bund für einen echten Grenzschutz in die Pflicht zu nehmen. Hierzu gehört explizit die Option, einen landesweiten Aufnahmestopp zum Schutze unserer Bürger auszurufen.

- Entwurf -

Grenz- und Rückführungspolizei

Wir werden illegale Migration, Schleuserkriminalität und grenzüberschreitende Eigentums- und Drogendelikte wirksam bekämpfen. Dazu werden wir auf den vorhandenen gemeinsamen Diensteinheiten von Landespolizei, Bundespolizei und Zoll sowie den deutsch-polnischen Polizeistreifen aufbauen. Ziel ist eine eigene Grenz- und Rückführungspolizei innerhalb der Landespolizei mit entsprechenden Kompetenzen und Ressourcen.

Polizeiliche Taskforce gegen ausländische Straftäter

Die Zahl der schweren Straftaten durch nichtdeutsche Täter ist in den vergangenen Jahren stark angestiegen. Dieses entsetzliche Leid, dass auf unseren Straßen von Rot-Rot zugelassen wurde, muss durch maximale Härte des Rechtsstaates bekämpft werden. Für die Sicherheit unserer Bürger gründen wir eine polizeiliche Task-Force gegen ausländische Straftäter, die in Zusammenarbeit mit anderen Behörden schnell repressive, präventive und ausländerrechtliche Maßnahmen auf den Weg bringen wird.

Flüchtlingsaufnahmegesetz: kommunale Mitbestimmung ermöglichen

Egal ob in Upahl, Dabel oder Ziesendorf, immer wieder wurden kritische Bürger und kommunale Mandatsträger in der Migrationskrise vor vollendete Tatsachen gestellt. In Regierungsverantwortung werden wir umgehend mögliche Änderungen des Flüchtlingsaufnahmegesetzes prüfen. Das herrschende Asylrecht ist ein Leistungsrecht, dessen gesellschaftliche Realitäten von den Kommunen getragen und im Zweifel ausgebadet werden müssen. Wir wollen den Kommunen in unserem Land zukünftig echte Mitsprache bei der Unterbringung von Asylbewerbern ermöglichen.

Rückbau der kommunalen Unterbringungsstruktur für Asylbewerber

Die Unterbringung von Asylbewerbern in Mecklenburg-Vorpommern hat in den vergangenen Jahren sehr hohe Kosten verursacht. Dieses Geld fehlt vielfach bei der Modernisierung kommunaler Infrastruktur und notwendigen Investitionen für die Zukunft unserer Bürger. In Regierungsverantwortung wollen wir die vorhandene Unterbringungsstruktur für Asylbewerber schnellstmöglich zurückbauen und dadurch umfassend Kosten einsparen.

Wir streben die Unterbringung in wenigen großen Unterkünften an. Dort werden Betreuung und Sicherheit sowie der Zugriff der Ausländerbehörden optimal gewährleistet. Gleichzeitig

- Entwurf -

halten wir die Belastungen für die deutsche Nachbarschaft etwa durch Infrastrukturmaßnahmen und erhöhte Polizeipräsenz gering.

Landeseigene Ausreiseeinrichtung zur Durchsetzung des Rechts

Ausreisepflichtige werden wir in gesonderten Ausreiseeinrichtungen unterbringen. Kriminelle und gewaltauffällige Asylbewerber und Ausreisepflichtige bringen wir bis zu ihrer Abschiebung zum Schutz der Bürger außerhalb von Ortschaften unter.
In Ausreiseeinrichtungen sollen Anreize für eine freiwillige Rückkehr geschaffen werden. Insbesondere befriedete Regionen haben ein großes Interesse daran, dass ausgewanderte Leistungsträger heimkehren und sich am für die Zukunft so wichtigen Wiederaufbau beteiligen. Jede freiwillige Rückkehr erspart unseren Steuerzahlern teure Zwangsabschiebungen.

Landeseigene Abschiebungshaft für mehr Rückführungen

Mecklenburg-Vorpommern braucht eine eigene Abschiebungshafteinrichtung. Die sehr hohen Zahlen bei gescheiterten Abschiebungen in den letzten Jahren haben eine konsequente Durchsetzung des Rechts verhindert. Das Land hat versäumt, eigene Kapazitäten aufzubauen. Bis zur Aktivierung einer Abschiebungshaft sollen Ausreisepflichtige auch in Justizvollzugsanstalten separat untergebracht werden. Zum Schutz unserer Bürger werden wir die elektronische Fußfessel für gefährliche Ausreisepflichtige einführen. Wer sich nicht an unsere Regeln hält, wird die Härte des Rechtsstaates spüren.

Sachleistungsprinzip maximal umsetzen

Zur Förderung der freiwilligen Ausreise und zur Durchsetzung des Rechts werden wir gegenüber Personen, die keinen Anspruch auf Aufenthalt in Mecklenburg-Vorpommern haben, das Sachleistungsprinzip maximal umsetzen. In den zu schaffenden Ausreiseeinrichtungen des Landes sollen zukünftig keinerlei Geldleistungen mehr ausgegeben werden. Zukünftig gilt stattdessen das „Bett-Brot-Seife-Prinzip“ für Asylbewerber und Ausreisepflichtige.

Missbrauch der Bezahlkarte beenden

Den Missbrauch der Bezahlkarte durch meist linksradikale Akteure werden wir konsequent beenden. Hierfür fordern wir auf Bundesebene die Ermöglichung strafrechtlicher Verfolgung

- Entwurf -

von Betrugsaktivitäten und werden zugleich die Gemeinnützigkeit von Vereinen wie „Greifswald hilft“ überprüfen lassen und deren Tätigkeiten hinterfragen.

Syrische Flüchtlinge: Remigration auf den Weg bringen

Fast eine Million Syrer sind bereits aus syrischen Nachbarstaaten in ihre Heimat zurückgekehrt. Aufgrund der neuen Situation, die Rückkehrvereinbarungen mit der neuen Regierung in Damaskus ermöglicht, fordern wir umfassende Widerrufs- und Rücknahmeverfahren gegen die erteilten Schutztitel von syrischen Flüchtlingen in Mecklenburg-Vorpommern. Es entspricht dem geltenden Recht, dass im Falle neuer Verhältnisse im Heimatland der temporär gewährte Flüchtlingsschutz in Deutschland aufgehoben wird. Wir wollen die Remigration syrischer Bürger über das Land aktiv vorbereiten. Die Rückführung von Straftätern und Gefährdern aus Syrien muss unabhängig davon schnellstmöglich erzwungen werden.

Neue Perspektiven schaffen

Ein Flüchtlingsstatus darf nicht automatisch einen Daueraufenthalt ermöglichen. Wo Frieden herrscht, sieht unser Asylrecht die Rückkehr von einstigen Flüchtlingen vor. Die Zeit eines fluchtbedingten Aufenthaltes ist verstärkt dafür zu nutzen, berufliche Kompetenzen für den späteren Wiederaufbau in der Heimatregion zu erwerben. Sich in Mecklenburg-Vorpommern aufhaltenden Flüchtlingen sind verstärkt Arbeitsmöglichkeiten für ein gesteigertes Gemeinwohl einzurichten.

Unbegleitete minderjährige Ausländer

Bisher werden unbegleitete minderjährige Ausländer regelmäßig in Einrichtungen der Jugendhilfe untergebracht. Wir streben die regelmäßige Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen männlichen Asylbewerbern ab 16 Jahren in Gemeinschaftsunterkünften an. Sie sollen dort in separaten Bereichen und mit Betreuung untergebracht werden. Dadurch entlasten wir die Einrichtungen der Jugendhilfe. Wir setzen uns für eine generelle Altersfeststellung von angeblich minderjährigen unbegleiteten Ausländern mit zugelassenen Methoden ein.

Sozialsysteme gegen falsche Einwanderung schützen

Unser Sozialstaat braucht den Nationalstaat als identitätspolitisches Ordnungsgebilde. In unserem Bundesland profitieren im Vergleich zur deutschen Bevölkerung deutlich

- Entwurf -

überproportional viele Menschen aus den Asylhauptherkunftsländern und aus der Ukraine von der sozialen Sicherung. Ziel unserer Regierungspolitik ist es, diesen Zustand konsequent anzugehen. Hierzu fordern wir die grundsätzliche Aussetzung des Familiennachzugs, konsequente Überprüfungen von ukrainischen Leistungsbeziehern sowie die Rückführung aller Flüchtlinge, deren Schutzanspruch erlischt.

Fehlanreize illegaler Migration beenden: Sachleistungen und kommunale Arbeitspflicht für Asylbewerber

Zur Beendigung falscher finanzieller Migrationsanreize fordern wir die maximale Ausweitung des Sachleistungsprinzips, eine unentgeltliche Beschäftigung von Asylsuchenden in kommunalen Gemeinschaftsunterkünften sowie möglichst eine Familienzusammenführung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern in sicheren Drittstaaten. Asylsuchende sind zudem durch eine Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes auf Bundesebene an der Finanzierung ihrer Versorgung zu beteiligen.

Fehlanreize bei Kindergeldzahlungen ins Ausland beseitigen

Unser Kindergeld wird als Familienleistung auch für im Ausland lebende Kinder gezahlt. In Deutschland ansässige EU-Bürger erhalten für ihre in einem anderen EU-Mitgliedsstaat wohnenden Kinder Gelder in gleicher Höhe wie für in Deutschland lebende Kinder. Dies ist ein Fehlanreiz zur Einwanderung in unser Sozialsystem. Deshalb wird es mit uns auf Bundesebene den Anstoß geben, dass für im Ausland lebende Kinder nur der dort übliche Betrag gezahlt wird.

Anreize zur freiwilligen Rückkehr stärken

Mecklenburg-Vorpommern sollte weitere Anreize für eine freiwillige Rückkehr schaffen. Insbesondere befriedete Regionen haben ein großes Interesse daran, dass ausgewanderte Leistungsträger heimkehren und sich am Wiederaufbau beteiligen. Jede freiwillige Rückkehr erspart unseren Steuerzahlern teure Zwangsabschiebungen.

Schutz der deutschen Identität

Die rote-rote Landesregierung arbeitet in Mecklenburg-Vorpommern systematisch darauf hin, die deutsch geprägte Gesellschaft durch eine multikulturelle Gesellschaft zu ersetzen. Per

- Entwurf -

Gesetz hat sie Quasi-Migrantenquoten für Verwaltung und Gremien geschaffen. Sie installiert Migrantenbeiräte, um Migranten- und Asyllobby mehr Macht zu geben. Unter dem Schlagwort „Interkulturelle Kompetenz“ betreibt sie eine promigrantische Indoktrination der Verwaltung. Wir machen dem ein Ende. Wir verteidigen das Recht jedes Deutschen, nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt zu haben. Einwanderer, die legal nach Deutschland kommen, ihren Lebensunterhalt ehrlich verdienen und sich in die deutschen Lebensverhältnisse einordnen, unterstützen wir darin. Das einseitig migrationsbegeisterte Integrations- und Teilhabegesetz des Landes ersetzen wir durch ein Migrationsordnungsgesetz, das die Interessen der Deutschen in den Mittelpunkt stellt.

Lobbygruppen wie dem Flüchtlingsrat MV, die Sonderrechte für Einwanderer zulasten der deutschen Mehrheitsgesellschaft wollen, treten wir entgegen. Wir beenden die finanzielle Förderung solcher Gruppen durch das Land. Das einseitig migrationsbegeisterte Integrations- und Teilhabegesetz des Landes werden wir durch ein an den Interessen unserer Bürger ausgerichtetes Gesetz ersetzen.

Der Islam in Mecklenburg-Vorpommern

Eine erhebliche Zahl der durch die Migrationskrise nach Mecklenburg-Vorpommern gelangten Menschen sind gläubige Muslime. Wir erkennen die in Artikel 4 des Grundgesetzes verbrieften Religionsfreiheiten muslimischer Staatsbürger an, ohne die gesellschaftspolitischen Folgen einer seit Jahren andauernden muslimischen Einwanderung beiseitezuschieben. Der Islam ist keine säkular verfasste Religionsgemeinschaft. Daraus folgt für uns, dass umfassende Maßnahmen zur strikten Begrenzung und Reduzierung muslimischer Migration in Mecklenburg-Vorpommern notwendig sind.

Gleichzeitig erwarten wir von in MV tätigen Islamverbänden aktive Mitverantwortung für die öffentliche Sicherheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir werden diese Verbände verbindlich dazu verpflichten, eigene Meldestellen und geeignete Einrichtungen vorzuhalten, die radikale und extremistische Tendenzen sowie entsprechende Personen in ihrem Umfeld erfassen und melden. Wer Teil unserer Gesellschaft sein will, muss auch bereit sein, zu ihrer Stabilität beizutragen. Das gilt

- Entwurf -

Zukunftsland MV

Solide Finanzen, starke Investitionen

Solide Staatsfinanzen sind keine technische Frage, sondern eine Frage politischer Redlichkeit. Mecklenburg-Vorpommern steht vor einer Haushaltslage, die jahrelang beschönigt wurde und nun entschlossenes Handeln verlangt. Wer Verantwortung für kommende Generationen trägt, darf finanzielle Risiken nicht länger verschweigen.

Wir werden die wahre Lage des Landes offenlegen, die Ausgaben konsequent an der Realität ausrichten und den Staat auf seine Kernaufgaben zurückführen. Doppelstrukturen, überflüssige Beauftragtenposten und zweckgebundene Förderprogramme, die mehr Verwaltung erzeugen als Wirkung, werden wir konsequent abbauen. Ein schlanker, dienstleistungsorientierter Staat ist kein Sparmodell, sondern Ausdruck von Respekt gegenüber dem Steuerzahler.

Gleichzeitig entlasten wir Bürger und Unternehmen durch niedrigere Steuern und den Abbau bürokratischer Fesseln, denn Leistung muss sich wieder lohnen. Starke Kommunen erhalten mehr Eigenverantwortung und verlässliche Finanzierung statt bevormundender Förderprogramme. Ehrliche Zahlen, klare Verantwortung und ein Staat, der seinen Bürgern dient, statt sich selbst zu verwalten, sind die Grundlage für ein zukunftsfähiges Mecklenburg-Vorpommern.

Steuer- und Abgabenlast senken – Arbeit muss sich wieder lohnen

Deutschland gehört zu den Ländern mit der höchsten Steuer- und Abgabenbelastung weltweit. Wer Vollzeit arbeitet, muss am Ende des Monats deutlich mehr in der Tasche haben als jemand, der nicht arbeitet. Dieser Grundsatz klingt selbstverständlich, ist in Deutschland aber längst keine Selbstverständlichkeit mehr.

Wir setzen uns auf Bundesebene für eine spürbare Entlastung ein. Dazu gehören eine deutliche Anhebung des Grundfreibetrags, die Abschaffung der kalten Progression und eine grundlegende Reform der Sozialabgaben mit dem Ziel, den Gesamtbeitragssatz dauerhaft zu senken. Hohe Lohnnebenkosten verteuern Arbeit und setzen Anreize zur Verlagerung von Unternehmen ins Ausland. Eine strukturelle Senkung der Sozialbeiträge erhält und schafft Arbeitsplätze.

- Entwurf -

Absenkung der Grunderwerbsteuer

Mecklenburg-Vorpommern erhebt mit sechs Prozent eine der höchsten Grunderwerbsteuersätze in Deutschland. Das ist eine unsoziale Hürde für jeden, der sich ein Eigenheim bauen will. Wir werden die Grunderwerbsteuer zum nächstmöglichen Zeitpunkt um 0,5 Prozentpunkte auf 5,5 Prozent senken und ein Jahr später um einen weiteren halben Prozentpunkt, mit dem Ziel einer weiteren schrittweisen Absenkung in den Folgejahren. Die Senkung entlastet auch Selbständige und Unternehmen, deren Kosten bei Neuansiedlung oder Standorterweiterung sinken.

Rettung aus der Landesschuldenkrise

Unser Land steht vor einer finanziellen Bewährungsprobe, die es seit der Wende nicht gegeben hat. Die Einnahmen sinken aufgrund des Bevölkerungsrückganges, die Ausgaben aber steigen und steigen. Ab 2028 klafft ein Defizit von einer Milliarde Euro in unserem Landeshaushalt, Ergebnis der unsoliden Haushaltspolitik der Schwesig-Regierung. Fast jeder zehnte Euro der geplanten Ausgaben von Rot-Rot steht gar nicht zur Verfügung. Wir werden die Konsolidierung der Staatsfinanzen entschlossen angehen. Ziele sind ein ausgeglichener Haushalt, mehr Transparenz und eine Konzentration auf staatliche Kernaufgaben.

Die Verwaltung und der Staat sind die Dienstleister des Steuerzahlers. Daher werden Steuergelder mit Respekt und Verantwortungsbewusstsein behandelt. Der Staat soll schlanker werden, die Verwaltungsausgaben müssen sinken. Die jetzige Form der Steuergeldverschwendung werden wir entschieden bekämpfen. Ein neu geschaffener Anti-Korruptionsbeauftragter wird Regierung, Abgeordnete und Verwaltung kontrollieren.

Nicht nur bei den Sachausgaben werden wir sparen müssen. Als Zeichen der Glaubwürdigkeit werden die Gehälter und Privilegien der Minister und Abgeordneten für die Dauer der Haushaltsunterdeckung reduziert. Die neue Landesregierung wird Ministerien zusammenlegen und somit Kosten reduzieren.

Kassensturz und Nachtragshaushalt

In den ersten hundert Tagen einer von uns geführten Landesregierung werden wir einen umfassenden Kassensturz vornehmen und die tatsächliche Haushaltslage des Landes offenlegen. Die bisherigen Regierungen haben finanzielle Risiken systematisch verschleiert. Damit ist Schluss. Auf Grundlage dieser Bestandsaufnahme legen wir einen bereinigten

- Entwurf -

Nachtragshaushalt vor, der die Ausgaben an der Realität ausrichtet, nicht an Wunschdenken. Unsinnige Förderprogramme werden wir so schnell wie rechtlich möglich beenden.

Generalinventur der Verwaltung

Wir werden eine umfassende Aufgabenkritik in allen Ministerien und nachgeordneten Behörden durchführen. Jede Verwaltungseinheit muss einen konkreten Nutzen für die Bürger nachweisen. Doppelstrukturen, behördeninterne Selbstbeschäftigung und überflüssige Beauftragtenposten werden ersatzlos gestrichen. Durch die Nicht-Nachbesetzung freiwerdender Verwaltungsstellen und den Abbau bürokratischer Überregulierung schaffen wir einen schlanken dienstleistungsorientierten Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert: Sicherheit, Bildung, Infrastruktur und Daseinsvorsorge.

Ehrliche Zahlen und klare Verantwortung

Um das Land nicht weiter auf Verschleiß zu fahren, ist die wahre finanzielle Lage des Landes offenzulegen. Prognostizierbare Pensionslasten und Investitionsstaus dürfen nicht länger verschwiegen werden. Deshalb wird der Landeshaushalt künftig diese finanziellen Risiken abbilden, wie es für Kommunen bereits vorgeschrieben ist. Das Land wird mit gutem Beispiel vorangehen. Der bestehende Pensionsfonds des Landes muss bei seinen Wertpapieren sicher, aber unideologisch nach Rendite bewirtschaftet werden, um die kommenden Aufwendungen für die Pensionäre stemmen zu können.

Wir bekennen uns zur Landesschuldenbremse und lehnen neue Schulden über Umwege wie die sogenannte „Strukturkomponente“ (Landesschulden über das Grundgesetz) entschieden ab. Haushaltsdisziplin ist kein Selbstzweck, sondern Ausdruck von Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen.

Mit einem klaren Haushaltssicherungskonzept werden wir die Fehler der Vergangenheit aufarbeiten und das Land Schritt für Schritt auf eine solide finanzielle Grundlage stellen.

Bürokratieabbau, Steuersenkungen und Freiheit

Unternehmer, Handwerker und Selbstständige sollen wieder frei und eigenverantwortlich handeln können. Durch den entschlossenen Abbau überflüssiger Landesverordnungen und Gebühren schaffen wir neue Freiräume für Wirtschaft und Innovation. Leistung soll sich wieder lohnen. Die Nicht-Nachbesetzung von Verwaltungsstellen hält Fachkräfte für die freie Wirtschaft verfügbar und hilft gleichzeitig, das Haushaltsdefizit zu reduzieren.

- Entwurf -

Bürgerservice: Einfach, effizient und fair

Alle Steuerpflichtigen sollen künftig eine vorausgefüllte Steuererklärung erhalten, das spart Zeit und Geld. Die Finanzämter konzentrieren wir auf große Betriebe und Vermögende, nicht auf kleine Einkommen.

Das Landesförderinstitut in seiner jetzigen Form ist nicht zukunftstauglich und zu stark von der Nord/LB abhängig. Wir ersetzen es durch eine zentrale, digitalisierte Landesförderbank, die Darlehen, Zuschüsse, Bürgschaften, Beteiligungen, Unternehmensgründungen und Nachfolgeplanungen aus einer Hand bearbeitet. Die rund 250 bestehenden Förderprogramme werden gestrafft. Fördermittel fließen zielgerichtet in die regionale Wertschöpfung und die Entwicklung unseres Landes.

Die Digitalisierung aller behördlichen Zugänge erleichtert Bürgern und Unternehmen den Kontakt mit der Verwaltung und ersetzt kostenintensive analoge Strukturen. Wir werden zeigen, dass Regieren auch anders geht, strukturiert, fair und im Sinne der Bürger.

Starke Kommunen – gelebte Heimat

Heimat entsteht dort, wo Menschen in den Städten, Gemeinden und Landkreisen unseres Landes ihren Alltag gestalten. Wer sich in seinem Ort geborgen fühlt, wer Nachbarn kennt und Verantwortung trägt, erlebt Gemeinschaft nicht als Abstraktion, sondern als gelebte Wirklichkeit. Starke Kommunen sind deshalb die Grundlage eines gelingenden Gemeinwesens, und ihr Stärken ist unser politischer Auftrag.

Kommunale Selbstverwaltung bedeutet mehr als Verwaltung. Sie bedeutet Vertrauen in die Menschen vor Ort. Wir wollen, dass Städte und Gemeinden selbst entscheiden können, was sie brauchen. Ohne Bevormundung durch zweckgebundene Förderprogramme, die Verwaltungsaufwand erzeugen und lokale Gestaltungskraft einengen. Deshalb stellen wir Finanzmittel vorrangig über den allgemeinen kommunalen Finanzausgleich, insbesondere die Infrastrukturpauschale, bereit. Die Bürger vor Ort wissen am besten, was ihrem Ort guttut.

Verlässlichkeit ist dabei keine Kür, sondern Pflicht. Wer Aufgaben bestellt, muss sie auch bezahlen. Das ist das Konnexitätsprinzip, und wir nehmen es ernst. Überträgt das Land oder der Bund den Kommunen neue Pflichten oder höhere Standards, gleicht es die entstehenden Kosten vollständig aus. Wer Kommunen in die Pflicht nimmt, darf sie nicht mit den Kosten allein lassen. Auch im Bundesrat setzen wir uns dafür ein und verweigern unsere Zustimmung zu Bundesgesetzen, die Kommunen belasten, ohne für angemessenen Ausgleich zu sorgen.

- Entwurf -

Bargeldfreundliches Mecklenburg-Vorpommern

Die Digitalisierung der Verwaltung darf weder zur Diskriminierung von Barzahlern noch zur Benachteiligung moderner, bargeldloser Zahlungsmethoden führen. Mecklenburg-Vorpommern soll als „bargeldfreundliches Land“ eine Vorreiterrolle einnehmen, in dem Bürger frei zwischen Bargeld und Kartenzahlung wählen können. Dazu wird auch im Sparkassengesetz geregelt, dass ein flächendeckendes Maß an sicheren Automaten unserer öffentlich-rechtlichen Sparkassen garantiert ist. Unser Ziel ist ein ausgewogenes Nebeneinander beider Zahlungsformen, das sowohl den Gebrauch von Bargeld als auch die technologische Weiterentwicklung gewährleistet.

Gesundheitsland MV

Erstklassige Versorgung für alle Bürger

Gesundheit, Pflege und soziale Sicherheit sind für uns alle von größter Bedeutung. Kann man auch im Alter würdevoll leben, findet man auf dem Land einen Arzt, bekommt meine Familie in einer Krise Unterstützung – diese Fragen spielen für jeden Bürger eine existentielle Rolle. In Mecklenburg-Vorpommern klafft zwischen dem Wunsch nach sozialer Sicherheit und der Realität eine wachsende Lücke.

Der Ärztemangel im ländlichen Raum ist real, auch wenn offizielle Statistiken ihn kleinrechnen. Krankenhäuser werden geschlossen, Kinder- und Geburtsstationen verschwinden aus der Fläche. Pflegekräfte arbeiten am Limit, während Dokumentationspflichten wertvolle Zeit fressen. Rentner landen, obwohl sie ein Leben lang gearbeitet haben, in der Grundsicherung. Und das Ehrenamt, das all die Lücken jeden Tag still auffüllt, wird vom Staat mehr mit Formularen als mit Anerkennung bedacht.

Wir stehen für eine Gesundheits- und Sozialpolitik, die Eigenverantwortung stärkt, ohne die Schwächeren allein zu lassen. Die Strukturen flexibel denkt, statt an veralteten Modellen festzuhalten. Und die denjenigen den Rücken stärkt, die täglich Verantwortung für andere übernehmen – in der Praxis, im Pflegeheim, in der Freiwilligen Feuerwehr und im Sportverein.

- Entwurf -

Gesundheitspolitisches Leitbild für MV

Die hochwertige gesundheitliche und pflegerische Versorgung der Bevölkerung, auch in der Fläche, ist Daseinsvorsorge und daher eine der primären Aufgaben einer Landesregierung. Das Leitbild ist eine Gesundheitspolitik, die Eigenverantwortung und Solidarität miteinander verbindet, den Wettbewerb fördert und den Schutz der Schwächeren sicherstellt.

Die landespolitischen Zuständigkeiten in der Gesundheitspolitik sind zwar begrenzt, z.B. auf die Umsetzung und Ausgestaltung von Bundesgesetzen, die Krankenhausplanung und -aufsicht, die Gewährleistung des öffentlichen Gesundheitsdienstes sowie auf Prävention und Gesundheitsförderung. Dennoch entsteht mit diesen Kompetenzen auch landespolitisch Gestaltungsraum.

Aber nicht nur dadurch kann eine Landesregierung eine hochwertige und flächendeckende haus- und fachärztliche Versorgung in den Praxen und in den Krankenhäusern befördern.

Es gibt auch die Fürsorgepflicht gegenüber den Beschäftigten im Gesundheitswesen und deren Forderung nach stärkerer Patientenausrichtung ihrer Tätigkeiten. Das erfordert einen wirklichen Abbau der Kontrollbürokratie und des Dokumentationswahns.

Hierzu werden wir freiheitlich orientierte Steuerungsmechanismen an den strategischen Notwendigkeiten und dem Versorgungsbedarf der Patienten ausrichten. Wir werden das von hoher Eigenverantwortlichkeit geprägte ärztliche Handeln vor Einflussnahme durch Dritte schützen.

Gleichzeitig befürworten wir eine Stärkung der Patientenrechte, nicht zuletzt durch Verdeutlichung der Garantenstellung des medizinischen Personals.

Aufarbeitung der Coronamaßnahmen in MV

Wir werden die Coronazeit und die Coronamaßnahmen in einem Untersuchungsausschuss aufarbeiten. Bisher hat sich die Regierung lediglich selbst beurteilt. Wir brauchen aber eine neutrale, unvoreingenommene Bewertung der Maßnahmen aus der Coronazeit. Das erfordert auch die Berücksichtigung der Erkenntnisse aus den inzwischen veröffentlichten RKI-Protokollen und sonstiger Daten und Fakten, die inzwischen das Licht der Öffentlichkeit erreichten. Nur so kann sichergestellt werden, dass Fehler der Coronazeit bei zukünftigen epidemiologischen Vorkommnissen vermieden werden können.

- Entwurf -

Neue Versorgungsmodelle — Strukturen flexibel denken

Den verantwortlichen Akteuren vor Ort werden wir gesetzliche und finanzielle Spielräume einräumen, die regional zugeschnittene Versorgung und kreative Lösungen ermöglichen, darunter Regionalbudgets und die weitere Aufhebung der strikten Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung. Sektorenübergreifende Einrichtungen können Versorgungslücken schließen. Etwa durch gebündelte ambulante Angebote, wohnortnahe Behandlung, Verhinderungspflege und ambulantes Operieren. Wir werden gesetzgeberische Freiräume schaffen für kommunale Trägerschaften von Arztpraxen, für Notfallpraxen mit ärztlichem Bereitschaftsdienst, für mobile Versorgung abgelegener Dörfer sowie für den Ausbau vorärztlicher Betreuung durch Gemeindeschwestern und weiteres nichtärztliches Personal. Gemeinwohlorientierte Ansätze fördern wir, Trägervielfalt stärken wir. Versorgungsmodellen aber, bei denen betriebswirtschaftliche Zielvorgaben die medizinischen verdrängen, wirken wir entschieden entgegen.

KI im Gesundheitswesen — Werkzeug, kein Ersatz

KI kann qualitativ hochwertige Versorgung auch in strukturschwachen Regionen sicherstellen, technische und administrative Prozesse übernehmen und damit wertvolle Personalressourcen freisetzen. Das Leistungsspektrum zwischen Ärzteschaft und nichtärztlichen Leistungserbringern wie Apothekern, Pflege- und Rettungskräften wird sich neu organisieren und den Ärztemangel teilweise kompensieren. Wir werden Rahmenbedingungen schaffen, die Vertrauen in neue Technologien ermöglichen, ohne erzwungenen Anpassungsdruck. KI ist Werkzeug des Menschen, kein Ersatz. Das menschliche Ethos in der Behandlung bleibt unverhandelbar.

Telemedizin und Datenschutz — vernetzt, aber sicher

Telemedizinische Netzwerke zwischen Versorgungseinrichtungen werden wir als festen Bestandteil der Regelversorgung anerkennen und auch für die direkte Patient-Arzt-Kommunikation öffnen. Anonyme Internetärzte zu Lasten der Krankenversicherungen lehnen wir ab. Medizinische Behandlungsdaten genießen höchsten Schutz, deshalb wollen wir keine zentrale Datenbank mit Anbindung von Kliniken, Praxen und Apotheken. Wir befürworten hingegen die Speicherung eines Notfalldatensatzes direkt auf der Krankenversicherungskarte: Medikamentenplan, Patientenverfügung und auf Wunsch die Bereitschaft zur Organspende.

- Entwurf -

Wohnortnahe und flächendeckende Krankenhausversorgung

Krankenhäuser sind ein zentraler Teil der Daseinsvorsorge. Bei der Krankenhausreform des Bundes haben wir Bedenken, dass diese zu finanziellen Mehrbelastungen und zu einem Kliniksterben in der Fläche führt. Das werden wir nicht zulassen.

Die klinische Basisversorgung ist unerlässlich, um die Bevölkerung mit den wichtigsten Krankenhausleistungen versorgen zu können. Hierzu gehören neben intensivmedizinischen Abteilungen auch Kinder- und Geburtenstationen.

Die Landes- und Bundesregierung haben dagegen die Axt an die medizinische Versorgung unserer Kleinsten gelegt. Die Schließung der Kinder- und Geburtenstationen in Wolgast, Bergen und Crivitz steht exemplarisch für eine familien- und kinderunfreundliche Politik.

Regionale Grundversorgung, Notaufnahmen und Geburtshilfestationen werden wir daher durch individuelle Budget-Vereinbarungen flächendeckend absichern.

Der Erhalt und Entwicklung von hochmodernen Spezialkrankenhäusern, voran die beiden großen Universitätskliniken in Mecklenburg-Vorpommern, gewährleisten ergänzend die über die Grund- und Regelversorgung hinausgehende Behandlung der Bürger.

Gleichzeitig ist es unerlässlich, dass die im Zuge der Krankenhausreform vorgesehenen Leistungsgruppen auch vollständig an den Universitätskliniken und deren Kooperationspartnern des Landes vorgehalten werden. Nur so können diese Einrichtungen ihrer Verantwortung als erstklassige Ausbildungs- und Weiterbildungsinstitutionen gerecht werden und gewährleisten, dass sämtliche Ausbildungsinhalte in Mecklenburg-Vorpommern vermittelt werden können. Forschung, Lehre und Spitzenmedizin dürfen durch die Krankenhausreform nicht geschwächt, sondern müssen gezielt gestärkt werden.

Ambulante medizinische Versorgung

Der Ärztemangel trifft strukturschwache, ländliche Regionen besonders hart und dies, obwohl nach den Richtlinien der Kassenärztlichen Vereinigungen keine einzige Region in Mecklenburg-Vorpommern offiziell als unterversorgt gilt. Wir werden diese Bewertungsrichtlinien überarbeiten lassen und die Monopolstellung der Kassenärztlichen Vereinigungen grundsätzlich hinterfragen. Warum etwa darf ein Hausarzt mit Facharztqualifikation keine fachärztlichen Leistungen anbieten und abrechnen? Solche Blockaden gehören beseitigt.

Junge Mediziner scheuen die selbstständige Niederlassung auf dem Land. Wegen der Arbeits- und Lebensbedingungen, wegen fehlender Perspektiven für die Familie. Dem wirken wir durch

- Entwurf -

gezielte Maßnahmen entgegen. Praktika in ländlichen Arztpraxen, Anpassungen in der Zulassungsordnung der Universitäten und Investitionsförderung für Praxen, ergänzend zu bestehenden KV-Programmen. Die erhöhte Landarztquote, verbunden mit der Verpflichtung, zehn Jahre im ländlichen Mecklenburg-Vorpommern zu praktizieren, wird erst mittelfristig wirken, ist aber richtig. Aus unserer Warte ist damit noch nicht Schluss. Wir favorisieren ein Studiendarlehen, das sich pro Jahr Landarzttätigkeit in MV anteilig tilgt. Wer die Verpflichtung nicht erfüllt, zahlt zurück.

Den Erhalt einer flächendeckenden Hebammenversorgung und einer wohnortnahen Geburtshilfe halten wir für unverzichtbar. Ohne Kinder gibt es keine Zukunft.

Die 2026 eingeführte Kopplung der Finanzierungspauschale für Arztpraxen an erreichte Impfquoten ist ein Eingriff in die ärztliche Berufsautonomie. Wir werden uns für die Abschaffung dieser übergriffigen Regelung einsetzen.

Kommunale MVZ — letztes Mittel, richtig eingesetzt

Kommunale Medizinische Versorgungszentren (MVZ) sind kein Allheilmittel und kein Ersatz für eine grundlegende Strukturreform. Der Ärztemangel entsteht durch falsche politische Rahmenbedingungen. Zu wenig Studienplätze, überbordende Bürokratie, ein zunehmend unattraktives Berufsumfeld. Wer glaubt, neue Trägerstrukturen lösten diese Ursachen, verkennt die Realität.

Dennoch gibt es Situationen, in denen kommunale MVZ sinnvoll sind. Etwa dort, wo sich bereits Versorgungslücken offenbaren, freie Niederlassungen ausbleiben oder ausbleiben werden. Denn in der Praxis sind jüngere Ärzte durchaus bereit, im ländlichen Raum zu versorgen, wenn sie als Angestellte mit geregelten Arbeitszeiten tätig sein können, ohne sich dauerhaft binden oder investieren zu müssen. Kommunale MVZ können genau diesen Rahmen bieten, den eine klassische Einzelpraxis nicht mehr leisten kann.

Entscheidend ist dabei die richtige Konzeption. Ein kommunales MVZ, das in ein bestehendes Versorgungsnetz hineinfällt und niedergelassene Ärzte verdrängt oder destabilisiert, richtet mehr Schaden als Nutzen an. Es muss gezielt dort entstehen, wo es echte Lücken schließt und nicht dort, wo bestehende Strukturen funktionieren. Bewährt haben sich Modelle, die das MVZ als Versorgungsknoten denken. Unter einem Dach versammelt trifft man auf Haus- und Facharzt, ergänzt durch Pflegedienste, Physiotherapie oder Apotheke. So entsteht nicht nur medizinische, sondern auch soziale Infrastruktur, gerade für ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen im ländlichen Raum.

- Entwurf -

Kommunale MVZ können punktuell stabilisieren. Die freiberuflichen Strukturen, die freie Arztwahl und eine grundlegende Reformpolitik bleiben trotzdem das Fundament.

Sprachkompetenz im Gesundheitswesen — Patientensicherheit geht vor

Sichere medizinische Versorgung setzt verlässliche Kommunikation voraus. Die geltenden Anforderungen, allgemeinsprachliches B2-Niveau als Zulassungsvoraussetzung, fachsprachliche Kompetenz auf C1-Niveau in der Fachsprachprüfung, bilden eine notwendige Grundlage. Angesichts eines steigenden Anteils von Ärzten mit internationalem Hintergrund zeigt die Praxis jedoch, dass formale Prüfungsnachweise situationsgerechte Kommunikation im Klinikalltag nicht in jedem Fall garantieren. gerade in Notfällen oder bei komplexen Aufklärungsgesprächen. Der Bund hat mit der Reform von 2026, die die Kenntnisprüfung zum Regelfall für Drittstaatsabschlüsse macht, endlich einen richtigen Schritt getan. Wir werden auf Landesebene ergänzend dafür sorgen, dass begleitende Sprachförderangebote im Berufsalltag verankert werden und die Approbationsbehörden in MV die neuen bundeseinheitlichen Standards konsequent anwenden. Fachliche Qualifikation und sprachliche Handlungssicherheit sind gleichwertige Voraussetzungen für eine qualitativ hochwertige Patientenversorgung.

Vereinskultur und Bewegung als Gesundheitsvorsorge

Regelmäßige Bewegung schützt vor Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes, Übergewicht, Osteoporose und psychischen Erkrankungen — und ist damit das wirksamste und günstigste Präventionsinstrument, das wir haben. Den Breitensport werden wir als Gesundheitsvorsorge politisch und finanziell aufwerten. Wir werden Sport als unverzichtbaren Bestandteil schulischer Bildung verteidigen.

Alten- und Behindertenpflege

Die Zahl der Pflegefälle in Mecklenburg-Vorpommern steigt stetig. Pflegekräfte in stationären, ambulanten und privaten Bereichen verdienen Anerkennung und Wertschätzung. Wir favorisieren die häusliche Pflege, wo immer dies möglich und sinnvoll ist. Die große Mehrheit der Pflegebedürftigen möchte so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden bleiben. Da häusliche Pflege für Angehörige oft eine erhebliche finanzielle Belastung darstellt, werden wir nach Überwindung der Landesschuldenkrise ein Landespflegegeld einführen, das gleichzeitig die Kosten stationärer Pflege mindert.

- Entwurf -

Häusliche Pflege braucht professionelle Begleitung durch ambulante Dienste sowie funktionierende Optionen für Kurz- und Verhinderungspflege. Würdevolles Altern in der Heimat darf kein Privileg sein. Deshalb werden wir Trägervielfalt und Wettbewerb bei Altersheimen erhalten, Kostentreiber identifizieren und soweit verträglich minimieren.
Konkret treten wir ein für Ergebniskontrolle statt überbordender Dokumentationspflichten, für eine Fachkräfteoffensive statt teurer Leiharbeit, für die Rückabwicklung der generalisierten Pflegeausbildung zugunsten praxisorientierter Ausbildungswege sowie für die unbürokratische Anerkennung ausländischer Abschlüsse, wenn Befähigung und Sprachkenntnisse den Anforderungen entsprechen. Ergänzend unterstützen wir die Einführung eines freiwilligen Gemeinschaftsdienstjahres für Schulabgänger. Sollten diese Maßnahmen nicht ausreichen, wäre auch eine steuerliche Unterstützung stationärer Einrichtungen zu erwägen, um die Versorgung in der Fläche zu sichern.
Darüber hinaus befürworten wir alternative Wohnmodelle wie Senioren-Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenhäuser als sinnvolle Ergänzung im Kampf gegen den Pflegenotstand.
Die Kostensteigerungen im Bereich der Pflege sind durch die Zuwendungen der Kranken und Pflegekassen nicht im erforderlichen Umfang abgedeckt. Wir werden daher ein Notfallversorgungsfonds „Pflege in Not“ in Höhe von 2,5 Millionen € auflegen, durch den das Land Zuschüsse an die Kommunen zur Stärkung der ambulanten Pflegedienste vor Ort bereitstellt.

Schutz des medizinischen Personals

Gewalt gegen medizinisches Personal ist kein Randthema mehr. Selbst sexualisierte Gewalt bleibt kein Randphänomen. Über die Hälfte der Mediziner in MV hat Gewalt durch Patienten erlebt. Wenn Ärzte in ihrem Arbeitsalltag bedroht, beleidigt oder gar angegriffen werden, gefährdet das nicht nur ihre Sicherheit, sondern auch die Versorgung der Patienten.
Wir werden gesetzlich Vorsorge tragen und einen besseren Schutz der Ärzte sowie des medizinischen und pflegerischen Personals vor Gewalt umsetzen.

Flächendeckende Versorgung mit Arzneimitteln sichern

Die schnelle, qualitätsgerechte Versorgung von Patienten mit Medikamenten und Hilfsmitteln gehört zur Daseinsvorsorge. Die Sicherstellung dieser Leistung auch bei Katastrophen und Notfällen muss Grundlage aller strukturellen Effizienzüberlegungen sein. Derzeit sichern weitgehend die geführten Apotheken diese Versorgungsleistung ab. Sie bieten einen

- Entwurf -

flächendeckenden Nacht- und Notdienst, und haben als wohnortnahe sowie barrierefreie erste Anlaufstelle für Patienten eine Lotsenfunktion im Gesundheitssystem. Die Apotheken geraten durch die Angebote von Online-Apotheken zunehmend unter Druck.

Um die Apotheken unseres Landes zu stärken, werden diese und die Politik eine angemessene Antwort auf diese Herausforderung finden müssen. Letztlich entscheidet auch der Patient, welche Versorgungsoptionen er bevorzugt.

Aber auch in diesem Bereich muss über neue, einfache Lösungsansätze nachgedacht werden. Warum sollte im ländlichen Raum der Haus- oder Notarzt im Falle unzureichender Apothekenversorgung nicht auch ein Notfallreservoir an Medikamenten für die schnelle Erstversorgung mit sich führen?

Öffentlicher Gesundheitsdienst

Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) spielt eine wichtige Rolle bei der Gesundheitsvorsorge. Er ist deshalb aufzuwerten und effizienter zu strukturieren. Ferner werden wir den ÖGD auch mit der Aufgabe einer lebensbejahenden Schwangerschaftsberatung betrauen.

Gerechte Rente für ein würdevolles Leben

Die Armutsgefährdung von Rentnern wird über die nächsten Jahrzehnte weiter zunehmen und sich mittelfristig auch in Mecklenburg-Vorpommern verdoppeln. Viele Rentner erhalten trotz langjähriger Berufstätigkeit lediglich eine Rente auf Grundsicherungsniveau und sind damit kaum bessergestellt als Menschen mit weniger oder keinen Erwerbsjahren. Zudem erhalten Bürger, die sich für Kinder entscheiden oder die Pflege ihrer Angehörigen übernehmen, eine viel zu geringe finanzielle Anerkennung vom Staat.

Wir setzen uns für die Anerkennung von Rentenansprüchen aus DDR-Zusatzversorgungssystemen und ein Ende der Benachteiligung geschiedener DDR-Frauen bei der Rente ein.

Unterstützung von Menschen mit Behinderungen

Wir machen uns dafür stark, den barrierefreien Zugang im öffentlichen Raum umfassend zu ermöglichen.

Wir wollen zusammen mit Betrieben und zuständigen Sozialversicherungsträgern Maßnahmen entwickeln, um die Beschäftigung Schwerbehinderter zu erhöhen.

- Entwurf -

Erlittene Nachteile von Blinden, hochgradig Sehbehinderten, Gehörlosen oder schwerstbehinderten Kindern werden wir über die Zahlung eines angemessenen Nachteilsausgleichs kompensieren. Wir führen ein Gehörlosengeld analog zum Blindengeld ein.

Selbstbedienung in Wohlfahrt und Sozialdiensten verhindern

Soziale Arbeit lebt vom Engagement tausender Mitarbeiter und Ehrenamtlicher. Damit Steuergelder da ankommen, wo sie gebraucht werden, muss das Wohlfahrtsfinanzierungs- und Transparenzgesetz weiterentwickelt werden. Eine Selbstbedienungsmentalität in Führungsebenen darf keinen Platz haben. Geschäftsführergehälter, Zusatzleistungen und Pensionsansprüche sind im Vergütungs- und Transparenzbericht offenzulegen.

Vereine und Ehrenamt - gesellschaftliches Engagement stärken

Es sind die Menschen vor Ort, die für ein lebenswertes Umfeld sorgen. Selbst kleine Dörfer können durch das Engagement ihrer Einwohner eine hohe Lebensqualität im kulturellen und gemeinschaftlichen Sinne aufweisen.

Wer in der Freiwilligen Feuerwehr Dienst tut, im THW anpackt, im Sportverein trainiert, im Chor singt oder sich in der Kommunalpolitik engagiert, hält unser Gemeinwesen zusammen, oft unsichtbar, immer unverzichtbar. Wir bekennen uns klar zum Ehrenamt. Nicht mit wohlfeilen Worten, sondern mit konkreten Maßnahmen. Eine politische Vereinnahmung des Ehrenamtes lehnen wir ab.

Ehrenamtliche Arbeit verdient Dankbarkeit, aber auch materielle Anerkennung. Die Ehrenamtskarte werden wir überarbeiten und mit wirklichen Vorteilen für die Ehrenamtlichen, wie Vergünstigungen im öffentlichen Nahverkehr über Eintrittsermäßigungen bis hin zu steuerlichen Erleichterungen, ausstatten.

Ehrenamtliche Trainer, Übungsleiter, Kampf- und Schiedsrichter leisten einen gesellschaftlichen Wert, der in keiner Statistik vollständig erfasst wird. Ohne sie gibt es keinen Vereinssport. Ihre möglichen Aufwandsentschädigungen werden wir regelmäßig an die Lohn- und Preisentwicklung anpassen. Bürokratische Hürden für Vereine, sei es bei Förderanträgen, Versicherungspflichten oder Nachweispflichten, werden wir systematisch abbauen. Vereine sollen sich ausschließlich auf ihren ursprünglichen Zweck konzentrieren können.

Besonders jungen Menschen bietet das Ehrenamt die Chance, früh Verantwortung zu übernehmen. Dieses Engagement wollen wir sichtbar machen. Schülerinnen und Schüler sollen

- Entwurf -

ihre Tätigkeit in gemeinnützigen, kirchlichen oder staatlichen Organisationen auf einem Beiblatt zum Zeugnis dokumentiert bekommen. Wer in der Jugendfeuerwehr, im THW, in einem Musikzug oder Chor aktiv ist, soll dafür gesellschaftliche Würdigung erfahren, nicht erst im Ruhestand.

Wir werden auch gezielt die leider nur noch selten anzutreffenden Heimatvereine fördern. Letztere leisten einen wichtigen Beitrag zur Überlieferung der regionalen Geschichte und Brauchtumspflege. Hierzu gehört auch die Förderung der niederdeutschen Sprache.

Flächenland MV

Tourismus, Mobilität und Infrastruktur ausbauen

Unsere Leitbilder lauten Qualität statt Masse, Ganzjahresattraktivität statt Saisonabhängigkeit, Gleichklang von Binnenland und Küste. MV verfügt über eine einzigartige Kombination aus Meer, Seenplatte, Nationalparks, Gutshäusern, Megalithgräbern und UNESCO-Welterbe, die kein anderes Bundesland so bündeln kann. Dieses Potenzial wird bisher nicht ausgeschöpft – und die Landesregierung hat in den vergangenen Jahren bewiesen, dass ihr der Mut zur konsequenten Weiterentwicklung fehlt.

Zwölf Monate Reiseland – Winterpotenzial nutzen

Das Winterhalbjahr muss vom Restposten zur zweiten Saison werden. Wir unterstützen Thermen, Museen, Kulturträger und regionale Erlebnisanbieter beim Aufbau verlässlicher Winterprogramme. Eine Landesmarketingkampagne unter dem Motto „Winterliches MV – Ruhepol im Norden“ soll gezielt Gäste aus den Metropolregionen ansprechen, die keinen Skitourismus suchen, sondern Ruhe, Natur und Qualität. Klassenfahrten und Bildungsreisen wollen wir auch im Winter aktiv bewerben. Berliner Schüler müssen nicht in die Alpen, wenn Rügen, die Seenplatte und das Boddenufer vor der Tür liegen.

Eine Verlängerung der Urlaubssaison kann die Gesamtauslastung der Unterkünfte spürbar verbessern. Wir sprechen uns für länger gestaffelte Ferientermine aus, die den Reisestrom verstetigen.

- Entwurf -

Reiten, Radeln, Rudern – MV jenseits der Küste

Westmecklenburg wächst touristisch am stärksten. Das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis einer Strategie, die wir für das gesamte Land wollen. Reiten, Radeln, Rudern sind keine Nischenangebote, sondern Alleinstellungsmerkmale. Die Route der Megalithkultur wollen wir als europäisches Kulturerbe bei der EU beantragen – wie es Niedersachsen bereits erfolgreich getan hat. Modellregionen für naturverträgliches Wildcampen mit einem Waldführerschein-Konzept können MV als Pionier positionieren, wenn gleichzeitig Umweltverstöße konsequent geahndet werden. Heimatmärkte und Dorffeste sind keine folkloristische Dekoration, sie sind Wirtschaftsfaktor und Identitätsanker zugleich.

Die einzigartige Kulturlandschaft ist die Grundlage dieses Tourismus. Wir lehnen den weiteren Ausbau von Windkraftanlagen ab. Wer auf Qualitätstourismus setzt, darf seine Landschaft nicht ruinieren.

Reittourismus — Pferdeland MV konsequent stärken

Mecklenburg-Vorpommern ist eines der attraktivsten Reitreiseländer Deutschlands. Mit über 250 Reiterhöfen und Tausenden Kilometern Reit- und Fahrwegen. Dieses Potenzial für den ländlichen Raum, für Arbeitsplätze und für eine ganzjährige touristische Wertschöpfung wollen wir konsequent ausbauen. Dazu gehört eine überfällige Novellierung des Landeswaldgesetzes. Reiten und Fahren soll in Wäldern mit geringer touristischer Belastung und ohne besonderen Schutzstatus ohne bürokratische Einzelausweisung möglich sein. Reiterhöfe als Kernanbieter des Landtourismus werden wir in die allgemeinen Investitionsförderinstrumente einbeziehen. Qualitätssicherung ja, Überregulierung nein.

Von der Metropole bis zum Dorfbahnhof – Erreichbarkeit als Standortfaktor

Ein Land, das auf Tourismus setzt, muss erreichbar sein. Wir wollen zweigleisige Bahnverbindungen aus den Metropolregionen, den Ausbau von Fährverbindungen, Zufahrtstraßen und Parkinfrastruktur sowie die Wiedererrichtung der Zecheriner Brücke. Ländliche Bahnhöfe sind touristische Ankerpunkte für Cafés, Fahrradverleihe und die Erschließung des Binnenlandes und werden von uns nicht zurückgebaut. Baustellen und Straßensperrungen in der Hauptsaison sind vermeidbar; Bau- und Planungsverfahren müssen Ferienzeiten konsequent berücksichtigen. Barrierefreie Angebote sind kein Luxus, sondern Voraussetzung für eine breite Gästebasis.

- Entwurf -

Gute Gastgeber brauchen gutes Personal

Die Fachkräftefrage im Tourismus ist lösbar – aber nur, wenn das Land endlich handelt. Dass die Landesregierung die Tourismusakademie MV trotz positiver Machbarkeitsprüfung eingestellt hat, ist ein Armutszeugnis. Wir wollen zunächst prüfen, was Volkshochschulen, Berufsschulen und Verbände bereits leisten – und wo echte Lücken bestehen. Eine Tourismusakademie MV verstehen wir als Leitidee und nicht zwingend als zentralen Neubau. Sie stellt eine Koordinierungsstruktur dar, die vorhandene Angebote bündelt, qualitätssichert und wo nötig ergänzt. Ziel ist ein landesweites Netzwerk der Gastgeberausbildung – dezentral verankert, aber strategisch geführt. Im Gästekontakt muss die Beherrschung der deutschen Sprache für das Personal Standard sein. Ferienarbeitsprogramme für Schüler und Studenten, auch aus dem Ausland, können kurzfristig Engpässe lindern. Mittelfristig braucht es eine Landesförderung für Ausbildungsbetriebe im Hotel- und Gastgewerbe, damit der Nachwuchs im Land bleibt.

Kein Hemmschuh „Tourismusgesetz“

Wir lehnen das geplante Tourismusgesetz ab, weil es vor allem mehr Bürokratie statt echter Entlastung für Kommunen und Betriebe schafft. Neue Berichtspflichten und Verwaltungsprozesse würden insbesondere kleine touristische Anbieter überfordern, ohne dass ein klarer Mehrwert erkennbar ist. Gleichzeitig drohen zusätzliche finanzielle Belastungen durch mögliche landesweite Abgaben, während unklar bleibt, wie Kommunen konkret profitieren sollen. Kritisch ist zudem die geplante Zentralisierung, die lokale Strukturen schwächt und Entscheidungsbefugnisse von Regionen und Tourismusverbänden auf die Landesebene verlagert. Hinzu kommt, dass das Gesetz auf einem organisatorisch noch instabilen und intransparenten Fundament aufgebaut werden soll, was das Risiko von Doppelstrukturen und Kompetenzkonflikten erhöht. Bereits jetzt zeigt der Umgang mit dem Tourismusmanagement mangelnde Transparenz und fehlende Einbindung relevanter Akteure. Insgesamt steht das Gesetz damit exemplarisch für eine Politik, die stärker reguliert und belastet, anstatt die Wettbewerbsfähigkeit des Tourismusstandorts nachhaltig zu stärken. Stattdessen braucht es weniger Bürokratie, mehr regionale Eigenverantwortung und gezielte Unterstützung für Betriebe und Infrastruktur.

- Entwurf -

Autofahren muss für alle **erschwinglich** bleiben

In unserem ländlich geprägten Bundesland sind viele Bürger auf das eigene Auto angewiesen. Wir setzen uns für den Individualverkehr ein und stellen uns gegen die ideologischen Schikanen für Autofahrer. Durch die CO2-Steuer werden die Bürger, vor allem Pendler und Autofahrer, zusätzlich zu den ohnehin hohen Steuern und Abgaben, an der Tanksäule noch mehr belastet. Die CO2-Besteuerung gehört in Gänze abgeschafft. Durch den europäischen Emissionshandel entfaltet sie keine Wirkung außer eine Belastung für die Bürger. Mobilität ist kein Luxus, sondern muss erschwingliches Grundrecht für alle bleiben. Über den Bundesrat werden wir eine dauerhafte und deutliche Erhöhung der Pendlerpauschale anschieben.

Mobilität stärken - ÖPNV verbessern

Im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern müssen die Menschen im Alltag oftmals weite Strecken zurücklegen. Gerade Kinder, Jugendliche und Senioren sind hierbei auf einen funktionierenden Nahverkehr angewiesen. Um die Lebensverhältnisse für die Menschen in unserem Bundesland zu verbessern, muss der öffentliche Nahverkehr ansprechender gestaltet werden. Wichtig ist, die Taktung zwischen Bus und Bahn zu verbessern und für Sicherheit im ÖPNV zu sorgen. Wo immer die Digitalisierung Gelder einsparen kann, muss sie genutzt werden.

Verkehrsverbund MV weiter integrieren

Mit der Gründung der Verkehrsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern GmbH wurde ein erster Schritt in die richtige Richtung getan. Damit dieser sich lohnt, bedarf es in Zukunft einer noch tieferen Integration der Landkreise, der Deutschen Bahn und kommunaler und privater Verkehrsbetriebe in das Verkehrsnetz MV. Ebenfalls muss die Synchronisation von Echtzeit-Informationen verbessert werden, damit die Verkehrsgesellschaft MV einen Mehrwert für die Menschen im Land hat.

Bahnverbindungen zeitgemäß gestalten

Unser Eisenbahnnetz ist seit Jahrzehnten von Verfall und Ausdünnung der Fahrpläne betroffen und bedarf einer flächendeckenden Ertüchtigung. Die derzeitigen Planungen hängen unser Land immer weiter von den Verkehrsströmen der Zukunft ab.

- Entwurf -

Durch den Fehmarnbelt-Tunnel entstehen neue Chancen für die Fernbahnanbindungen Westmecklenburgs. Wir setzen uns hier für eine Schnellverbindung von Berlin über Schwerin und Lübeck bis nach Kopenhagen ein.
Wir bekräftigen die Forderungen des Deutschland-Takts. Das bedeutet im Einzelnen den zweigleisigen Ausbau der Strecke Stralsund-Rostock, sowie die Elektrifizierung der Hauptbahnen mit ihren Anschlüssen nach Stettin und Lübeck.
Die Fahrpläne zwischen den Städten unseres Landes gehören fortlaufend auf den Prüfstand, um eine bedarfsgerechte Taktung zu ermöglichen.

Mehr Haushaltsmittel für Sanierung, Erhalt und Neubau von Straßen

Der Ausbau und die Instandhaltung unseres Straßen- und Schienennetzes gehen zu langsam voran. Wir sorgen dafür, dass die Straßen in unserem Bundesland in einen besseren Erhaltungszustand versetzt werden. Dazu bedarf es größerer Haushaltsmittel und einer Entwirrung der viel zu komplizierten Förderpraxis. Ebenfalls müssen die Planung und Genehmigung von Straßenbauvorhaben deutlich vereinfacht werden.

Ortsnah und erreichbar – Mobilität im ländlichen Raum

Attraktiver Wohnraum im ländlichen Raum steht und fällt mit einer durchdachten Mobilitätsinfrastruktur, vom Fernstraßenanschluss bis zum Gehweg vor der Haustür.
Wir stehen für eine Rückkehr zum am Menschen orientierten Städtebau mit hoher Lebens- und Umweltqualität. Eine barrierefreie, fußläufige Bewegung im Wohnumfeld ist dafür unabdingbar. Der Ausbau von Gehwegen muss unabhängig von anderen Verkehrsträgern erfolgen können. Förderrichtlinien sind entsprechend anzupassen. Das Fahrrad ist im urbanen wie im ländlichen Bereich eine sinnvolle Erweiterung der persönlichen Mobilität. Da Kommunen mit dem Unterhalt der Radwege häufig überfordert sind, setzen wir uns für die Anerkennung von Radverkehrsmaßnahmen als kommunale Pflichtaufgabe ein.
Darüber hinaus ist der Radtourismus landesweit ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor. Wir werden dafür sorgen, dass er angemessen berücksichtigt wird und es endlich ein lückenloses touristisches Fernradwegenetz gibt.

Wasserwege für Tourismus, Sport und Wirtschaft nutzen

Mecklenburg-Vorpommern ist Wasserland. Seen, Flüsse und Küsten sind nicht nur Naturraum, sondern wirtschaftlicher Standortfaktor, touristisches Aushängeschild und Lebensqualität für

- Entwurf -

die Menschen vor Ort. Dieses Potenzial lässt sich noch deutlich besser nutzen. Für Wassertourismus, Freizeitschifffahrt, Angelsport und wasserbezogene Wirtschaftszweige, die gerade im ländlichen Raum Arbeitsplätze und Wertschöpfung schaffen.

Geplante Renaturierungsmaßnahmen dürfen der touristischen und sportlichen Nutzung der Wasserwege dabei nicht im Wege stehen. Naturschutz und Nutzung schließen sich nicht aus, sie müssen zusammengedacht werden. Der Erhalt unserer malerischen Fluss- und Seenlandschaft für Natur und Mensch ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Auch auf Neben- und Freizeitwasserstraßen werden wir Schleusen und die notwendige Infrastruktur erhalten. Denn wer die Wege verfallen lässt, verspielt das Potenzial einer ganzen Region.

Dazu gehört auch die Infrastruktur der Zukunft. Zwischen Berlin und der Mecklenburgischen Seenplatte entsteht ab 2026 Deutschlands erstes zusammenhängendes Ladenetz für Elektroboote. MV ist über den Landkreis Mecklenburgische Seenplatte bereits in die Initiative eingebunden. Diese Kooperation werden wir auf Landesebene aktiv unterstützen und vorantreiben.

Sportstätten — Infrastruktur für alle

Der Sanierungsstau bei Vereins- und Schulsportstätten sowie Schwimmhallen ist noch nicht überwunden. Wir werden sicherstellen, dass Kommunen und Vereine in Mecklenburg-Vorpommern Mittel vollständig und unbürokratisch abrufen können. Schwimmhallen verdienen dabei besondere Aufmerksamkeit. Sie sind unverzichtbar für Schulsport, Vereinsbetrieb und Wasserrettung — und ihr Erhalt darf nicht am Verwaltungsaufwand scheitern. Sport im ländlichen Raum darf nicht zum Privileg gut ausgestatteter Zentren werden. Wer auf dem Land lebt, hat dasselbe Recht auf funktionierende Sportinfrastruktur wie in der Stadt.

Zukunftsorientierte Planung für Flughafenstandorte

Wir stoßen einen offenen und unvoreingenommenen Diskussionsprozess über die Zukunft der verschiedenen Standorte an. Dabei sollte die Landespolitik jeden Flughafen mit seiner individuellen Situation betrachten und Perspektiven entwickeln. Klar ist, dass unsere Flughäfen keine Dauersubventionsobjekte ohne Aussicht auf Erfolg sein dürfen. Für den zentralen Flughafen Rostock-Laage setzen wir uns für die weitere Mitnutzung für den zivilen Verkehr ein.

- Entwurf -

Deponie Ihlenberg - Entsorgungssicherheit, wirtschaftliche Vernunft und ökologische Verantwortung

Die Entscheidung der Landesregierung, die Einlagerung bestimmter Abfallklassen am Ihlenberg zum Ende 2035 zu beenden, ist falsch und politisch motiviert. Auslöser war ein interner Kontrollbericht des Ehemannes der Ministerpräsidentin. Ein unabhängiger Sonderbeauftragter stellte danach fest, dass keine Verletzungen abfallrechtlicher Betreiberpflichten vorlagen. Das Kabinett hielt dennoch am Ausstieg fest.

MV übernimmt seit Jahrzehnten Entsorgungsverantwortung für ganz Norddeutschland. Eine Lösung für die Zeit nach 2035 ist trotz jahrelanger Verhandlungen nicht in Sicht. Unternehmen müssen auf teurere und ökologisch fragwürdigere Alternativen Hunderte Kilometer entfernt ausweichen. Wir werden den Ausstiegsbeschluss sachlich neu bewerten und die Kapazitäten am Ihlenberg über 2035 hinaus sichern, solange kein Alternativstandort in Norddeutschland beschlossen ist. Die Nachbarländer nehmen wir im Bundesrat konsequent in die Pflicht.

Naturland MV

Heimat, Landwirtschaft und generationenverbindende Kultur

Mecklenburg-Vorpommern ist auch Agrarland. Weite Felder, artenreiche Kulturlandschaften, Küstengewässer und ausgedehnte Wälder. Das ist nicht nur Kulisse, sondern wirtschaftliche Grundlage für tausende Familienbetriebe und Identitätsanker für die Menschen, die hier leben. Doch dieser Reichtum ist nicht selbstverständlich. Denn der ländliche Raum steht unter Druck. Eine durch Großstädter geprägte Politik verkennt die Bedürfnisse der Menschen und Unternehmen jenseits der urbanen Räume.

Wir stehen für eine Politik die Land- und Forstwirtschaft als Partner begreift. Die regionale Wertschöpfung stärkt, Fischerei wie Jagd als traditionsreiche Formen der Kulturlandschaftspflege begreift und nicht als Relikte von gestern. Der ländliche Raum braucht mehr Freiheiten.

Landwirtschaft wertschätzen

Mecklenburg-Vorpommern ist geprägt von seiner jahrhundertealten Kulturlandschaft. Dazu gehören auch die weiten Agrarflächen, deren Potenzial weiterentwickelt werden muss. Wir

- Entwurf -

stehen für in der Region verankerte, inhaber- und familiengeführte Betriebe als Leitbild einer zukunftsfähigen Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Sie sind der wirtschaftliche Motor der ländlichen Räume. Darüber hinaus gilt es, eine nachhaltige landwirtschaftliche Entwicklung auf Grundlage der örtlichen Ressourcen auf den Weg zu bringen.

Krisen wie die Corona-Pandemie oder der Konflikt in der Ukraine haben die Volatilität globaler Lieferketten veranschaulicht und die Bedeutung der heimischen Landwirtschaft für die Versorgungssicherheit wieder ins Bewusstsein der Bürger gerufen. Für uns bleibt die Produktion von Nahrungsmitteln in eigener Regie unabänderliche Grundlage für die Ernährungssicherheit in Mecklenburg-Vorpommern und Deutschland

Integrierter Pflanzenbau als Ackerbaustrategie

Der hohe Ausbildungsstand unserer Landwirte, kombiniert mit moderner Technologie, ist Garant für die Reduzierung der Pflanzenschutzmittel auf ein notwendiges Mindestmaß – zum Wohle der Natur und des Verbrauchers. Bodenschonende und nachhaltige Anbauverfahren sind zu fördern, moderne Pflanzenzüchtungsmethoden garantieren die Ertragsstabilität von morgen. Der Bedeutung von Wirtschaftsdüngern für den Aufbau einer gesunden Bodenstruktur muss ein höherer Stellenwert eingeräumt werden. Praxistaugliche Vorschriften sind hierfür die Grundvoraussetzung. Die landwirtschaftlichen Gunststandorte müssen der Produktion hochwertiger Agrarrohstoffe vorbehalten bleiben, um eine optimale Ressourcennutzung zu gewährleisten.

Unsere Landwirte brauchen wieder mehr unternehmerische Freiheiten anstatt Vorverurteilung und Kontrolle.

Mehr Ehrlichkeit in der Nitratdebatte

Ein unzureichendes Messstellennetz zur Nitratmessung stellt eine große Belastung für die Betriebe dar und gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten, da es zu einer stark einschränkenden Düngelandesverordnung führen kann. Das Nitratmessstellennetz ist daher deutlich auszubauen und repräsentativer zu gestalten, um die Benachteiligung unserer Landwirte durch hohe Auflagen auf ein notwendiges Mindestmaß zu reduzieren. Verwaltungsgerichtliche Urteile zeigen bereits, dass ein unzureichendes Messstellennetz die Rechtssicherheit der entsprechenden Verordnungen gefährdet und damit zu unzureichender Planungssicherheit auf Seiten der Landwirte führt.

- Entwurf -

Höhere Tierhaltungsstandards bei fairen Erzeugerpreisen

Höhere Haltungsstandards unter dem Aspekt des Tierwohls können nur mit wirtschaftlich tragfähigen Übergangsfristen umgesetzt werden. Die steigenden Produktionskosten müssen sich im Erzeugerpreis widerspiegeln. Zur Vermeidung langer Transportwege sind regionale Haltung und Schlachtung wieder stärker zu koppeln.

Der drastische Abbau regionaler Schlachtkapazitäten in Norddeutschland führt zu immer längeren Tiertransporten und belastet damit Tierwohl und Landwirte gleichermaßen. Wir sorgen für den gezielten Wiederaufbau von Schlachtstrukturen auch in Mecklenburg-Vorpommern, um Transportwege deutlich zu verkürzen und eine dezentrale, bäuerlich geprägte Landwirtschaft zu stärken. Kurze Wege sind aktiver Tierschutz und sichern zugleich regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze vor Ort.

Unnötige Bürokratielast ist dringend abzubauen. Überzogene Hygienevorschriften dürfen nicht zum Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung kleinerer Betriebe werden. Das betäubungslose Schächten lehnen wir ab.

Aktive Strukturpolitik bei Bodenverkäufen und Verpachtung

Um die Konzentration von Ackerland auf wenige, oftmals landwirtschaftsferne Eigentümer zu begrenzen, muss die öffentliche Hand im Rahmen von Vorkaufsrechten aktiv in den Bodenmarkt eingreifen können. Landverkäufe und -verpachtungen sollen vorrangig an Betriebe erfolgen, deren Eigentümer oder Bewirtschafter in der Region leben.

Perspektiven für Junglandwirte

Wir wollen Junglandwirte und Existenzgründer bei der Übernahme oder Neugründung von Betrieben stärker unterstützen. Hier muss das Land als größter Flächeneigentümer eine stärkere Rolle im Hinblick auf eine aktive Strukturpolitik übernehmen.

Neue Märkte erschließen, Rohstoffwende einleiten

Neben der Bereitstellung hochwertiger Lebensmittel bietet die Landwirtschaft große Potenziale für die Gewinnung nachhaltiger Roh- und Baustoffe. Wir wollen die Bioökonomie im ländlichen Raum als starken Wirtschaftszweig weiter ausbauen. Diese verfügt über ein hohes Wertschöpfungspotenzial und gut bezahlte Arbeitsplätze.

- Entwurf -

Den landwirtschaftlichen Betrieben wird dadurch die Möglichkeit einer stärkeren Diversifizierung geboten. Neue Märkte können erschlossen und die Krisensicherheit erhöht werden. Freie unternehmerische Entscheidungen dürfen dabei nicht durch überzogene Vorschriften oder einseitige Zielvorgaben eingeschränkt werden.

Regionale Speisen und Produkte schützen und vermarkten

Regionale Spezialitäten sind ein wichtiger Teil der Identität und Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns. Die Europäische Union schützt besonders traditionelle Lebensmittel mit Herkunftssiegeln wie der geschützte Ursprungsbezeichnung (g.U.) und der geschützten geografischen Angabe (g.g.A.). Diese Siegel sichern Qualität, schützen regionale Namen vor Nachahmung und stärken die regionale Wertschöpfung. Während viele europäische Regionen ihre Spezialitäten erfolgreich schützen lassen, wird dieses Instrument im Nordosten bislang nicht genutzt. Dabei gäbe es zahlreiche geeignete Kandidaten wie etwa Mecklenburger Rippenbraten, Rügener Weichkäse, Pommersche Gänsekeule, Pommersche Leberwurst, Sanddornprodukte oder Fischspezialitäten. Wir wollen Produzenten und Verbände künftig gezielt dabei unterstützen, regionale Spezialitäten aus Mecklenburg und Vorpommern für europäische Schutzsiegel anzumelden und damit ihre Bekanntheit und Vermarktung in ganz Europa zu stärken.

Gleichzeitig wollen wir das regionale Herkunftszeichen „Natürlich aus MV“ deutlich stärker im Alltag der Verbraucher verankern. Produkte aus der Region sollen im Einzel- und Großhandel besser sichtbar werden, damit Verbraucher regionale Qualität schnell erkennen können. Wir setzen uns deshalb dafür ein, das Siegel flächendeckend im Handel zu etablieren, die Teilnahme für Produzenten zu erleichtern und gemeinsam mit Landwirtschaft, Lebensmittelhandwerk und Handel eine stärkere Vermarktung regionaler Produkte zu organisieren.

Landeseigene Forschungseinrichtungen erhalten

Die Vernetzung von Forschung und Praxis ist Grundlage des Erfolgs der deutschen Landwirtschaft seit zwei Jahrhunderten. Dieses Erbe darf nicht verspielt werden. Hierfür wollen wir die im Land ansässigen Einrichtungen erhalten und die Vernetzung mit privatwirtschaftlichen Forschungseinrichtungen ausbauen. Die Forschung hat frei von politischer Einflussnahme zu erfolgen.

- Entwurf -

Insektenschutz auf wissenschaftlicher Grundlage

Wir brauchen eine umfassende Erforschung der Insektenpopulation. Nur so können die Schwankungen der Populationsgröße verstanden und sinnvolle Maßnahmen eingeleitet werden. Eine einseitige Schuldzuweisung in Richtung Landwirtschaft ist nicht zielführend.

Alte Sorten bewahren

Der Sortenschutz garantiert die Entwicklung zukunftsfähiger Nutzpflanzen. Patente auf alte Kultursorten sind dagegen abzulehnen. Sie sind Bestandteil des Kulturerbes und müssen es auch bleiben. Dem landeskulturellen Wert alter Nutztierrassen muss eine stärkere Bedeutung, auch als Genpool für moderne Züchtungen, beigemessen werden.

Kulturlandschaft pflegen, heimische Artenvielfalt erhalten

Der vielfältige Natur- und Kulturraum Mecklenburg-Vorpommerns ist Reichtum und Aufgabe zugleich. Intakte Ökosysteme und reizvolle Landschaften müssen im Einklang stehen mit den Ansprüchen der menschlichen Nutzung.

Unser Land beheimatet zahlreiche Tier- und Pflanzenarten. Ihr Schutz muss einen hohen Stellenwert genießen. Nur gemeinsam können wir unsere artenreiche Kulturlandschaft erhalten und pflegen. Dafür sind gesamtgesellschaftliche Anstrengungen notwendig.

Zurückkehrenden Arten wie Wolf, Wisent und Elch muss nach Möglichkeit Platz geboten werden. Eine ungehinderte Ausbreitung in die vom Menschen geschaffene und genutzte Kulturlandschaft lehnen wir jedoch ab.

Landgestüt Redefin erhalten – Tradition bewahren und Zukunft gestalten

Der Plan, unser Landgestüt zu privatisieren, muss vom Tisch. Das Landgestüt Redefin ist eines der bedeutendsten historischen Gestüte Deutschlands und prägt seit über 200 Jahren die Pferdezucht, den Pferdesport und die kulturelle Identität Mecklenburgs. Die klassizistische Anlage mit ihren historischen Stallungen ist ein einzigartiges kulturhistorisches Ensemble und zugleich ein lebendiger Ort für Zucht, Ausbildung, Veranstaltungen und Tourismus. Das Landgestüt muss ohne Wenn und Aber erhalten bleiben. Eine Privatisierung lehnen wir entschieden ab, denn Redefin ist ein öffentliches Kulturgut und ein wichtiger Bestandteil unserer Landesgeschichte.

- Entwurf -

Gleichzeitig wollen wir das Gestüt zukunftsfähig weiterentwickeln. Dazu gehören neue Marketingkonzepte, eine stärkere touristische Vermarktung und zusätzliche Veranstaltungen, um das Landgestüt über die Landesgrenzen hinaus bekannter zu machen. Durch Kooperationen mit Tourismus, mehr Wegerechten für Pferde und Einbeziehung ins Landesmarketing soll das Gestüt wirtschaftlich gestärkt und seine eigene finanzielle Kraft verbessert werden.

Imkerei fördern

Insbesondere junge Menschen müssen für die Haltung von Bienen begeistert werden, damit das Imkerhandwerk auch morgen noch in den Dörfern unserer Heimat vorzufinden ist. Durch eine gezielte Kooperation der Imker mit Bildungseinrichtungen soll das Bewusstsein und die Begeisterung für dieses Handwerk geweckt werden.

Zukunft für die Fischerei

Die Fischerei an den Küsten und auf den Seen prägt das Bild unserer Kulturlandschaft seit Jahrhunderten. Sie ist und bleibt Bestandteil unserer kulturellen Identität. Wir werden uns mit allen betroffenen Bundesländern verständigen und ein klares Bekenntnis zur Stellnetzfischerei in unseren Küstengewässern abgeben. Statt Verbote setzen wir hier auf Forschung und Kooperation mit den Fischern. Fangquoten für Berufs- und Hobbyfischer müssen im Einklang mit ökonomischen und ökologischen Forderungen stehen.

Die Verpachtung der landeseigenen Gewässer darf nur an ortsansässige Fischer erfolgen; eine bundesweite Ausschreibung lehnen wir ab. Die Vermarktung und Verarbeitung heimischer Fischereiprodukte müssen stärker gefördert werden.

Mehr Artenvielfalt beim Waldumbau

Die Waldflächen in Mecklenburg-Vorpommern spielen eine wichtige Rolle als Ökosystem und Ressourcenquelle. Sie stehen für Artenvielfalt und sind für die Erholung der Menschen von großer Bedeutung.

Im Hinblick auf eine verstärkte Nutzung des nachhaltigen Baustoffs Holz ist der Forstwirtschaft im Land wieder mehr Bedeutung beizumessen. Der Schutz von Wäldern hat absoluten Vorrang vor dem Ausbau sogenannter erneuerbarer Energien.

Die im Land ansässige holzverarbeitende Industrie stellt einen wertvollen Wirtschaftszeig dar und muss erhalten bleiben. Die Nachfrage nach Bauholz und hochwertigen Hölzern für den Möbel- und Innenausbau steigt seit Jahren an. Grund dafür ist vor allem der Wandel hin zu

- Entwurf -

nachwachsenden Rohstoffen im Bausektor und Privatbereich. Wo früher PVC-Böden gefragt waren, dominiert heute Echtholzparkett.

Diese Nachfrage muss aber auch bedient werden. Dem steht der politische Wille des Waldumbaus hin zu einem Dauerwald jedoch in Teilen deutlich entgegen. Denn der Dauerwald liefert nicht die gleichen Holzmengen, insbesondere bei den gefragten Nadelhölzern, wie der schlagweise Hochwald, die seit Jahrzehnten dominierende Art des Waldbaus.

Die holzverarbeitende Industrie muss somit auf Importware ausweichen, um die Nachfrage zu decken. Damit werden Umweltkosten jedoch ausgelagert, denn das Holz kommt auch aus Regionen in denen ökologische Ansätze in der Forstwirtschaft deutlich hinter den hierzulande geltenden Standards liegen. Diese Ehrlichkeit muss in die Debatte des Waldumbaus mit einfließen.

Jagd – traditioneller Umweltschutz

Jagd stellt für uns aktiven Natur- und Tierschutz dar. Die moderne Jagd ist nicht nur die traditionellste Form der Fleischgewinnung, sondern auch ein wichtiges Instrument, um naturnahe, standortgerechte Wälder zu etablieren und unsere vielfältige heimische Flora und Fauna zu erhalten.

Darüber hinaus leistet die Jagd einen wichtigen Beitrag zur Vermeidung von Tierseuchen. Sie stellt an den Jäger hohe Ansprüche in Bezug auf handwerkliches Geschick und wildbiologische Kenntnisse.

Bei der Festlegung der Abschusspläne setzen wir auf eine enge Abstimmung zwischen Grundbesitzern und Jägern – nach Möglichkeit auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse, etwa durch Verbissgutachten und die Bewertung von Schälschäden.

Beim Wolf setzen wir auf eine klare Bestandsbegrenzung. Deutschland ist Kulturlandschaft und bietet nur wenige geeignete Einstandsgebiete. Wolfshybriden sind kurzfristig zu entnehmen. Jagdausübungsberechtigte und Landnutzer sind hier von Wildschadensausgleichs- und Haftungsverpflichtungen freizustellen.

Wasser – bezahlbar, sauber und als Gemeingut geschützt

Wasser ist ein unverzichtbares Gemeingut, dessen Zugang nicht aufgrund steigender Gebühren oder unverhältnismäßige Abgaben gefährdet werden darf. Wir setzen uns für stabile Preise bei Trink- und Nutzwasser ein, die keine sozialen Härten verursachen – denn eine verlässliche, bezahlbare Wasserversorgung ist Grundvoraussetzung für Lebensqualität, wirtschaftliche

- Entwurf -

Entwicklung und die Zukunftsfähigkeit des ländlichen Raums. Ebenso entscheidend ist die Sicherung der Wasserqualität. Gewässermonitoring, Kläranlagen und landwirtschaftliche Beratung müssen gestärkt werden, damit Verschmutzungen von vornherein verhindert statt nachträglich aufwendig behoben werden. Das Grundwasser als zentrales Element der Daseinsvorsorge muss langfristig vor Übernutzung geschützt werden – durch wissenschaftlich fundierte Messnetze, transparente Daten und regional angepasste Bewirtschaftung, die natürliche Schwankungen berücksichtigt.

Energieland MV

Technologieoffenheit statt Windkraftwahn

Energie ist das Fundament unserer modernen Gesellschaft. Wer Energie ideologisch verknappt und verteuert, schadet Familien, Betrieben, Landwirten, Pendlern.

Mecklenburg-Vorpommern hat diese Fehlentwicklung besonders hart gespürt. Als Exporteur von Windstrom, dessen Profite anderswo landen, als Küstenland, dessen Landschaften zum Experimentierfeld wurden und als Flächenland, das höhere Energiepreise trägt, als es müsste. Die Antwort darauf kann nicht eine andere Ideologie sein, sondern einzig und allein Vernunft. Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und echter Heimatschutz als gleichwertige Ziele sind unsere Richtschnur.

Dasselbe gilt für die Digitalisierung. Funklöcher, Glasfaserlücken und Behörden, die noch mit Papier arbeiten, sind kein Schicksal. Sie sind das Ergebnis jahrelanger Untätigkeit. Mecklenburg-Vorpommern braucht keine weiteren Ankündigungen. Das Land braucht Anschluss.

Sicher – bezahlbar – technologieoffen – umweltverträglich

Mecklenburg-Vorpommern braucht eine Energiepolitik, die dem Land wieder Wohlstand, Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit ermöglicht. Die jahrzehntelange Fokussierung auf eine ideologiegetriebene Klimapolitik und die Bevorzugung der einzelner Energiegewinnungsmethoden haben Deutschland – und damit auch Mecklenburg-Vorpommern – in eine energiepolitisch prekäre Lage gebracht. Der Ausstieg aus Kern- und Kohleenergie hat diese Situation weiter verschärft.

- Entwurf -

Im Zuge geopolitischer Verwerfungen und Sanktionen ist die bezahlbare Energieversorgung zusätzlich gefährdet worden. Deutschland ist international in vielen Branchen nicht mehr wettbewerbsfähig. Energieintensive Unternehmen wandern ab, melden Insolvenz an oder stoppen Investitionen. Gleichzeitig müssen viele Bürger spürbare Wohlstandseinbußen hinnehmen.

Wir stehen für den Dreiklang aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz.

Marktwirtschaft statt Subventionsregime

Die derzeitige Energiepolitik beruht auf massiven Markteingriffen. Erzwungene Energiemixe und neue Anwendungen wie Wärmepumpen oder Elektromobilität bestehen vielfach nur durch Subventionen, Zwangsquoten und staatliche Privilegien, während konventionelle Energien künstlich verteuert, eingeschränkt oder verboten werden. Diese Abkehr von marktwirtschaftlichen Prinzipien kostet die Steuerzahler enorme Summen, destabilisiert die Stromnetze und hat Deutschland zu einem Stromimportland mit einem der höchsten Strompreise aller Industrieländer gemacht.

Für Mecklenburg-Vorpommern hat das durch steigende Lebenshaltungskosten für Haushalte, Belastungen für Mittelstand, Landwirtschaft und Fischerei, Standortnachteile für Industrie und Gewerbe sowie verschärfte Ungleichgewichte zwischen Stadt und Land besonders gravierende Folgen.

Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien müssen künftig ihre Umweltverträglichkeit und ihren ökonomischen Nutzen ohne Vorrangeinspeisung und ohne Dauersubventionen nachweisen. Wer am Markt bestehen will, muss am Markt bestehen können.

Windkraft als Preistreiber und unsicherer Lieferant

Windenergie liefert nur dann, wenn der Wind weht. Gerade MV erlebt regelmäßig Dunkelflauten, in denen Windkraft das Netz nicht stabil halten kann. Konventionelle Kraftwerke bleiben deshalb als Backup unverzichtbar. Windkraft ersetzt sie nicht, sie macht sie im System sogar unentbehrlicher. Das ist energiepolitisch widersinnig. Die realen preistreibenden Systemkosten tauchen im Strompreis selten auf. Dazu gehören Netzausbau im Flächenland, Reservekraftwerke, Entschädigungen für abgeregelte Anlagen, Leitungen, Umspannwerke und Speicher, die in der nötigen Größenordnung nicht existieren oder unbezahlbar sind. Windenergie funktioniert zudem nur durch die staatlichen Privilegien

- Entwurf -

Vorrangeinspeisung, garantierte Vergütungen, Dauersubventionen. Die Bürger zahlen die Rechnung über Steuern, Abgaben und einen der höchsten Strompreise aller Industrieländer.

Windkraft — Schaden an Natur und Gemeinschaft

Der industrielle Ausbau von Windparks zerschneidet Lebensräume, beeinträchtigt Wälder, Felder und Schutzgebiete, gefährdet Vögel und Fledermäuse und verändert sensible Ökosysteme durch Fundamente, Zuwegungen und Kabeltrassen dauerhaft. In einem Land, das vom Tourismus lebt, ist die dauerhafte Veränderung ganzer Landschaftssilhouetten kein Randproblem. Nur allzu gern wird ausgeblendet, dass sich die schweren Eingriffe in die Natur ein zweites Mal wiederholen. Nach 20 bis 25 Jahren steht der Rückbau an. Mit schwerem Gerät, erneuten Eingriffen in Boden und Landschaft, und einer Entsorgungsfrage, die bis heute ungelöst ist. Rotorblätter aus Verbundmaterialien lassen sich nicht recyceln. Wer heute von sauberer Windkraft spricht, hinterlässt der nächsten Generation Betonfundamente, Materialberge und Folgekosten. Das ist von Nachhaltigkeit weit entfernt und gleicht einer Schuldenökologie.

Der Schaden reicht tief in die Gemeinschaft hinein. Bürgerinitiativen nehmen zu, Klagen verzögern Verfahren, Projekte spalten Dörfer und Familien. Lärm, Infraschall, Schattenschlag und sinkende Immobilienwerte belasten die Anwohner. Die Menschen vor Ort tragen die Last, den Lärm, den Wertverlust, den Verlust der Landschaft, während die Gewinne an externe Investoren und Verbrauchszentren weit außerhalb Mecklenburg-Vorpommerns abfließen. Wer die Windräder vor der Tür hat, hat nichts davon. Diese Schieflage ist nicht nur wirtschaftlich ungerecht, sie vergiftet auch das Vertrauen in Politik und Gemeinschaft.

Politischer Hebel: Windenergieflächenbedarfsgesetz stoppen

Die entscheidende Ursache für den Druck auf Mecklenburg-Vorpommern sind Bundesgesetze, die unser Land überfordern. Wir werden uns gegenüber der Bundesebene dafür stark machen, dass das Windenergieflächenbedarfsgesetz abgeschafft oder zumindest grundlegend dahingehend überarbeitet wird, so dass die Länder wieder selbst über ihre Energieziele entscheiden können.

Nur so kann Mecklenburg-Vorpommern wieder eine bedarfsgerechte, technologieoffene und naturverträgliche Energiepolitik gestalten – und echte Politik für seine Bürger machen.

Wenn Länder ihre Ziele selbst bestimmen, können sie den Energiemix so ausrichten, dass Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Umwelt- und Heimatschutz tatsächlich

- Entwurf -

zusammenpassen. Zwang, pauschale Flächenquoten und politisch durchgedrückte Ausbauziele sind hingegen das Gegenteil von Vernunft und demokratischer Selbstbestimmung.

Ergänzend werden wir die Umweltverträglichkeitsprüfungen deutlich verschärfen, damit die tatsächlichen ökologischen Folgen von Windkraftprojekten nicht länger im Genehmigungsverfahren marginalisiert werden. Staatlich inszenierte Bürgerforen, die nur den Anschein demokratischer Beteiligung erwecken, tatsächlich aber dazu dienen, Windkraftprojekte gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen, werden wir umgehend einstellen.

Unser Weg: Sicher, bezahlbar und naturverträglich statt ideologischer Windkraft-Offensive

Wir stehen für eine Energiepolitik, die nicht auf Symbolpolitik, sondern auf Realität basiert. Wir stehen für Versorgungssicherheit statt Wetterabhängigkeit, Bezahlbarkeit statt Subventionssystem, Heimat- und Naturschutz statt Landschaftsindustrialisierung, Technologieoffenheit statt einseitiger Festlegung auf Windkraft, Respekt vor den Bürgern statt Politik gegen die Bevölkerung.

Wir stehen klar an der Seite der Bürger, Bürgerinitiativen und Gemeinden, die sich gegen eine übergriffige Windkraftpolitik wehren. Es ist ihr gutes Recht und in einem demokratischen Rechtsstaat sogar ihre Pflicht, die Zerstörung von Lebensqualität, Natur und Heimat nicht schweigend hinzunehmen. Wer auf Missstände hinweist, wer Planungshoheit verteidigt und wer Verantwortung für seine Region übernimmt, verdient Respekt und politische Unterstützung, nicht Diffamierung oder Druck.

Entscheidungen über unsere Landschaft, unsere Dörfer und unsere Zukunft dürfen nicht gegen die Menschen vor Ort getroffen werden. Mecklenburg-Vorpommern braucht keine Windkraft-Zwangspolitik, sondern eine Energiepolitik, die unsere Heimat schützt, die Lebensqualität der Bürger wahrt und den Wirtschaftsstandort stärkt.

Freiflächen-Photovoltaik: keine Versiegelung und kein „Solarpark-Wildwuchs“ auf Ackerland

Auch der Ausbau der Photovoltaik (PV) darf nicht zur Flächenkonkurrenz mit Landwirtschaft, Natur und ländlicher Entwicklung werden. Mecklenburg-Vorpommern ist Agrarland, gekennzeichnet durch fruchtbare Böden als strategisches Gut für Versorgungssicherheit,

- Entwurf -

regionale Wertschöpfung und Ernährung. Einen massiven Ausbau von Freiflächen-PV auf landwirtschaftlichen Flächen lehnen wir deshalb ab. Hochwertige Ackerflächen dürfen dem Nahrungsmittelanbau nicht entzogen werden. Großflächige Einzäunung, Bodenverdichtung und dauerhafte Beeinträchtigung des Landschaftsbildes richten ökologischen Schaden an und Investorenmodelle, die Wertschöpfung aus der Region abziehen, nützen den Menschen vor Ort nicht.

Unser Ansatz setzt auf Priorität für Dachflächen-PV auf privaten, gewerblichen und öffentlichen Gebäuden sowie auf die Nutzung bereits versiegelter oder vorbelasteter Flächen wie Konversionsflächen, Parkplätze und Gewerbeflächen - ohne dauerhaftes Subventionsmodell. Landwirtschaftliche Flächen dürfen nicht zur Ersatzfläche für fehlende Energiestrategien werden. Flächenschutz ist Heimat- und Umweltschutz.

LNG-Terminal vor Rügen: Naturschutz hat Vorrang

Das LNG-Terminal vor Rügen existiert und ist rechtlich gesichert, es leistet derzeit einen Beitrag zur Energieversorgungssicherheit in einer außergewöhnlichen Lage. Doch ein Industrieterminal vor einer der sensibelsten Küstenregionen Deutschlands kann keine Dauerlösung sein. Ökosysteme, Fischerei, Küstenschutz und die Tourismusregion Rügen tragen die Last eines Eingriffs, der dem Charakter dieser Landschaft fundamental widerspricht. Unser Ziel ist daher nicht das Festhalten an diesem Terminal, sondern seine Ablösung durch bessere Alternativen. Dazu gehören die Wiederinstandsetzung und Inbetriebnahme von Pipelineverbindungen für kontinentaleuropäisches und asiatisches Erdgas, die eine verlässliche, kostengünstigere und umweltverträglichere Versorgung ermöglichen. Werden diese Alternativen konsequent entwickelt, wird das Terminal obsolet und kann abgeschaltet werden. Versorgungssicherheit und Naturschutz schließen sich nicht aus. Eine verantwortungsvolle Energiepolitik schafft die Voraussetzungen dafür, dass Rügens Küste nicht dauerhaft zur Industriefläche wird.

Nord Stream: sichere und bezahlbare Energie durch Pipelinegas

Mecklenburg-Vorpommern ist als Küstenland und Energie-Drehscheibe unmittelbar betroffen von der Frage der Gasversorgung. Verlässliches und bezahlbares Erdgas senkt Energiepreise, stärkt die Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Industrien und sichert Arbeitsplätze sowie Wertschöpfung im Inland. Nord Stream ist dabei nicht nur ein energiepolitischer Faktor, sondern ein wirtschaftlicher Stabilitätsanker. Seine Zerstörung war ein schwerer Angriff auf

- Entwurf -

unsere kritische Infrastruktur. Die Hintergründe dieses Anschlags müssen vollständig und ohne politische Rücksichtnahme aufgeklärt werden. Waren staatliche Akteure beteiligt, sind völkerrechtlich begründete Schadensersatzansprüche konsequent geltend zu machen. Der noch intakte Strang B von Nord Stream 2 soll so schnell wie möglich in Betrieb genommen, die beschädigten Leitungen sollen zeitnah repariert werden. Die wirtschaftliche Interessen Deutschlands sind dabei unabhängig vom politischen System des Lieferlandes zu wahren. Eine breite Diversifizierung der Bezugsquellen, einschließlich kontinentaleuropäischer und asiatischer Lieferwege, reduziert Abhängigkeiten und schützt vor extremen Preisschwankungen. Der Schutz deutscher Infrastruktur und die Durchsetzung deutscher Interessen sind nicht verhandelbar.

Wiedereinstieg in die Kernenergie – bewährt und zukunftsweisend

Eine sichere und bezahlbare Energieversorgung ist das Fundament jeder leistungsfähigen Volkswirtschaft. Sie stärkt die Wettbewerbsfähigkeit, schützt Industriearbeitsplätze und entlastet private Haushalte. Die EU hat Kernenergie als klimaverträgliche Investition in ihre Taxonomie aufgenommen. Der wachsende globale Konsens ist eindeutig: Eine bezahlbare Energieversorgung, und das sogar ohne CO2-Emissionen, ist ohne Kernkraft kaum zu erreichen.

Wind und Solar haben bei den Erzeugungskosten Fortschritte gemacht, aber diese Kosten erzählen nur einen Teil der Geschichte. Netzausbau, Speicher, Backup-Kraftwerke und Redispatch-Maßnahmen entstehen, weil erneuerbare Energien wetterabhängig und nicht planbar sind. Diese Systemkosten trägt nicht der Betreiber, sondern die Allgemeinheit. Kernkraft dagegen liefert grundlastfähigen Strom rund um die Uhr und ohne diese Zusatzkosten. Deswegen fordern wir, dass die stillgelegten Kraftwerke so schnell wie möglich wieder in Betrieb genommen werden. Zusätzlich werden neue Kleinreaktorkonzepte durch Serienfertigung und kürzere Bauzeiten die Kapitalkosten weiter senken. Kernkraft hat das Potenzial, zum Preisanker im deutschen Stromsystem zu werden.

Bei uns in MV werden wir die kerntechnische Kompetenz in Unternehmen, Behörden und Universitäten gezielt stärken. Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie wollen wir prüfen, welche Standorte und Technologien für Mecklenburg-Vorpommern langfristig in Betracht kommen. Kleine modulare Reaktoren (SMR) werden wir durch Forschungsförderung und internationale Kooperation aktiv mitentwickeln. Im Bundesrat werden wir uns dafür einsetzen, dass

- Entwurf -

Deutschland den pauschalen Ausschluss der Kernenergie aufgibt. Wer Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit ernst nimmt, darf auf Kernkraft nicht verzichten.

Versorgungssicherheit im Übergang – realistisch statt ideologisch

Kernenergie ist unser langfristiger Anker für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung. Bis neue Kapazitäten ans Netz gehen, muss die Versorgung ohne Abhängigkeit von wetterabhängigen Quellen gesichert werden. Wir setzen im Übergang auf drei Säulen. Erstens den Betrieb moderner Gaskraftwerke, bevorzugt mit günstigem Pipeline-Gas als flexiblem und effizientem Brückenbrennstoff. Zweitens die gezielte Nutzung von Stromimporten aus kernkraft- und wasserkraftbasierten Nachbarländern, nicht als Dauerlösung, sondern als bewusstes Interimsinstrument. Drittens die dezentrale Stromerzeugung aus Biogasanlagen. Sie sind grundlastfähig, regional verankert und stehen im Einklang mit der Agrarstruktur unseres Landes. Diese drei Säulen schaffen den Zeitraum, den ein verantwortungsvoller Wiedereinstieg in die Kernenergie braucht – ohne das Land mit weiteren Windkraftanlagen zu belasten.

Wärme — Freiheit statt Zwang, Potenziale nutzen

Im Wärmesektor setzen wir auf echte Technologieoffenheit. Preiswertes Gas, bevorzugt aus Pipelines, Heizöl als gleichberechtigte Option, keine Zwangsmodernisierung auf Kosten der Bürger und keine Politik, die Wärmepumpen künstlich erzwingt. Jeder muss selbst entscheiden können, wie er heizen will. Wasserstoff ist derzeit nicht wettbewerbsfähig und darf nicht durch staatliche Programme als Ersatzlösung verkauft werden, solange die Realität eine andere Sprache spricht.

Unter zwei Dritteln der Landesfläche lagern thermalsolenführende Sandsteinreservoire. Mecklenburg-Vorpommern verfügt damit über eines der besten Geothermie-Potenziale Deutschlands. Einer Studie zufolge könnten bis zu 86 Gemeinden im Land Wärme aus Geothermie gewinnen. Dort, wo die geologischen Voraussetzungen stimmen und wirtschaftliche Tragfähigkeit gegeben sind, wollen wir die Tiefengeothermie als kommunale Wärmequelle, als echte, grundlastfähige und langfristig verlässliche Option, nicht als ideologisch verordnete Einheitslösung aktiv fördern. Wir werden die Genehmigungsverfahren für neue Geothermieprojekte entbürokratisieren und kommunale Träger dabei unterstützen, diesen Weg zu gehen, wenn er sinnvoll ist.

- Entwurf -

Eigenverbrauch — steuer- und abgabenfrei

Energieerzeugung zum Eigenverbrauch soll für Bürger und Industrie steuer- und abgabenfrei bleiben. Gerade in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern sind dezentrale Lösungen wie Eigenversorgung und regionale Netze statt zentraler Zwangsmodelle vor Ort sinnvoll.

Subventionen — Vertrauensschutz ja, Dauerlogik nein

Vertraglich zugesagte Subventionen für bestehende Anlagen bleiben unangetastet. Das ist eine Frage des Vertrauensschutzes. Neue Energiepolitik muss jedoch aus der Dauersubventionslogik herausgeführt werden. Was nur mit staatlicher Unterstützung funktioniert, kann keine tragfähige Energielösung darstellen.

Digitalisierung: Anschluss sichern statt Rückstand verwalten

Mecklenburg-Vorpommern darf beim digitalen Fortschritt nicht länger hinterherlaufen. Während andernorts leistungsfähige Netze längst Realität sind, kämpfen viele Regionen in unserem Land noch immer mit Funklöchern und langsamen Anschlüssen. Das muss sich ändern. Wir stehen für eine Digitalpolitik, die konkrete Ergebnisse statt kostspieliger Ankündigungen liefert.

Der Glasfaser- und Mobilfunkausbau muss beschleunigt, Genehmigungsverfahren müssen vereinfacht und ländliche Räume priorisiert werden. Wirtschaft und Mittelstand brauchen Planungssicherheit, moderne Technologien und die Möglichkeit, Innovationen ohne überbordende Regulierung einzusetzen. Ein Digitalfonds soll Unternehmen bei Automatisierung und IT-Modernisierung unterstützen und die Ausbildung eigener IT-Fachkräfte stärken, statt Abhängigkeiten von außen auszubauen. Digitale Souveränität beginnt mit eigenem Wissen.

Auch die Verwaltung muss vom Hemmschuh zum Dienstleister werden. Langsame Verfahren, Papierberge und ineffiziente Abläufe sind kein Naturgesetz. Behördengänge gehören online, Verfahren müssen beschleunigt und Bürokratie konsequent abgebaut werden. Bürgernah, sicher und transparent.

Mecklenburg-Vorpommern braucht keine weiteren Ankündigungen, sondern eine klare digitale Aufholstrategie.

- Entwurf -

Heimatland MV

Heimat bauen, Heimat bewahren

Heimat ist kein abstrakter Begriff – sie hat eine Adresse. Ein Haus, eine Straße, ein Dorf, eine Stadt mit wiedererkennbarem Gesicht. Wo Menschen wohnen können, ohne sich zu verschulden oder zu verdrängen, wo Fachwerkhäuser und Gutshöfe gepflegt statt dem Verfall überlassen werden, wo Theater, Sprache und Tradition lebendig bleiben, dort entsteht, was Menschen bindet und trägt.

Mecklenburg-Vorpommern hat diese Qualitäten. Es hat eine der reichsten Kulturlandschaften Norddeutschlands, ein einzigartiges Bauerbe und eine lebendige Volkskultur. Und es hat eine der niedrigsten Wohneigentumsquoten aller Flächenländer – eine Schwäche, die Menschen entwurzelt und die Region schwächt.

Wir stehen für eine Politik, die Eigentum ermöglicht statt verhindert, historische Substanz bewahrt statt verkommen lässt, Kultur fördert statt ideologisiert und den Menschen vor Ort schützt – vor Spekulation, vor gesichtslosen Bauprojekten, vor dem schleichenden Verlust dessen, was eine Heimat erst zur Heimat macht.

Bauen und Wohnen – Das eigene Heim ermöglichen

Ein eigenes Zuhause bedeutet mehr als ein Dach über dem Kopf. Es ist Schutz, Geborgenheit und Grundlage für eine Familie. Stabilität gegen steigende Mieten und Wohlstand über Generationen. In Mecklenburg-Vorpommern darf Wohneigentum kein Privileg für Besserverdiener bleiben, MV hat bundesweit die zweitniedrigste Wohneigentumsquote aller Flächenländer. Eigentum ist Heimat, Verantwortung, Vorsorge und ein Stück Würde.

Für uns ist klar, wer arbeitet, Verantwortung übernimmt und hier seinen Lebensmittelpunkt hat, soll die Chance haben, ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung zu erwerben. Das eigene Heim muss bezahlbar sein. Für Familien, für junge Menschen, die sich eine Zukunft aufbauen wollen, und für alle, die in unserer Heimat bleiben möchten. Wohneigentum bindet Fach- und Arbeitskräfte an die Region, ermöglicht generationenübergreifendes Wohnen und mindert langfristig den Bedarf an sozialem Wohnraum.

Gleichzeitig denken wir an den demografischen Wandel. Unsere Gesellschaft wird älter, und mit ihr steigen die Ansprüche ans Wohnen. Barrierefreie und altersgerechte Wohnungen

- Entwurf -

werden wir selbstverständlich fördern. Damit Menschen bis ins hohe Alter selbstbestimmt in den eigenen vier Wänden leben können.

Schneller bauen - Baurecht vereinfachen

Die immer weiter zunehmende Bürokratie erschwert und verzögert notwendige Bauprojekte. Auch der Bauturbo zündet nicht, weil die Kommunen zusätzliche Einschränkungen vornehmen. Wir brauchen deshalb eine landesweite Regelung statt eines Flickenteppichs.

Wir werden überflüssige Bauvorschriften abschaffen. So werden wir das Waldgesetz grundlegend reformieren, damit Wildwuchs auf Grundstücken nicht vorschnell zu Wald deklariert wird. Damit beenden wir das Problem endloser Genehmigungsverzögerungen.

Wir werden Heizungsnormen praktikabel anpassen, damit es nicht mehr zu unnötigen Überdimensionierungen kommt, die Projekte unrentabel machen.

Im Naturschutz wollen wir die Erbringung erforderlicher Artenschutzgutachten mit festen, kurzen Fristen versehen, um Baumaßnahmen nicht zu lange aufzuhalten. Langfristbeobachtungen soll es nur bei Großbauten geben.

In Mischgebieten soll die Umwandlung geeigneter Gewerbeflächen zu Wohnraum grundsätzlich zulässig sein, solange nicht-störende Gewerbe erhalten bleiben. Bürger profitieren durch neuen Wohnraum und durch lebendige Viertel mit doppelter Nutzung.

Bauen neu denken – Regionalität in der Architektur

Die öffentliche Hand prägt mit Bauvorhaben maßgeblich Innenstädte und Infrastruktur. Ähnlich dem beliebig austauschbaren Wohnungsbau hat auch hier eine Gesichtslosigkeit moderner Architektur Einzug gehalten. Regionale Baustile finden sich nur noch selten und sorgen so für eine mangelnde Identifikation mit der Heimat. Bei öffentlichen Bauten soll in Zukunft auf einen architektonischen Heimatstil geachtet werden.

Schutz des Eigentums vor Energiewende-Spekulation

Unser Zuhause ist Rückzugsort, Lebensleistung und Sicherheit für Kinder und Enkel. Dieses Eigentum verdient Schutz und Respekt. Doch immer öfter wird es durch die Folgen einer fehlgeleiteten Energiewende bedroht. Wer sein Eigenheim mit Mühe aufgebaut hat, darf nicht erleben, dass Windkraftanlagen oder großflächige Photovoltaikfelder den Immobilienwert zerstören, die Landschaft verschandeln, die Gesundheit belasten und Gräben in gewachsene Dorfgemeinschaften reißen. Windkraftanlagen in unmittelbarer Wohnnähe und großflächige

- Entwurf -

Photovoltaikfelder auf Freiflächen lehnen wir ab. Jedes Vorhaben erfordert eine individuelle örtliche Prüfung unter Einbeziehung der Bürgerbelange. Mecklenburg-Vorpommern darf nicht zur Spielwiese für Investoren werden, während die Bürger vor Ort die Last tragen.

Eigentum, Heimat und Lebensqualität sind von Spekulation und politischer Ideologie freizuhalten. Wir stehen an der Seite der Menschen, die hier wohnen, arbeiten und ihr Leben aufgebaut haben.

Steuerliche Vorteile soll erhalten, wer Verantwortung übernimmt, wer nachhaltig und regionaltypisch baut, wer bezahlbare Mieten garantiert, wer Arbeitsplätze schafft oder erhält und wer generationenübergreifenden Wohnraum ermöglicht. So entsteht ein doppelter Gewinn. Wir fördern Wohneigentum, sichern gewachsene Baukultur und binden Investitionen an einen echten Mehrwert für unser Land. Wer hier investiert, wer hier lebt, wer hier arbeitet, muss unterstützt, nicht staatlich bedrängt werden.

Bezahlbaren Wohnraum erhalten

Wohnen ist ein Grundrecht, kein Luxus. Wer hier lebt, arbeitet und Steuern zahlt, muss sich ein Zuhause leisten können. In der Realität machen steigende Nebenkosten, teure Neubauprojekte und der Druck durch Tourismus bezahlbaren Wohnraum für viele unerreichbar. Dagegen stellen wir uns entschieden.

Wir bewahren und entwickeln, was schon da ist. Baugenossenschaften und kommunale Wohnungsunternehmen unterstützen wir gezielt, weil sie seit Jahrzehnten für Stabilität und faire Mieten sorgen. Leerstände machen wir durch Förderung von Sanierungen und Umbauten nutzbar, so entsteht neuer Wohnraum ohne zusätzlichen Flächenfraß. Wo sinnvoll, fördern wir auch Teilabrisse, um Platz für moderne, passende Lösungen zu schaffen.

Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Aber er darf nicht zum Fluch für die Menschen vor Ort werden. Wenn Einheimische ihre Heimat verlassen müssen, weil Ferienwohnungen und Zweitwohnsitze den Wohnraum verknappen und verteuern, läuft etwas grundlegend falsch. Wohnen muss zuerst für die Menschen bezahlbar bleiben, die hier leben, arbeiten und Familien gründen. Bezahlbarer Wohnraum ist keine Frage von Statistik oder Ideologie. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit und des Respekts vor den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern.

- Entwurf -

Historische Bausubstanz schützen

Unsere Städte und Dörfer leben nicht nur von neuen Gebäuden, sondern von ihrer Geschichte und ihrem gewachsenen Charakter. Alte Häuser, Bauernhöfe, Gutshäuser und historische Stadthäuser sind keine bloßen alten Steine, sie sind Zeugnisse unserer Kultur, unserer Handwerkskunst und unserer Heimat. Wenn sie verfallen, verlieren wir nicht nur Wohnraum, sondern ein Stück Identität.

Wir wollen, dass Kommunen frühzeitig handeln können, bevor Schäden irreparabel werden. Mit gezielten Förderungen für Sanierungen und klaren Eingriffsmöglichkeiten für Gemeinden bewahren wir historische Gebäude, damit sie wieder genutzt werden und nicht als Ruinen enden. Wer historische Substanz rettet, sichert nicht nur Vergangenheit, sondern auch die Zukunft unserer Heimat. Denn ohne gewachsene Baukultur verarmt ein Land. Mit ihr bewahren wir Schönheit, Würde und Identität unserer Städte und Dörfer für kommende Generationen.

Denkmale erhalten – Heimat bewahren

Alte Fachwerkhäuser, traditionelle Backsteinbauweise, schlichte Dorfkirchen und herrschaftliche Gutshäuser prägen das Bild unserer Dörfer. Sie sind Ausdruck einer über Jahrhunderte gewachsenen norddeutschen Baukultur und zeugen von der Schaffenskraft und Kunstfertigkeit der heimischen Handwerker.

Der Erhalt dieser historischen Bausubstanz soll stärker in den Fokus genommen werden. Das hierfür zuständige Landesamt für Kultur- und Denkmalpflege soll personell und finanziell besser ausgestattet werden. Insgesamt werden wir die notwendigen Fördermittel für den Erhalt unseres Kulturerbes deutlich anheben.

Weiterhin soll der Denkmalschutz Verfassungsrang erhalten, um in der Rechtsgüterabwägung, insbesondere gegenüber Energieinfrastrukturprojekten, mehr Gewicht zu erhalten.

Archäologisches Erbe wertschätzen – Museumsneubau und touristische Erschließung

Mecklenburg und Vorpommern haben ein reiches kulturelles Erbe. Es ist nicht nur die in den vergangenen Jahrhunderten gewachsene Kulturlandschaft, sondern auch durch Jahrtausende der Besiedlung bedingte Relikte. Funde aus Bronzezeit und Mittelalter zeugen von der Kulturtätigkeit in unserem Land und sollen in Zukunft auch entsprechend ihrer Bedeutung mehr Öffentlichkeit erhalten.

- Entwurf -

Wir wollen die in Vergessenheit geratenen Zeugnisse der Megalithkultur, die eindrucksvollen Großsteingräber, in ein touristisches Konzept einbetten und als Baustein eines ländlichen Tourismus etablieren.

Auch die Errichtung eines landesarchäologischen Museums ist dringend geboten. Hier lehnen wir den bisherigen misslungenen Entwurf ab und wollen eine pragmatische und kosteneffiziente Lösung durchsetzen, bei der die Würdigung des kulturellen Erbes im Vordergrund steht und nicht die Selbstinszenierung von Architekten oder Lokalpolitikern.

Den Toten einen Namen geben - Krieger- und Gefallenendenkmale erhalten

In zahlreichen Gemeinden stehen Denkmäler für die Gefallenen und Toten der vergangenen Kriege. Sie sind Gedenkstätten, aber auch Mahnmale. Die Lebenden sollen zum Frieden ermahnt werden, jenen, die ihr Leben gaben, soll würdig gedacht werden.

Es sollen Fördermittel bereitgestellt werden, die Erhalt und Sanierung von Krieger- und Gefallenendenkmälern ermöglichen, um die Bewahrung dieser Stätten nicht von der finanziellen Lage der Kommunen abhängig zu machen.

Theater und Kultur

Wir stehen für Erhalt und Förderung der deutschen und europäisch-abendländischen Kultur ein. Fester Bestandteil der kulturellen Identität eines Volkes sind dabei Theater, Musik und Tanz.

Wir setzen uns für den Erhalt und den Ausbau der Kulturlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern ein. Dabei werden wir uns besonders auf die Förderung der deutschen – vor allem der niederdeutschen Volkskunst und der plattdeutschen Sprache, hier besonders das Erbe Fritz Reuters – sowie der europäischen Kultur und Musik fokussieren. Ideologisch motivierte Projekte stellen wir auf den Prüfstand. Dabei ist der Anspruch an historische Genauigkeit und der Fokus auf Stärkung und Bildung der kulturellen Identität für uns elementar.

Die in Mecklenburg-Vorpommern vorhandenen Theater und Orchester sind entsprechend der finanziellen Spielräume im Landeshaushalt so auszustatten, dass Qualität und Umfang des kulturellen Angebots gewährleistet sind. Deshalb bekennen wir uns zum Theaterpakt MV, der die Standorte und das Kulturangebot in unserem Bundesland sicherstellt.

Musikschulen — kulturelles Erbe und Bildungsauftrag

Musikschulen leisten einen wertvollen Beitrag zur kulturellen Bildung und zur musischen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern. Wir erkennen ihre

- Entwurf -

Bedeutung als Teil der kulturellen Daseinsvorsorge an und werden uns dafür einsetzen, dass ihre Arbeit auch künftig möglich bleibt. Die Frage der Finanzierung ist dabei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für die Kommunen, Land und Eltern gemeinsam Verantwortung tragen. Wo es sinnvoll und haushälterisch vertretbar ist, wollen wir prüfen, ob und in welcher Form eine stärkere Unterstützung durch das Land möglich sein kann.

Kleingärten und Siedlungen stärken

Kleingärten, Wochenendsiedlungen und Siedlungsvereine sind mehr als Parzellen mit Lauben. Sie sind gewachsene Tradition und für viele Menschen ein fester Bestandteil ihres Lebens. Orte, an denen Familien zusammenkommen, Kinder naturverbunden aufwachsen und Gemeinschaft gelebt wird. Für viele Bürger sind sie die einzige realistische Möglichkeit, bezahlbar, bodenständig und mit direktem Bezug zur Heimat im Grünen zu leben.

Diese Strukturen verbinden Jung und Alt, Stadt und Land, Tradition und Zukunft. Sie dürfen nicht dem Flächenhunger von Investoren oder anonymen Bauprojekten geopfert werden. Ihre Interessen sind bei jeder Stadt- und Regionalplanung verbindlich zu berücksichtigen. Rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen müssen so gestaltet sein, dass Vereine und Pächter dauerhaft Sicherheit haben. Beim Verkauf von Kleingarten- und Siedlungsflächen sollen Ortsansässige und ortsnahe Interessenten vorrangig berücksichtigt werden, bevor externe Investoren zum Zuge kommen.

Wohnen darf kein Luxus werden. Wir schützen Privateigentum vor Spekulation, ideologischen Experimenten und Eingriffen, die den Wert von Heim und Heimat zerstören.

- Entwurf -